Ausgabe 1 - Februar 2014

12. Jahrgang, Nr. 64

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Deutschland und Europa

Jürgen Wagner - Münchner Sicherheitskonferenz: Generalangriff der Kriegstreiber - **1**

Lukas Renz - Rohstoffimperialismus: Deutsche und europäische Entwicklungspolitik im Dienste von Wirtschaft und Machtpolitik - **5**

Andreas Seifert - Noch kein Grund zum Jubeln – und noch viel weniger zum Jammern - SIPRIs neue Liste der Top 100 Waffenproduzenten - **14**

Gunther Lippens - Gegen EU-Militarisierung und Rüstungslobbyismus - Vorstellung der Kampagne Ctrl + Alt + EU - **16**

Tobias Pflüger - Der Krieg beginnt hier! - **19**

Afrika

Christin Bernhold - Vom Statebuilding zum Bürgerkrieg - Eskalation im Südsudan - **22**

Christoph Marischka - Akteur werden in Afrika - Die EU-Einsätze in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und darüber hinaus - **25**

Italien

Jacqueline Andres - „Mare Nostrum"- Humanitäre Operation oder Deckmantel militarisierter Migrationspolitik? - **28**

Jacqueline Andres - Drohnen und Militär gegen die Umweltmafia in Italien - **30**

Rezension

Thomas Mickan - Bücher über Drohnen: Von der Informationsflut eines geheimen Krieges - **32**

Editorial:

Was wir bislang vernachlässigt haben, ist die Frage, was sich eigentlich mit dem Umbau der Bundeswehr von der formellen Wehrpflichtigen-Armee zur Berufsarmee geändert haben könnte und dadurch, dass in der Führungsebene die „Generation Einsatz" zunehmend die Plätze der „Generation Verteidigung" einnimmt. Hierüber wird auch sonst erstaunlich wenig gesprochen. Während zugleich offensichtlich ist, dass fast alle bewaffneten Konflikte – vom Südsudan über die Zentralafrikanische Republik bis nach Libyen etwa – zumindest mit Fragen der politischen Kontrolle der Streitkräfte zu tun hat, scheint diese in den sog. westlichen Demokratien nicht im Ansatz problematisiert. Dabei wäre es durchaus angebracht, das Militär (wie auch die Polizei) und einzelne Fraktionen darin als Akteure mit eigenen Interessen wahrzunehmen, die sie offen und verdeckt mit Öffentlichkeitsarbeit usw. durchzusetzen versuchen – gegenüber und teilweise auch gegen die Politik.

Was die Polizei angeht, wurde das zuletzt in Hamburg mit der Ausrufung von Gefahrengebieten und der eigenmächtigen Erweiterung ihrer Befugnisse überdeutlich. Ungleich mächtiger ist demgegenüber die Bundeswehr als nichtföderale Institution mit ihrer professionalisierten Öffentlichkeitsarbeit, ihren quasi-Geheimdiensten und dubiosen Dienststellen. Ihre „Kontrolle" wird einer zugleich von der Politik diffamierten und allzu häufig auch kriminalisierten Friedensbewegung und antimilitaristischen Szene überlassen, während Einrichtungen wie etwa der Wehrbeauftragte des Bundestages und der Bundeswehrverband institutionalisiert und explizit die Interessen der Soldaten vertreten sollen. Die antiquiert erscheinenden Befürchtungen einer Armee als Staat im Staate, die in der Bundesrepublik vielleicht nie berechtigter waren als heute, haben sich im Kontext der Sicherheitskonferenz relativiert. Hier zeigte sich in frappierender Deutlichkeit, dass die nach (am besten nicht allzu gefährlichen) Einsätzen gierende Armee genau jene militaristische und den Einsatz von Militär als notwendiges Instrument zum machtpolitischen Aufstieg sehende politische Führung hat, die sie braucht (im doppelten Sinn). Eine unkontrollierte, auf den Einsatz ausgerichtete deutsche Armee und ein deutscher Präsident, dessen Gedankenwelt sich aus an Sozialdarwinismus grenzendem Neoliberalismus, Nationalismus und Antikommunismus zusammensetzt, begreifen Afrika als Bühne und Schlachtfeld zum weltpolitischen Aufstieg.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Tobias Pflüger, Krieg beginnt hier, in: Junge Welt 9.1.2014; Δ Tobias Pflüger, Stabilität im Sinne der EU, in: Neues Deutschland 12.12.2013.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Findus. Foto S. 30: Anzeige in Neapel nach der Demo gegen den fortwährenden Biozid: „Der Salat ist in der vergifteten Erde gestorben. Diese traurige Nachricht übermitteln alle Bewohner. Von Blumen ist abzusehen... auch sie sind krank." Foto: Alessio Viscardi 2013 über Flickr.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Andreas Seifert, Jürgen Wagner und Tobias Pflüger sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan ist IMI-Beirat. Jacqueline Andres ist Praktikantin bei der IMI. Gunther Lippens ist an der Ctrl + Alt + EU Kampagne von Vredesactie (Belgien) beteiligt. Christin Bernhold ist Autorin der IMI-Studie 16/2012 zum Süd-Sudan und promoviert derzeit in Zürich.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Münchner Sicherheitskonferenz

Generalangriff der Kriegstreiber

von Jürgen Wagner

Die Münchner Sicherheitskonferenz war auch in diesem Jahr reich an unappetitlichen Höhepunkten: Da wäre unter anderem die Einladung des Kriegsverbrechers Henry Kissinger zu nennen, um dessen Person bzw. um die nach ihm benannte „Henry Kissinger Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrecht" in jüngster Zeit heftige Konflikte und Proteste ausgebrochen sind. Die Stiftungsprofessur soll an der Universität Bonn eingerichtet und mit jährlich 250.000 Euro fast ausschließlich vom Verteidigungsministerium finanziert werden (weitere 50.000 sollen vom Außenministerium kommen). Indem er Henry Kissinger als Ehrengast einlud, hofierte der Konferenzleiter (und Tübinger Honorarprofessor) Wolfgang Ischinger nicht nur einen Kriegsverbrecher, sondern er erwies sich in dem Konflikt um die Stiftungsprofessur in Bonn – einmal mehr – als ausgewiesener Hardliner (siehe IMI-Standpunkt 2014/002).

Ferner nutzten die westlichen Würdenträger aus Politik, Medien und Wirtschaft die Gelegenheit, um dem „Star der Münchner Sicherheitskonferenz" (ntv, 02.02.2014), dem ehemaligen Box-Weltmeister Witali Klitschko, demonstrativ den Rücken im Kampf gegen die gewählte ukrainische Regierung zu stärken. Allerdings ist Klitschkos Partei „Udar" („Schlag") nur ein Teil des die Proteste anführenden Dreierbündnisses. Zu ihm gehört auch noch „Batkiwschtschina" („Vaterland"), die Teile der Oligarchie repräsentiert und von der inhaftierten und hochgradig korrupten Julia Timoschenko angeführt wird. Noch übler ist die dritte Partei, die neo-faschistische Swoboda („Freiheit") mit Oleg Tjagnibok an der Spitze, die mit ihren Schlägertrupps unter anderem dafür sorgte, dass linke Studenten und Gewerkschafter regelrecht vom zentralen Protestplatz, dem Maidan in Kiew, weggeprügelt wurden. Weshalb sich der ehemalige Box-Weltmeister im Westen derartiger Beliebtheit erfreut, ist nicht weiter verwunderlich. Faktisch wurde seine Partei von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen und seither von der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament massiv unterstützt: „Klitschko ist unser Mann. Der hat eine klare europäische Agenda", wird ein hochrangiger EVP-Abgeordneter zitiert (Spiegel 50/2013).

Im Mittelpunkt der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz stand jedoch der Versuch, der deutschen Bevölkerung den Sinn eines Elitenkonsenses einzuhämmern, der sich schon seit einiger Zeit herausgebildet hat. Angeführt von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird gefordert, Deutschland müsse seine - angebliche - „Kultur militärischer Zurückhaltung" ad acta legen und eine offensivere (militärische) Außenpolitik betreiben (siehe IMI-Standpunkt 2014/005). Ganz wesentlich waren und sind in dieser Debatte auch der Konferenzleiter Wolfgang Ischinger sowie Bundespräsident Joachim Gauck. Insofern konnte einem schon Übles schwanen, als klar wurde, dass Gauck, der schon mehrfach durch militärfreundliche und chauvinistische Aussagen unangenehm auffiel, die Eröffnungsrede auf der Sicherheitskonferenz halten sollte (siehe IMI-Standpunkt 2014/002).

Vorbereitende Arbeiten

Schon in Gaucks Rede zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 wurde der programmatische Boden bereitet: „Ich mag mir nicht vorstellen, dass Deutschland sich groß macht, um andere zu bevormunden. Aber ich mag mir genauso wenig vorstellen, dass Deutschland sich klein macht, um Risiken und Solidarität zu umgehen." Wie zumindest in den deutschen Eliten dieser Satz verstanden wurde, untermauerte Wolfgang Ischinger, indem er Gaucks Satz in seiner Dezember-Kolumne auf der Homepage der Sicherheitskonferenz erst vollständig zitierte und gleich im Anschluss folgendermaßen auslegte: „War das eine Absage an die überstrapazierte sogenannte Kultur der militärischen Zurückhaltung?" (Ischinger, Wolfgang: Deutsche Außenpolitik in der „Großen Koalition": Nichts Neues?, Monthly Mind Dezember 2013)

Die Frage war natürlich rein rhetorischer Natur und wo Ischinger selbst hier steht, ließ er dadurch durchblicken, dass er einen FAZ-Artikel von Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe prominent auf der Internetseite der Sicherheitskonferenz platzieren ließ, in dem es hieß: „In einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten ihr Engagement für Europa reduzieren und viele Staaten der EU finanziell am Ende sind, ist es die Aufgabe des Starken, mit Beispiel zu führen und Europas Handlungsfähigkeit zu sichern. Deutschland muss führen, damit Europa nicht schwächer wird." Unmittelbar vor Konferenzbeginn beschwerte sich der Tübinger Honorarprofessor dann auch noch ganz direkt über die aus seiner Sicht unzureichende deutsche Bereitschaft, eine aktive (militärische) Weltmachtpolitik zu betreiben.[1]

Protest gegen Klitschko und Gauck in München - Foto: Ronald Gerth 1.2.2014

Natürlich bricht diese Debatte jetzt nicht aus heiterem Himmel über uns herein, vielmehr wurde sie von langer Hand vorbereitet. Wesentlich hierfür war das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung", das im September 2013 von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" und dem „German Marshall Fund" veröffentlicht wurde. Die Kernforderung des von 50 führenden Mitgliedern des außen- und sicherheitspolitischen Establishments erarbeiteten Pamphlets lautet, Deutschland müsse aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe auch mehr (militärische) Verantwortung in der Welt übernehmen: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu." Etwas verklausuliert floss dieses Konstrukt dann auch in den neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD mit ein, der noch von Thomas de Maizière und Frank-Walter Steinmeier erarbeitet worden war (siehe hierzu ausführlich IMI-Analyse 2013/036).

Auf dieser Basis wurde dann in den letzten Wochen eine Kanonade nach der anderen abgefeuert, die alle darauf abzielten, die „Kultur militärischer Zurückhaltung" zugunsten einer „Kultur kriegerischer Verantwortung" abzuschießen. An vorderster Front agiert dabei die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, der mit der „Attraktivitätsoffensive" für eine familienfreundlichere Bundeswehr ein „spektakulärer Start" geglückt war (Der Spiegel, 20.01.2014). Mit der Initiative soll gewährleistet werden, dass die Bundeswehr auch künftig trotz aktueller Rekrutierungsprobleme an ausreichend neue Soldaten gelangt (IMI-Standpunkt 2014/005). Dies erscheint umso dringender, weil von der Leyen kurz darauf recht unmissverständlich klar machte, dass sie beabsichtigt, die Bundeswehr künftig häufiger zur Durchsetzung deutscher Interessen ins Ausland zu schikken: „Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich für mehr Bundeswehr-Einsätze in Krisenregionen ausgesprochen. Deutschland müsse im Rahmen der Bündnisse mehr internationale Verantwortung übernehmen – ‚schon allein aus humanitären Gründen', sagte die Ministerin." (t-online news, 26.01.2014)

Kurz darauf zog auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach. Unmittelbar vor Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz meldete er sich im Handelsblatt (30.01.2014) folgendermaßen zu Wort: „Es wird zurecht von uns erwartet, dass wir uns einmischen. […] So richtig eine Politik militärischer Zurückhaltung ist, so darf sie nicht missverstanden werden als ein Prinzip des Heraushaltens." Deutschland sei „zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren", so Steinmeier weiter.

Verantwortlich gemacht für besagte und viel gescholtene „Kultur militärischer Zurückhaltung" wird allenthalben Ex-Außenminister Guido Westerwelle, der teils äußerst heftig attackiert wurde. Aus diesem Grund ging dieser mit einem Interview in der Welt (10.11.2013) mit seinen Kritikern folgendermaßen ins Gericht: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht."

Ganz sicher handelt es sich um eine grobe Vereinfachung der Realität – weder war Westerwelle selbst noch Deutschland als Ganzes während der letzten Jahre ein „Pazifistischer Abstinenzler". Diplomatisch spielte Deutschland etwa in den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm und auf anderen Feldern eine führende Rolle. Und militärisch war man unter anderem als drittgrößter Truppensteller in Afghanistan ganz vorne mit dabei. Selbst die Kriege – etwa in Libyen oder im Irak –, an denen sich vermeintlich nicht beteiligt wurde, wurden verdeckt in der ein oder anderen Form unterstützt, die Resultate sind bekannt. Vor diesem Hintergrund beschwert sich auch ein Kommentar in der FAZ (01.02.2014): „Alle machen mit, bis zum Bundespräsidenten. Was soll das? Deutschland war im Kosovo-Krieg dabei, hat seit mehr als einem Jahrzehnt viele tausend Soldaten am Hindukusch. Die Bundeswehr hat dort Tanklaster bombardieren lassen mit zahlreichen zivilen Opfern, hat viele eigene Soldaten verloren. Deutsche Truppen haben eine Wahl im Kongo gesichert und kämpfen vor der Küste Ostafrikas gegen Piraterie. Jetzt zu behaupten, wir müssten endlich unsere Zurückhaltung aufgeben und uns mehr einmischen, ist Unsinn."

Es geht also demzufolge vor allem darum, auf diese Politik noch einmal ordentlich etwas draufzusatteln. Die aktuellen Bemühungen in diese Richtung leiden aber unter einem eklatanten Schönheitsfehler: Einer aktuellen Umfrage zufolge haben sie es bislang nicht geschafft, die Bevölkerung vom Sinn häufigerer Militäreinsätze zu überzeugen: „Die meisten Deutschen sind gegen eine Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov sagten 45 Prozent der Befragten, Deutschland tue hier bereits zu viel. 30 Prozent halten das derzeitige Engagement für genau richtig." (ntv, 31.01.2014) Angesichts dieses Problems war schon einige Tage vor Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz klar, dass Bundespräsident Gauck es als seine Aufgabe erachtete, in seiner Eröffnungsrede die Bevölkerung vom Sinn des ganzen Unterfangens zu überzeugen: „Joachim Gauck will, so legen es Planungen aus dem Präsidialamt nahe, in seiner Eröffnungsrede in München an die Deutschen appellieren, sich ihres Platzes in der Welt bewusst zu werden. Das liegt genau auf der Linie Steinmeiers und von der Leyens." (Der Spiegel, 27.01.2014)

Gauck: Verantwortung predigen - Imperialismus ausschenken

Mit einem schier unerträglichen Pathos bemühte sich der Bundespräsident in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz penetrant darum, das „gute" heutige vom „schlechten" nationalsozialistischen Deutschland abzusetzen: „Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei." Und weil Deutschland ganz grundsätzlich geläutert sei, könne nun auch mit einem lange dominierenden, heute aber überholten Pazifismus gebrochen werden, so die Kernbotschaft, die augenscheinlich auch genau so verstanden wurde: „[Gauck] erkannte an, dass militärische Beiträge von Deutschland wegen seiner historischen Schuld aus der Zeit des Nationalsozialismus lange nicht verlangt worden seien. Doch nun dürfe Pazifismus kein Deckmantel für Bequemlichkeit werden. Er bestritt, dass Deutschland wegen seiner Geschichte dauerhaft ein ‚Recht auf Wegsehen' erworben habe. Dies führe zu ‚so etwas wie Selbstprivilegierung'". (FAZ, 31.01.2014)

Darüber hinaus lieferte Gauck in seiner Rede zwei konkrete Begründungen, weshalb Deutschland künftig häufiger zur Waffe greifen müsse:

Einmal postuliert er unter Rückgriff auf das „Konzept der Schutzverantwortung" eine moralische Pflicht, im Falle von schweren Menschenrechtsverletzungen militärisch einzugreifen: „Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen." Die vielfältigen Bedenken gegenüber diesem Konzept, insbesondere dass damit versucht wird, die völkerrechtlich bislang extrem engen Grenzen für die Anwendung militärischer Gewalt aufzuweichen, wodurch es Großmächten erleichtert würde, ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen, streifte Gauck nur am Rande (siehe zur Kritik an der Schutzverantwortung ausführlich IMI-Analyse 2011/32). Solche Bedenken seien zwar berechtigt, aber hierfür gebe es eine einfache Lösung: „[E]s gilt, den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar imperialen Zwecken auszuschließen." Und gleich im nächsten Satz präzisiert der Bundespräsident, welches Land aus seiner Sicht geradezu dazu prädestiniert ist, einen solchen Missbrauch zu vereiteln - ja, man ahnt es bereits: das geläuterte Deutschland: „Ich begrüße deshalb, dass sich die Bundesregierung an der Fortentwicklung des Konzepts beteiligt und dabei besonders auf Prävention, auf internationale Zusammenarbeit sowie auf die Entwicklung von Frühwarnsystemen gegen Massenverbrechen setzt."

Omnipräsent: Bundespräsident Joachim Gauck. Bildquelle: Zwez / MSC

Als zweite Begründung für eine ambitioniertere militärisch gestützte Politik führt Gauck an, Deutschland trage als einer der ökonomisch mächtigsten Staaten in der Welt eine Verantwortung für die Stabilität des globalen Systems, von dem es ja schließlich mit am meisten profitiere: „Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. […] Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? […] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. […] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. […] Auch wer nicht handelt, übernimmt Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland

Wärmer, größer, bunter. *Bericht von der Demo gegen die Sicherheitskonferenz*

Während sich die Eliten und ihre Hofberichterstatter im Bayrischen Hof auf eine weitere Intensivierung eines global scheiternden militärischen Krisenmanagements und einer stärkeren Rolle Deutschlands darin einigten, wurde dem auch in diesem Jahr draußen auf der Straße klar und deutlich widersprochen. Nicht nur das schöne Wetter, sondern auch die infamen Aussagen, insbesondere Gaucks im Vorfeld der Konferenz mögen dazu beigetragen haben, dass die Demo gegen die Kriegstreiber-Konferenz dieses Jahr wieder deutlich größer wirkte, als in den Vorjahren. Auch das deutlich andere Verhalten der Polizei mag dazu beigetragen haben, dass sich die Demo entzerrte und stellenweise fast über einen Kilometer erstreckte. Statt wie in den Vorjahren weite Teile der Demonstration mit teilweise zwei- und dreireihigem behelmten Polizeispalier zu begleiten und immer wieder anzugreifen, wurde sie diesmal die meiste Zeit nur von einzelnen Hundertschaften oder im Abstand von 20 Metern gehenden Zweiergruppen von Polizeikräften begleitet. Stärkere Einsatzkräfte waren nur an den Zufahrten zum Bayrischen Hof zu sehen, aber auch diese hatten nicht einmal ihre Helme aufgesetzt. Entsprechend gestaltete sich die Demonstration dieses Jahr eher wie ein - allerdings langer - Spaziergang und die vielen kreativen Beiträge, Masken, Puppen, Straßentheater, Samba-Gruppe, individuelle Schilder konnten sowohl von den Demonstrierenden sowie den Passanten, die massenhaft unterwegs waren, viel besser wahrgenommen werden. Dass die offiziellen Angaben zur Teilnehmerzahl erneut deutlich untertrieben wurden, haben so viele tausend Menschen mit eigenen Augen sehen können. Auch Fahnen und Schilder, für die man sich hätte schämen müssen, gab es dieses Jahr so gut wie keine.

Trotzdem gab es Repression, auch schon im Vorfeld: Eine Kunstperformance wurde untersagt, Teile der Innenstadt mit der Begründung, der Geschäftsbetrieb (Shopping) dürfe nicht gestört werden, wurden für die Demo gesperrt. Darauf reagierten die Anmelder u.a. mit einer „Picket-Line", Aktivist_innen mit riesigen Schildern, die sich in der Innenstadt aufreihten, rechtlich allerdings jeweils als individuelle Meinungskundgebung einzustufen waren. Richtig hässlich wurde es hingegen außerhalb der Stadt für gemeinsam aus Stuttgart Anreisende: Ihr Bus wurde im Münchener Umland von der Polizei gestoppt, auf ein Polizeigelände eskortiert und dort über Stunden rigoros durchsucht, was den Mitfahrenden eine vollständige Teilnahme an der Demonstration verunmöglichte. Hier kam es dann wohl auch zu jenen Ingewahrsam nahmen aufgrund vermeintlicher Widerstandshandlungen, die sonst auf der SIKO-Demo selbst zu Dutzenden und Hunderten konstruiert wurden. Zur Repression zu zählen wäre zuletzt auch noch das Verhalten der Medien, die diese Angaben vonseiten der Polizei stets ungeprüft übernehmen und dieses Jahr die Demonstration weitgehend totschwiegen - während sie jede von Bundeswehr und Bundespresseamt professionell aufbereitete Sprechblase aus dem Bayrischen Hof zur Topmeldung stilisierten.

Bernhard Klaus

sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender."

Zweifellos ist es richtig, dass Deutschland von diesem System profitiert - und damit an der Ausbeutung und Unterprivilegierung von Milliarden Menschen aktiv beteiligt ist. Und zweifellos ist dieses System „störanfällig" - es mit militärischen Mitteln notdürftig zu stabilisieren, stellt dabei aber einzig den Versuch dar, die herrschenden Ungerechtigkeiten aufrechtzuerhalten. Gauck redet damit einer imperialistischen und expansionistischen Gewaltpolitik das Wort, von der er sich vermeintlich in derselben Rede so vehement distanziert. Und wie man mit „Störern" des für Deutschland so hochprofitablen Systems umzugehen gedenkt, dafür reicht ein Blick in das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung", mit dem der von Gauck nun der Öffentlichkeit präsentierte Elitenkonsens erstmals prominent zum Ausdruck gebracht wurde: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können."

Es steht zu hoffen, dass wenigstens die bislang skeptische Bevölkerung dem Bundespräsidenten und seinem Geschwätz nicht auf den Leim geht. Denn der ehemalige Pfarrer predigt zwar Moral und Verantwortung - ausgeschenkt werden aber Imperialismus und Krieg.

Mehr Krieg? Begeisterung!

Laut Informationen der Welt (31.01.2014) soll sich Gauck für seine Rede auf der Sicherheitskonferenz eng mit Steinmeier und von der Leyen beraten haben. Insofern überrascht es nicht weiter, dass beide in ihren Reden am Folgetag in exakt dasselbe Horn stießen. Ursula von der Leyen stimmte denselben Zweiklang aus moralischer und sicherheitspolitischer Verantwortungsrhetorik an wie der Bundespräsident.[2] Und Frank-Walter Steinmeier zog folgendermaßen nach: „Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen. […] Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren." (Rede von Frank-Walter Steinmeier, Münchner Sicherheitskonferenz, 01.02.2014)

Gebetsmühlenhaft wird dabei beteuert, Deutschland werde was den Einsatz militärischer Gewalt anbelange auch weiter große „Zurückhaltung" an den Tag legen, es gehe vielmehr primär darum, künftig stärker außenpolitisch-diplomatisch aktiv zu werden. Solche Versicherungen sind jedoch kaum glaubhaft, denn hierfür wäre der ganze Zinnober nicht erforderlich gewesen, wie etwa der Militärexperte Thomas Wiegold betont: „[M]ehr außenpolitisches Engagement steht – und stand schon immer – weitgehend im Belieben der jeweiligen Bundesregierung; für zu viel Diplomatie in einer Krise hat sich noch kein Minister rechtfertigen müssen. […] Führung bedeutet nicht nur, gute Diskussionen in München zu haben. Es heißt auch, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sagte US-Außenminister John Kerry auf dem Münchner Podium. Im Klartext: Mehr politische Anstrengungen gerne, aber, liebe Deutschen, seid auch dazu bereit, Soldaten zu schicken, falls es nötig ist." (Augengeradeaus, 01.02.2014)

Wie zu befürchten war, wurde Gaucks Rede in Politik und Medien begeistert aufgenommen. Unmittelbar im Anschluss sprach Ischinger - offensichtlich angetan, dass genau das geliefert worden war, was er auch bestellt hatte - von einer „sehr wichtige Rede" (Welt, 31.01.2014). Auch die US-Seite war voll des Lobs, war sie sich doch der möglichen Tragweite des Auftritts bewusst: „Kennern der europäischen Szene war deshalb die historische Bedeutung der Gauckschen Akzentverschiebung nicht entgangen. Kaum hatte der Präsident geendet, twitterte etwa der ehemalige US-Botschafter bei der Nato, Ivo Daalder schon: ‚Das ist tatsächlich das erste Mal, dass ein führender deutscher Politiker argumentiert, Deutschland müsse die Konsequenzen aus seiner Macht ziehen – in Europa und darüber hinaus.'" (ebd.)

Regelrecht gruselig ist es, wie ekstatisch nahezu sämtliche Kommentare Gaucks Rede als machtpolitischen Befreiungsschlag eines ‚erwachsenen' Deutschlands feierten. Exemplarisch hierfür jubelte ein Kommentar im Spiegel: „Die Begeisterung ist groß auf der Sicherheitskonferenz in München. Fast euphorisch wurden die Reden der deutschen Politiker aufgenommen, die eine engagiertere Außenpolitik ankündigten oder anmahnten. Endlich wird Deutschland erwachsen, so die hoffnungsvolle Reaktion, endlich ist Berlin bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die seinem Gewicht in der Welt entspricht." (Spiegel Online, 02.02.2014)

Anmerkungen

1 Obwohl inzwischen immer mehr Beweise ans Licht kommen, dass die Angriffe - anders als vom Westen behauptet - wohl nicht von Regierungstruppen verübt wurden (siehe IMI-Aktuell 2014/025), beklagt sich Ischinger in der Welt, dass die EU-Staaten nicht bereit gewesen seien, die USA bei einem Einmarsch in Syrien nach den Giftgasangriffen im Sommer 2013 zu unterstützen: „Weniger Solidarität mit den USA von europäischer Seite als nach dem Chemiewaffeneinsatz Assads im vergangenen Sommer ist ja kaum vorstellbar. Die Bundesregierung hat mit der Kultur der militärischen Zurückhaltung die Entscheidung begründet, sich von vornherein ganz herauszuhalten. Die Franzosen wollten zwar, aber die Briten konnten nach der Entscheidung im Unterhaus nicht. Präsident Obama war in einer schwierigen Lage: Sollte er alleine eingreifen ohne Europa an seiner Seite? Ich finde es schwierig, ihm deshalb einen Vorwurf zu machen."

2 „[D]iese Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden. Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall. Und dies bedeutet genauso wenig, dass wir kurzfristige Erfolge erwarten dürfen. Aber es bedeutet, dass wir die Verpflichtung und die Verantwortung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte zu erbringen. Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht. Als eine bedeutende Volkswirtschaft und als ein Land von erheblicher Größe haben wir ein starkes Interesse an internationalem Frieden und Stabilität." (Rede von Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 31.01.2014)

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Rohstoffimperialismus

Deutsche und europäische Entwicklungspolitik im Dienste von Wirtschaft und Machtpolitik

von Lukas Renz

1 Einleitung

Horst Köhler forderte im Jahre 2010 mit Blick auf Deutschland, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern“[1].

Wie die Köhler-Debatte zeigte, lehnt die breite Öffentlichkeit hierzulande militärische Einsätze zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ab – ganz im Gegensatz zu den politischen Eliten, in denen dies inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden zu sein scheint. Doch dabei handelt es sich hierbei lediglich um die Spitze des Eisbergs: In zunehmendem Maße werden sämtliche staatlichen Instrumente zur Absicherung und Kontrolle von Rohstoffen herangezogen, so auch die staatliche Entwicklungspolitik (EP).

Während die wirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen der letzten zwei Jahrhunderte auf der Verfügbarkeit günstiger Rohstoffe basierten[2], rechnen Industrielle sowie Politikerinnen und Politiker heute mit der politischen Verknappung einiger wichtiger Bodenschätze. Vor diesem Hintergrund wächst das Interesse an einem privilegierten Zugang zu Bodenschätzen der Entwicklungsländer, insbesondere auch an nichtenergetischen industrierelevanten Rohstoffen. Es steht zu befürchten, dass sich der Wettlauf der wirtschaftlich stärksten Staaten um solche Rohstoffe – aber auch um Handelsrouten, Transportinfrastruktur und Absatzmärkte –, mitsamt der notwendigen Kollateralschäden, verschärfen wird.

Die EP ist dabei ein Teil des Problems, nicht der Lösung: Sie konnte die Armut entgegen ihrer hehren Ziele nicht nur nicht signifikant verringern oder gar beseitigen, vielmehr dient sie den Geberländern etwa der Erschließung von Absatzmärkten oder der politischen Einflussnahme über konditionierte Hilfsleistungen, insbesondere aber dem Zugang zu und der Kontrolle von Rohstoffen. Gleichzeitig sind die maßgeblich von der westlichen EP mitverursachten sozialen Widersprüche wiederum eine wesentliche Ursache sozialer Spannungen und Bürgerkriege in Entwicklungsländern.[3] Gefährden diese Konflikte jedoch wesentliche westliche Interessen, so werden diese – wiederum unter Mithilfe der EP – nötigenfalls militärisch „befriedet“. Zugespitzt formuliert sind demzufolge Militäreinsätze in letzter Konsequenz die Fortsetzung der per EP (mit-)betriebenen Ausbeutung mit anderen Mitteln.

2 Rohstoffabhängigkeit Deutschlands und der EU

Die europäischen Reserven sind nicht nur an fossilen Rohstoffen, sondern auch an metallischen Bodenschätzen gering.[4] Die zur Herstellung industrieller Produkte äußerst wichtigen nichtenergetischen Metalle konzentrieren sich oftmals auf einzelne Regionen oder einzelne Produktionsländer. Etwa Chrom und Platin finden sich zu 80 bis 90 Prozent auf dem afrikanischen Kontinent.[5] Bei Seltenen Erden, Niob und Vanadium machen die drei jeweils führenden Länder über 98 Prozent der weltweiten Produktion aus und bei einer ganzen Reihe weiterer Rohstoffe ist die Konzentration auf einzelne Produzenten ähnlich groß.[6] „Bei den mengenmäßig am stärksten nachgefragten Metallen fällt auf, dass diese zwar aus einer Vielzahl von Ländern stammen, sich die Produktion für einzelne Rohstoffe jedoch teilweise auf wenige Länder konzentriert.“[7] Wie sich die EU-Kommission bewusst ist, existiert eine starke Importabhängigkeit der EU bei Hochtechnologiemetallen, so etwa bei seltenen Erden, Kobalt, Platin und Titan. Bei Metallerzen beträgt der Anteil der EU an der globalen Produktion lediglich drei Prozent.[8]

Wie die EU-Kommission im Jahre 2011 feststellte, steigen die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt seit 2002 – den einzigen Dämpfer erhielt der Preisanstieg zwischen den Jahren 2008 und 2009 in Folge des Nachfrageeinbruchs aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Einen Grund für diesen Anstieg nennt die EU-Kommission ebenfalls: „Zwischen 2002 und 2008 wurden aufgrund des lebhaften weltweiten Wirtschaftswachstums, insbesondere in Schwellenländern wie China, Rohstoffe sehr viel stärker nachgefragt. […] China verbraucht bereits jetzt weltweit am meisten Metalle.“[9]

Das Industriekapital reagiert mit großer Sorge auf diese Entwicklung und versucht, auf die „gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen“ als Folge der Steigerungen der Rohstoffpreise hinzuweisen. Dem Bundesverband der Deutschen Industrie zufolge hätten die Preiserhöhungen metallischer und mineralischer Rohstoffe seit dem Jahre 2001 „in der gesamten Wertschöpfungskette insgesamt zu Zusatzkosten von fast 100 Mrd. Euro und dem Verlust von 148.000 Arbeitsplätzen [geführt]“[10].

Tatsächlich ist gegenwärtig davon auszugehen, dass sich die Nachfragesteigerung, und damit die Preiserhöhung, fortsetzten wird: „Den derzeitigen Prognosen zufolge wird die Rohstoffnachfrage auch in den nächsten Jahrzehnten nicht nachlassen. Es ist nicht abzusehen, wann der Bedarf Chinas gesättigt sein und welche Rolle der potentiell ähnlich große Markt Indiens in Zukunft übernehmen wird. Auch in anderen Schwellenländern wird die Metallnachfrage anziehen.“[11]

Seit der kolonialen Expansion über den Imperialismus bis heute profitieren insbesondere europäische Staaten vom günstigen Zugriff auf nichteuropäische Rohstoffe. Dies äußert sich in der Ungleichheit des Rohstoffkonsums pro Person und Erdteil, welcher in keinem Verhältnis zu den geographischen Vorkommen der Rohstoffe steht: „Die Bevölkerung reicher Länder konsumiert bis zu zehnmal mehr natürliche Ressourcen als jene in den ärmsten Ländern.“[12]

Insbesondere solche Länder mit hohem Rohstoffkonsum pro Person sind in der Regel auf den Import von Rohstoffen angewiesen und profitieren vom günstigen Zugriff auf die Vorkommen innerhalb sogenannter Rohstoffländer. Der Ausdruck Rohstoffland sagt keineswegs, dass das Charakteristische des Landes quantitativ herausragende Rohstoffvorkommen sind. Vielmehr bezeichnet er die wirtschaftliche Verfassung eines Landes – näm-

Energieimportabhängigkeit Europäische Union im Jahre 2011 (in Prozent)

EU (27 Staaten, ohne Kroatien)	53,8
Belgien	72,9
Bulgarien	36,6
Dänemark	-8,5
Deutschland	61,1
Estland	11,7
Finnland	538
Frankreich	48,9
Griechenland	65,3
Irland	88,9
Italien	81,3
Lettland	59,1
Litauen	81,8
Luxemburg	97,2
Malta	100,6
Niederlade	30,4
Österreich	69,3
Polen	33,7
Portugal	77,5
Rumänien	21,3
Schweden	36,6
Slowenien	48,3
Slowakei	64,2
Spanien	76,4
Tschechische Republik	27,9
Ungarn	52
Vereinigtes Königreich	36
Zypern	92,4

Quelle: Eurostats (2013)

lich, dass ein Großteil der Wirtschaft auf den Export von Rohstoffen für den Weltmarkt ausgerichtet ist. Im Falle Afrikas ergeben sich fast 80 Prozent aller Exporteinnahmen aus der Ausfuhr fossiler und mineralischer Rohstoffe.[13] Mark Curtis, Direktor von Curtis Research, erkennt: „Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist eng mit Armut und hoher Verschuldung verknüpft – so haben etwa unverarbeitete Rohstoffe einen Anteil von 83 Prozent an den Exporten der hochverschuldeten armen Länder“[14].

3 Die Rohstoffstrategien Deutschlands und der EU

3.1 Bundesregierung und Industrie: Hand in Hand im Rohstoffdialog

Jürgen Thumann, ehemaliger Präsident des BDI, weist mit klaren Worten auf die Bedeutung nichtenergetischer Industrierohstoffe hin: „Verglichen mit Öl und Gas stellen diese Rohstoffe in unserer Importstatistik keine großen Posten dar. Aber wenn sie fehlen, dann stehen bei uns die Räder still!“[15] Nachdem es spätestens seit 2003 zu einem Anstieg der Rohstoffpreise kam, veranstaltete der BDI am 08. März 2005 in Berlin einen ersten Rohstoffkongress. Dieser sollte den Auftakt für einen intensivierten Dialog zwischen Politik und Wirtschaft in der Frage der Rohstoffversorgung Deutschlands darstellen. Beschlossen wurde damals, eine umfassende deutsche Rohstoffstrategie zu entwickeln, „die gemeinsam von Politik und Wirtschaft getragen wird“[16]. Im Frühjahr 2012 wurde die Rohstoffallianz GmbH gegründet. Dabei handelt es sich um eine privatwirtschaftliche Initiative und Vertretung der Industrie vor der Politik, der schon einige industrielle Größen – etwa die BMW AG und Volkswagen – beigetreten sind. Die Gründung der Allianz – „ein notwendiger Schritt, um die Kräfte zu bündeln“[17] – wurde von der Politik ausdrücklich begrüßt.[18] Ähnliches vollzog sich auf EU-Ebene, auf der im Jahre 2008 eine „Rohstoffinitiative“ veröffentlicht wurde, die gleichermaßen in enger Abstimmung mit der Industrie entstanden war[19].

3.2 Kernpunkte der Rohstoffstrategie der Bundesregierung

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung aus dem Jahre 2010 benennt als „Kernziele“ unter anderem die „Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen“, den „Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen“ sowie den „Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern“[20]. So hat Deutschland mittlerweile einige bilaterale Rohstoffabkommen abgeschlossen, unter anderem mit Kasachstan im Jahre 2011 und der Mongolei im Jahre 2012. Eine deutsch-chilenische Rohstoffpartnerschaft wurde Anfang 2013 vereinbart.[21]

Die Bundesregierung möchte einen Wiedereinstieg in die direkte Rohstoffexploration durch deutsche Unternehmen voranbringen: „Seit Mitte der 1980er Jahre wurde die starke Position der deutschen Rohstoffindustrie im Auslandsbergbau aufgrund unternehmerischer Entscheidungen nach und nach aufgegeben.“[22] Deshalb sollen nun „Anreize für Explorationsvorhaben“ geschaffen und somit eine „Rückwärtsintegration“ deutscher Unternehmen in den globalen Bergbausektor gefördert werden.[23] Die Rohstoffpartnerschaften, die insbesondere eine vollständige Öffnung der Partnerländer für Investitionen im Rohstoffsektor vorsehen, sind eine wichtige Komponente der Außenwirtschaftsförderung, um die oben genannten Ziele zu erreichen.

3.3 Kernpunkte der Rohstoffstrategie der EU

Die Versorgungssituation mit Rohstoffen der EU stellt sich insgesamt sehr ähnlich wie die Deutschlands dar, sodass sich die von der EU-Kommission erlassenen Papiere mit jenen der Bundesregierung inhaltlich in ihren wesentlichen Zielen und Maßnahmen decken.

Einem Bericht vom Juni 2013 zufolge befindet sich darüber hinaus eine „Europäische Innovationspartnerschaft“ in ihrer Entstehung. Mitgliedsstaaten der EU und „andere Interessensträger“ sollen dabei zusammengebracht werden und sich „mit allen Stufen der Wertschöpfungskette“ befassen. „Das angestrebte Ziel besteht darin, Europa bis 2020 an der Spitze der Entwicklung im Bereich Exploration, Gewinnung, Verarbeitung, Recycling und Substitution zu positionieren.“[24] Über Deutschland hinaus haben nach der Veröffentlichung der Rohstoffinitiative von 2008 mehrere EU-Staaten nationale Rohstoffstrategien erlassen – darunter Frankreich, Finnland und Griechenland.[25]

3.4 Industrierohstoffe: Die Knappheit ist keine physische

Wichtig ist es zu betonen, dass alle Einschätzungen nicht auf der Erwartung basieren, es stehe eine geologische physische Knappheit oder gar physische Erschöpfung der Rohstoffe bevor. Die Sorge besteht vielmehr darin, keinen stabilen und günstigen Zugang zu jenen Rohstoffen mehr zu erhalten. Tatsächlich kommt das BMWi hinsichtlich der physischen Verfügbarkeit von nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen zu einem optimistischen Ergebnis: „Gegenwärtig sind bei Rohstoffen weltweit keine physischen Verknappungen zu befürchten. Einzige Ausnahme dürfte in absehbarer Zeit der Rohstoff Erdöl sein.“[26]

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Im Jahre 2010 veröffentlichte eine Expertengruppe unter dem Vorsitz der Europäischen Kommission einen Bericht über „kritische Rohstoffe“ für die EU. Analysiert wurden 41 strategisch bedeutende Mineralien und Metalle, 14 von diesen gelten als besonders kritisch.[27] Diese „Kritikalität“ meint ein besonders hohes Risiko von Versorgungsengpässen und ergibt sich weniger aus einer befürchteten physischen Knappheit denn aus wirtschaftspolitischen Umständen. Kritisch sei die Versorgung, wenn die Bedeutung des Rohstoffes für die industrielle Wertschöpfungskette der EU besonders groß ist. Zweitens, wenn sich die Vorkommen des Rohstoffes auf wenige Länder konzentrieren – wobei in einigen dieser Länder erschwerend hinzukomme, dass die wirtschaftliche und politische Stabilität gering sei. Und letztlich, wenn für den Rohstoff eine geringe Rückgewinnungsquote besteht oder er nur unzureichend substituierbar ist.[28]

3.5 Außenwirtschaftspolitik und die Perpetuierung der Ausbeutung

Die EU-Kommission identifiziert „grundlegende Veränderungen der Weltmärkte“[29]: Neben den schon benannten Nachfragesteigerungen kritisieren Deutschland und EU „die Maßnahmen bestimmter Länder, die der Inlandsindustrie, u. a. durch Exportbeschränkungen, einen privilegierten Zugang zu Rohstoffen sichern.“[30] Der BDI beklagt: „Hier wie dort sehen sich die Unternehmen gegenwärtig beträchtlichen Beschränkungen des Rohstoffzugangs gegenüber, die politischen Ursprungs sind.“[31]

Vor diesem Hintergrund ist die grundsätzliche Forderung der kapitalstarken EU und Deutschlands nach Freihandel in Anbetracht ihrer rohstoffintensiven Wirtschaftsweise und der enormen Importabhängigkeit von Rohstoffen wenig überraschend. Es soll – so die Bundesregierung – „das Ziel einer möglichst weit reichenden Liberalisierung der Weltmärkte gerade auch bei Rohstoffen weiter mit Nachdruck verfolgt werden.“[32] Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel glaubt zu erkennen, dass „unser Erfolg des Exports von Waren und Gütern elementar davon abhängig [ist], dass die Importe von Rohstoffen zuverlässig verlaufen.“[33] Als „Industrieland und Exportnation“[34] sei die Förderung des freien und unbeschränkten Handels sowie der Abbau von Schutzmaßnahmen von äußerster Wichtigkeit. Zu diesen „handelsverzerrenden“ Maßnahmen gehörten insbesondere Exportzölle, Exportquoten und Importvergünstigungen. Die EU-Kommission spricht von über „450 Exportbeschränkungen für mehr als 400 verschiedene Rohstoffe“[35]. Die Bundesregierung kündigt an, dass den „Verzerrungen im internationalen Rohstoffhandel noch konsequenter als bisher begegnet wird. Dazu werden sämtliche Möglichkeiten auf multilateraler (v. a. WTO-Beitrittsverhandlungen, Streitschlichtungsverfahren) als auch auf bilateraler EUEbene (Freihandelsabkommen, bilateraler Dialog) umfassend genutzt und ausgeschöpft.“[36]

Geht es nach EU und Deutschland sollten solche Ausfuhrsteuern je nach Land und Gut nur noch begrenzt oder gar nicht mehr erhoben werden. Mark Curtis hingegen weist darauf hin, es sei zu befürchten, dass Entwicklungsländern so ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument genommen werde, ihre Rohstoffe im Sinne der eigenen Entwicklung zu verwenden und dass sich ökologische und soziale Probleme in den Entwicklungsländern verschärfen könnten. Dies werde vorangetrieben, obwohl die EU-Kommission anerkenne, dass Ausfuhrbeschränkungen ein wichtiger Bestandteil von Entwicklungsstrategien armer Länder seien.[37]

Einen kritischen Blick wirft Curtis auch auf die Erhöhung ausländischer Direktinvestitionen: Einerseits seien viele Entwicklungsländer aufgrund von geringem eigenen Kapital auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen.[38] Diese könnten jedoch andererseits „zu Ausbeutung, Umweltverschmutzung und zu Menschenrechtsverletzungen führen, heimische Investitionen verdrängen oder lokale Produzenten der gleichen Güter in den Ruin treiben.“[39] Christian Zeller von der Universität Salzburg schreibt: „Über den Kanal der Direktinvestitionen organisieren die ausländischen Unternehmen direkt die Ausbeutung der lokalen Energieressourcen und Rohstoffe sowie die Produktion von Zwischenprodukten und Konsumgütern in den ‚Empfängerländern‘. Die über Direktinvestitionen finanzierte Übernahme

Rohstoffallianz GmbH

Im März 2012 wurde die Rohstoffallianz GmbH (RA) gegründet. Sie hat ihren Sitz in Berlin. „CEO“ ist Dierk Paskert. Die 12 Gesellschafter und somit Eigentümer der RA sind Aurubis AG, BASF, Bayer AG, BMW AG, Bosch Evonik Industries AG, Georgsmarienhütte Holding GmbH, Rockwood Lithium GmbH, SHS – Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA, ThyssenKrupp AG (ThyssenKrupp Metallurgical Products GmbH), Volkswagen und die AG Wacker Chemie AG. Brose Gruppe, Daimler AG, Scholz AG und Südzucker AG sind Assoziierte Partner der RA.

Die Erkenntnis, die Hans-Peter Keitel – damaliger Präsident des BDI – im Jahre 2010 dazu anregte, das Projekt der RA auf den Weg zu bringen, „war, dass zur Sicherung der langfristigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie ein gemeinsamer Aufbau direkter Beteiligungen an Rohstoffprojekten erforderlich ist.“[1]

Im Produkt- und Leistungsportofolio nennt die RA unter anderem die Gewährleistung von „Versorgungssicherheit von strategisch wichtigen Rohstoffen“, „Zugang zu Kapitalmärkten für Bergbauprojekte“, „Finanzierung von Explorationsprojekten“ und „[p]olitische Lobbyarbeit“.[2] Die RA identifiziert eine hohe Volatilität der Rohstoffpreise und eine zunehmende Verknappung wichtiger Rohstoffe auf dem Markt. „Ursachen dafür [für Letzteres] sind insbesondere der starke Nachfrageanstieg einzelner Länder sowie staatliche Interventionen in Form von Exportbeschränkungen und wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen.“[3] Herausforderungen seien ein „[e]rschwerter Zugang zu Rohstoffen durch staatliche Einflussnahme“ und die „Verzerrung physischer Rohstoffmärkte durch Spekulationen von institutionellen Investoren“.[4] Um den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu verbessern, „werden die Interessen der beteiligten Unternehmen […] gebündelt und es wird eine enge Zusammenarbeit mit politischen und öffentlichen Institutionen aufgebaut und gefördert.“[5]

Gegenwärtig ist die Informationslage über die RA noch sehr dünn. Die engen Verbindungen zum BDI und der Bundesregierung lassen jedoch darauf schließen, dass der RA künftig eine wichtige Rolle zufallen wird – insbesondere bei der Reintegration deutscher Unternehmen in rohstoffextraktivistische Projekte.

Anmerkungen

1 RA Rohstoffallianz GmbH (2012): Historie. In: http://rohstoffallianz.com/
2 RA Rohstoffallianz GmbH (2012a): Rohstoffallianz – Unternehmenspräsentation. RA Rohstoffallianz GmbH. Berlin, September 2012, S. 4.
3 RA Rohstoffallianz GmbH (2012): Überblick. In: http://rohstoffallianz.com/
4 RA Rohstoffallianz GmbH (2012a): S. 2.
5 RA Rohstoffallianz GmbH (2012): Strategie. In: http://rohstoffallianz.com/

privatisierter Dienstleistungsunternehmen oder lokaler Banken erlaubt es, lukrative Einkommensflüsse auf lokalen Märkten zu erschließen. […] Die transnationalen Konzerne zentralisieren in der Regel zwischen 50 und 70 Prozent der Erträge aus Direktinvestitionen in ihren Ursprungsländern."[40]

Curtis weist des Weiteren darauf hin, dass insbesondere in rohstoffextraktivistischen Wirtschaftsbereichen solche ausländischen Direktinvestitionen einen schlechten Ruf genießen, da sie in der Regel geringe Einkünfte für den Staat bringen – insbesondere bei Sondersteuerabkommen –, wenig Arbeitsplätze schaffen, mit wenig Technologietransfer und teilweise mit der Verdrängung der jeweiligen lokalen Bevölkerung sowie Umweltbelastungen einhergehen.[41]

3.6 Rohstoffsicherheit als ressortübergreifender Handlungsauftrag

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von Ende November 2013 heißt es zur Rolle des Staates bei der Rohstoffsicherung: „Es ist zuallererst Aufgabe der Unternehmen selbst, ihren Bedarf an Rohstoffen am Markt zu decken und sich vorausschauend auf künftige Entwicklungen einzustellen. Wir werden diese Anstrengungen mit politischen Initiativen flankieren, um verlässliche rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Rohstoffmärkten zu gewährleisten."[42]

Und hierzu möchte die Bundesregierung alle Kräfte bündeln, wofür sie aus der Rohstoffsicherheit ein ressortübergreifendes Querschnittsthema macht. Der jetzige BDI-Präsident Ulrich Grillo betont: „Die Versorgung Deutschlands und Europas mit Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Bedingungen ist von strategischer Bedeutung und liegt im nationalen und europäischen Interesse."[43]

Die Bündelung der Kräfte soll demnach auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene erfolgen. So fordert das BMWi, die Rohstoffstrategie der Bundesregierung mit der EU-Rohstoffinitiative zu verzahnen.[44] Gleichzeitig erfolgt eine Verquickung der jeweiligen nationalen beziehungsweise europäischen Politikbereiche untereinander. Auf deutscher Ebene geschieht dies insbesondere im Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe, der dem BMWi untersteht. In diesem sind die Ministerien, die Deutsche Rohstoffagentur, die im BGR sitzt, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Industrie als Sachverständige vertreten. Eine Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit ist im institutionellen Rahmen hingegen nicht vorgesehen.[45]

4 Entwicklungspolitik und Rohstoffsicherung

4.1 Rohstoffe und die Entwicklung der Unterentwicklung

Wie die EU-Kommission anmerkt, befinden sich in Ländern mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) unter zehn US-Dollar pro Kopf und Tag über 50 Prozent der für die EU wichtigen Mineralienvorkommen.[46] Vor dem Hintergrund des afrikanischen Rohstoffreichtums wird deutlich, dass es auch bei den forcierten entwicklungspolitischen Maßnahmen – ganz im Sinne der Ressortkohärenz – vorrangig um die Unterstützung der deutschen und europäischen Expansion gen Afrika geht.

Ein Blick auf die ökonomische Basis der wirtschaftlich unterentwickeltsten Länder verdeutlicht die schon angesprochene Korrelation von Armut und rohstoffextraktivistischer Exportorientierung. Curtis erläutert: „Entwicklungsländer […] exportieren hauptsächlich Rohstoffe. Über 100 von ihnen hängen zu 50 oder mehr Prozent von ihren Rohstoffexporten ab – 46 von ihnen, hauptsächlich in Afrika, von nur einem einzigen Gut. Die Exporte von Ländern in Afrika, dem Nahen Osten und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bestehen durchschnittlich zu mehr als 70 Prozent aus Rohstoffen."[47] Damit verblieben die meisten Entwicklungsländer in der Rolle, die ihnen auch schon im Kolonialismus und Imperialismus zukam: Große Teile, etwa der afrikanischen Staaten besaßen nach dem Erreichen der politischen Unabhängigkeit nicht das nötige Kapital, die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften auszubauen und verblieben in der Rolle des Exporteurs von Primärrohstoffen.[48]

„Der Export von Industrieprodukten erzielt üblicherweise höhere Gewinne als der Export von Rohstoffen. Darüber hinaus sind die Umweltauswirkungen durch die Entnahme und Verarbeitung von Rohstoffen erheblich größer"[49]. Hinzu kommt – wie der Politikwissenschaftler Franz Nuscheler anmerkt – die Abhängigkeit der Exporteinnahmen von Nachfrage- und Preisschwankungen auf den globalen Rohstoffmärkten.[50]

4.2 Marktkonforme Öffnung der Empfängerländer

Die Wirtschaft erwartet von der Politik, und eben auch der EP, dass sie ihre Interessen bedient, indem sie für die Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten sorgt. Der EP soll dabei darüber hinaus neben etwa dem Liefern von Expertise auch die Aufgabe zufallen, Akzeptanz für westliche Präsenz zu schaffen, wie Lutz Hartmann, Vorstand der Pearl Gold AG, offen ausspricht: „Jedes Minenvorhaben wird im unmittelbaren Umfeld durch die Schaffung einer lokalen Wirtschaft und Infrastruktur Akzeptanz gewinnen müssen. Hier könnte insbesondere eine bessere Zusammenarbeit zwischen europäischen Investoren und europäischer Entwicklungszusammenarbeit allen Parteien zugutekommen"[51].

Tatsächlich ist die EP vorrangig Interessens- und damit allen voran Außenwirtschaftspolitik. Der Politikwissenschaftler Franz Nuscheler erklärt: „Alle Industrieländer setzen ihre ODA [Official Development Assistance] – und hier wird absichtlich der hehre Begriff der Entwicklungshilfe vermieden – als Mittel der Exportförderung und Erschließung von neuen Absatzmärkten ein: Sie ist zu einem Gutteil staatlich subventionierte Exportförderung."[52]

Der Afrikabeauftragte der Bundesregierung Günter Nooke schreibt: „Auch die wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und geostrategischen Interessen der unterschiedlichen Ressorts der Bundesregierung passen im beschriebenen Feld – Afrika und Rohstoffe – exzellent zusammen. Sie werden sogar von Ministern derselben Partei verantwortet. Um hier erfolgreiche deutsche Interessenpolitik umzusetzen, braucht es die volle Arbeitskraft der Ressorts, ein Miteinander auf allen Ebenen und kein Gegeneinander."[53] Denn im Afrikakonzept der Bundesregierung wird festgestellt, Afrika habe sich „zum Schauplatz eines globalen Wettbewerbs entwickelt"[54]. Die Bundesregierung schlussfolgert: „Dieser verstärkten Konkurrenz muss sich die deutsche Wirtschaft stellen. Sie wird dabei von der Bundesregierung unterstützt."[55]

Zur Unterstützung der Privatwirtschaft besteht im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mittlerweile eine Servicestelle für die Wirtschaft. Zu lesen ist auf der Homepage des Ministeriums: „Sie wollen sich neue Märkte erschließen oder Ihre Zulieferketten ressourcenschonend gestalten? […] Das BMZ unterstützt Sie nicht nur durch die entwicklungspolitische Arbeit, die das Investitionsklima vor Ort verbessert, sondern wir bieten Ihnen auch unsere regionale und fachliche Expertise und konkrete Förderprogramme an."[56] Beratend und praktisch unterstützend möchte das BMZ privates Kapital gen Entwicklungsländer mobilisieren – insbesondere in Richtung „Chancenkontinent Afrika". Im Konkreten führen die

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Deutsche Rohstoffagentur und die BGR schon Projekte im Namen der Entwicklungszusammenarbeit durch. „Maßnahmen der GIZ und der BGR greifen dabei in sämtlichen Stufen – von der Erkundung und Rohstoffgewinnung über den Handel bis zur Weiterverarbeitung und der Wiedergewinnung von Sekundärrohstoffen."[57]

Auch eine eigene Rohstoffinitiative hat das BMZ in Gang gebracht: „GeRI: Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative. Flexibilität, Sichtbarkeit, Kohärenz der Entwicklungspolitik im Rohstoffsektor". Heidi Feldt, entwicklungspolitische Beraterin, merkt diesbezüglich richtigerweise kritisch an, dass auch diese Rohstoffinitiative primär von den Interessen der deutschen Wirtschaft ausgehe.[58] Ein Blick in die einschlägigen erlassenen Dokumente macht dies deutlich: „Die Zielsetzung ist eine stärkere Verknüpfung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Eine aktive Kooperation mit der Privatwirtschaft im Rohstoffsektor durch Vermittlung (matchmaking) zwischen deutschen und lokalen Unternehmen."[59] Die Privilegierung der nationalen Wirtschaftsinteressen ist wenig verwunderlich, ist die GeRI doch „das entwicklungspolitische Instrument zur Begleitung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung."[60] Und Letztere zielt – ebenso wie die europäische Rohstoffinitiative – vorrangig auf die Totalliberalisierung und -öffnung der afrikanischen Wirtschaften für ausländisches Kapital ab.

Ausgewählte Rohstoffe Deutschlands: Selbstversorgungsanteil und Importanteil, Jahr 2012

	Anteil in Prozent: Selbstversorgung	***Anteil in Prozent: Importabhängigkeit***
Kalisalz	0	100
Schwefel	0	100
Gips, Andydrit	0	100
Gesteinskörnungen	0	100
Steinsalz	0	100
Kalk-, Dolomitsteine	0	100
Braunkohle	0	100
Kaolin	96	4
Feldspat	90	10
Raffinade-Blei	72	28
Bentonit	56	44
Raffinade-Aluminium	53	47
Raffinade-Kupfer	52	48
Steinkohle	28	72
Baryt	22	78
Erdgas	16	84
Flußspat	12	88
Mineralöl	3	97
Speckstein, Talk	0	100
Magnesit	0	100
Phosphate	0	100
Graphit	0	100
Metallerze, -konzentrate	0	100

Quelle: Statista (2012a).

Unter dem Banner der EP wird die wirtschaftliche Öffnung, insbesondere der afrikanischen Länder, von Deutschland und der EU vorangetrieben. Dies geschieht, obwohl hinreichende Argumente für die kontraproduktive Wirkung solcher wirtschaftsliberalen Maßnahmen bekannt sind. Zu diesen zählen etwa der Mangel an Schutz vor externen Wirtschaftsschocks, die Volatilität des ausländischen Kapitals, die Verschlechterung der Terms of Trade zuungunsten der Rohstoffexporteure und der in der Regel niedrige Technologietransfer im extraktiven Sektor, der sich zu alledem meist auf wenige Exportprodukte beschränkt. Die oben angesprochenen Rohstoffpartnerschaften werden nicht zuletzt dazu führen, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom unterprivilegierten Rohstoffextraktivismus zu befördern. Sie sind jedoch durchaus eine attraktive Anlagemöglichkeit für deutsches und europäisches Kapital, das sich darüber hinaus den Zugang auf außereuropäische Rohstoffe zu sichern versucht.

5 Sicherheitspolitische Rohstoffsicherung

5.1 Die strategischen Grundlagen militärischer Rohstoffsicherung

Dierk Paskert von der RA schildert in einem Interview mit dem Handelsblatt seine Sicht auf Deutschland im Kontext einer verschärften Konkurrenz um Rohstoffe und fordert: „Wir brauchen eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik. Das Ziel freier und transparenter Rohstoffmärkte muss uns zwar lenken, es wäre aber naiv, dies in naher Zukunft als gegeben anzunehmen."[61] Die Entwicklung sei gegenläufig: „Deshalb werden wir gemeinsam mit unseren Partnern in der EU und Nato [North Atlantic Treaty Organization / Organisation des Nordatlantikvertrags] noch mehr Verantwortung in Außenwirtschafts- und Sicherheitsfragen übernehmen müssen, um langfristig dieses Ziel zu erreichen."[62]

Die Nennung und Betonung der Bedeutung der Armeen zur Sicherung von Rohstoffen nimmt mittlerweile einen festen Platz in den strategischen Dokumenten der Industriestaaten ein. So auch in jenen Deutschlands: Schon die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" aus dem Jahre 1992 zählen zu den „vitale[n] Sicherheitsinteressen" unter anderem die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt"[63].

Das Bundesverteidigungsministerium betont den Status Deutschlands als „Hochtechnologiestandort und rohstoffarme Exportnation"[64] und definiert deshalb als nationales Sicherheitsinteresse „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen"[65]. Um dieses Interesse auch durchsetzen zu können, wurden die Fähigkeiten der Bundeswehr – durch die Aufstellung entsprechender Verbände und die Einbettung in die NATO und EU – zur weltweiten Kriegsführung im Dienste von Wirtschaft und Machtpolitik massiv ausgebaut.

5.2 Maritimer Militarismus

Die „Konzeption der Bundeswehr" betont die Bedeutung einer maritimen Präsenz Deutschlands: „Deutschland ist als außenhandels- und rohstoffabhängige Nation aus strategischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht besonders auf die uneingeschränkte Nutzung der See angewiesen."[66] Insbesondere dem militärischen Schutze maritimer Handelswege wird eine beachtliche Bedeutung beigemessen. Schon heute gibt es Militäreinsätze zur Durch-

setzung europäischer Rohstoffinteressen. Als ein Beispiel lässt sich die Bekämpfung von „Piraten" vor der Küste Somalias im Rahmen der EU-Mission ATALANTA nennen. Offiziell wurde der 2008 begonnene und bis heute andauernde erste EU-Militäreinsatz zu Wasser damals mit der Notwendigkeit begründet, Schiffe des Welternährungsprogramms schützen zu müssen, die Nahrungsmittel für die hungernde somalische Bevölkerung lieferten. Dass dies zu keinem Zeitpunkt das tatsächliche Ziel des Einsatzes war, dass es tatsächlich um den Schutz der wichtigen dort liegenden Tankerroute ging – und bis heute geht –, wird mittlerweile auch offen so eingeräumt. So heißt es im Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments über die „Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", der von der sozialdemokratischen Abgeordneten Maria Eleni Koppa angefertigt wurde, recht unzweideutig: „Das Europäische Parlament […] fordert den Europäischen Rat auf, erneut die Bedeutung des Zugangs zu Energieressourcen und der Energieversorgungssicherheit Europas zu bekräftigen; weist darauf hin, dass die Operation ATALANTA bereits eine Rolle in der Energiesicherheit einnimmt, indem Piraten bekämpft werden, die seit 2008 einige Öltanker entführt haben."[67]

Aktuell arbeitet die EU an einer Europäischen Maritimen Sicherheitsstrategie, um die bisherige Politik zu systematisieren, wie Markus Harder von der Stiftung Wissenschaft und Politik berichtet. Im Artikel Harders findet sich die Forderung, den Aktionsradius der europäischen maritimen Kräfte zu erweitern, denn: „Die für Europas Wirtschaft wichtigen Warentransporte auf See machen vor den europäischen Außengrenzen nicht halt."[68] In der „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2013 zu maritimen Aspekten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" ist zu lesen: „Das Europäische Parlament […] in der Erwägung, dass die Bedeutung der maritimen Warenströme für die Union aufgrund des Wirtschaftswachstums, der Globalisierung und der zunehmenden weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit stark gestiegen ist; […] stellt jedoch fest, dass zur Gewährleistung eines integrierten und umfassenden Ansatzes, der sich insbesondere mit den Bedrohungen, Gefahren, Herausforderungen und Chancen auf See befasst, die Erarbeitung einer Europäischen Strategie für Maritime Sicherheit unumgänglich ist; betont, dass sich die EMSS nicht nur auf die Werte und Grundsätze Europas stützen, sondern darüber hinaus Synergien und gemeinsame Antworten schaffen und alle wichtigen Institutionen und Beteiligten sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich einbinden muss."[69]

Für Deutschland fordert Harder, es müsse „bei der Definition seiner maritimen Interessen der geografische Aktionsradius deutlicher als bislang erörtert werden, insbesondere im Bezug auf die deutsche Rolle im Welthandel, die über den EU-Seeraum hinausgreift. An Berlin liegt es nun, seine gegenwärtig eher landbasierte Sicherheitsstrategie im Hinblick auf seine maritimen Interessen zu erweitern."[70]

Es ist davon auszugehen, dass die strategische Bedeutung der Kontrolle der Weltmeere weiterhin wachsen wird und die Meere zunehmend militarisiert werden.

5.3 Fragile Staaten und abstrakte Bedrohungen

Nach der Rechnung des BMZ sollen 1,5 Milliarden Menschen in sogenannten fragilen – oft auch scheiternde oder gar gescheiterte – Staaten leben.[71] Sowohl in entwicklungspolitischen als auch sicherheitspolitischen Dokumenten fällt solchen fragilen Staaten ein besonderer Stellenwert zu. Im Afrikakonzept bekräftigt die Bundesregierung etwa, dass das Gewährleisten von Sicherheit – insbesondere durch den Kampf gegen Terrorismus – „ein Schlüssel für Demokratie und Stabilität in Afrika [sei]"[72].

Jan Pospisil von der Universität Wien stellt in diesem Zusammenhang eine Verschiebung innerhalb des Diskurses der EP fest: Er geht davon aus, „dass seit spätestens Mitte der 1990er Jahre ein Veränderungsprozess im Bereich der Entwicklungs- wie auch der Sicherheitspolitik stattgefunden hat und stattfindet, der sich in Richtung eines Zusammenwachsens der beiden Politikbereiche entwickelt."[73] Wie Jürgen Wagner schon im Jahre 2008 feststellte, hat sich der Standpunkt weitgehend durchgesetzt, dass die Schaffung von Sicherheit vorrangiges Ziel der EP sein müsse, da dies als Grundvoraussetzung aller Entwicklung erachtet werde. Er führt aus: „Diese Sichtweise trifft auch für die Entwicklungspolitik zu und begründet den Paradigmenwechsel von der Armutsbekämpfung zur pro-aktiven Sicherheitspolitik. Er basiert auf einer grundlegend neuen Interpretation der Zusammenhänge zwischen Weltwirtschaftssystem, Armut und Entwicklung. Sie verdreht zwar die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung auf perfide Weise, indem die Konflikt verschärfende Wirkung westlicher Interessenspolitik ausgeblendet wird, gerade deshalb erweist sie sich aber als perfektes Legitimationskonstrukt des westlichen Militärinterventionismus."[74]

Richtungsweisend war hier die im Dezember 2003 verabschiedete „Europäische Sicherheitsstrategie", in der es hieß: „Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut." Die für die fortan hieraus abgeleiteten Prioritäten der EP entscheidende Schlussfolgerung, wo hierfür die Ursachen zu suchen seien und was die adäquaten Mittel wären, um dem entgegen zu wirken, finden sich gleich im anschließenden Satz: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung."[75] Hierdurch wird die militärische Herstellung von Sicherheit kurzerhand zu einem Projekt zur Armutsbekämpfung umdefiniert, an welchem sich demzufolge auch die EP zu beteiligen habe.

Rettet den Bananenzufluss: Ausschnitte aus dem Marine-Werbevideo der Bundeswehr auf Youtube: www.youtube.com/

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Neben solch entwicklungspolitischen oder anderen humanitären Diskursen – etwa der Rechtfertigung militärischer Interventionen im Namen des Schutzes der Menschenrechte – werden insbesondere sicherheitspolitische Diskurse bemüht, um Militäreinsätze zu legitimieren. In der westlichen Bedrohungsanalyse werden dabei instabile Staaten als Nährboden für Terrorismus gesehen und aufgrund dieser – fragwürdigen[76] – Annahme das Recht, ja die Notwendigkeit abgeleitet, solche Länder mittels einer pro-aktiven, auf Militärinterventionen setzenden Sicherheitspolitik zu „stabilisieren".[77]

Auch im aktuellen Strategischen Konzept der NATO wird gefordert, „robuste Streitkräfte zu dislozieren, wo und wann dies zu unserer Sicherheit erforderlich ist, und dabei zu helfen, gemeinsame Sicherheit mit unseren Partnern rund um den Globus zu schaffen."[78] Ein anderer Abschnitt verdeutlicht die Ausrichtung auf globale Kampffähigkeit der NATO, die im zitierten strategischen Dokument festgelegt wird: „Krisen und Konflikte außerhalb der Grenzen der NATO können eine direkte Bedrohung der Sicherheit des Gebiets und der Bevölkerungen des Bündnisses darstellen."[79]

Fast sympathisch offen wirken vor diesem Hintergrund die Aussagen aus den Reihen der Industrie, da sie den „Kern des Pudels" frei aussprechen. Ulrich Grillo, Präsident des BDI, bringt das wirtschaftliche Interesse an den fragilen Staaten eindeutig auf den Punkt und formuliert gleichzeitig Forderungen an die Entwicklungs- und Außenpolitik: „Politische und wirtschaftliche Stabilität der Rohstoffförderländer sind Grundvoraussetzungen für eine sichere Rohstoffversorgung der Abnehmerländer. Hier hat unsere Außenpolitik die überaus wichtige und schwierige Rolle, zur Stabilität von rohstoffreichen Ländern beizutragen und dies ist auch eine Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit."[80]

Insbesondere der EP soll demnach die Rolle zukommen, eine Befriedung der Länder zu unterstützen. Auch hier ist Grillo wieder deutlich: „[D]ie Entwicklungspolitik bietet viel mehr Möglichkeiten, zur Sicherheit unserer Rohstoffversorgung beizutragen, als gemeinhin angenommen wird. Sie kann in Entwicklungsländern hinwirken auf Rechtssicherheit, Investitionsschutz, Abbau von Exportbeschränkungen oder auch Unterbindung illegalen Exports von Rohstoffen. Das trägt zu privatwirtschaftlichem Engagement dort bei und kann auch uns helfen, unsere Rohstoffimporte sicherer zu machen."[81]

5.4 Ganzheitlichkeit und Vernetzte Sicherheit

Über das Konzept der Vernetzten Sicherheit wird die EP schließlich auf strategischer Ebene mit dem Militär verzahnt und auf operativem Level direkt in die Kriegführung integriert. Der Ansatz der Vernetzten Sicherheit möchte in Konfliktregionen eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den involvierten Handlungsfeldern erreichen – vom Polizeilichen, über das Militärische bis zum Entwicklungspolitischen. Erstmals prominent Nennung findet das Konzept der Vernetzten Sicherheit im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr", in welchem zu lesen ist: „Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist."[82] Und weiter: „Das Gesamtkonzept der Bundesregierung ‚Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung' ist ein Baustein dieses gesamtstaatlichen Sicherheitsverständnisses. Es erfasst neben den klassischen Feldern der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik unter anderem die Bereiche Wirtschaft, Umwelt, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik."[83]

Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es ähnlich: „Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicherheitspolitik denken und handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung, Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwicklungszusammenarbeit integraler Bestandteil."[84]

Die Betonung des vernetzten Ansatzes – in NATO und EU auch „Comprehensive Approach" genannt – zieht sich seitdem durch die sicherheitsrelevanten Dokumente, so findet er sich ebenfalls in der im Jahre 2013 veröffentlichten „Konzeption der Bundeswehr". Vonnöten sei ein „umfassendes Verständnis von Sicherheit"[85]. Es wird bekräftigt: „Sie erfordern einen ressortgemeinsamen und zwischenstaatlich abgestimmten Ansatz. Bei ihrer Bewältigung kann die Bundeswehr als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik die Maßnahmen der Diplomatie, der Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungshilfe, der politisch-administrativen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit ihren Mitteln unterstützen."[86] So soll die Vernetzte Sicherheit „ressortübergreifend abgestimmte Maßnahmen der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit, der Inneren Sicherheit und weiterer Bereiche"[87] ermöglichen.

Von Seiten der deutschen EP wurde die Subsumierung ihrer eigentlichen Ziele unter das Konzept der Vernetzten Sicherheit ebenfalls vorangetrieben, sodass mittlerweile fast alle Dokumente des BMZ das Konzept der Vernetzten Sicherheit nennen.[88] Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen EP und dem militärischen Bereich ist jedoch auch praktisch schon weit gediehen. Im Juni 2011 kam es zum Abschluss einer „Kooperationsvereinbarung im In- und Ausland" zwischen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und dem Bundesministerium der Verteidigung. Über diese Kooperationsvereinbarung schreibt der Politologe Peer Heinelt: „Diese sieht vor, die Truppe mit entwicklungspolitischem Know-how zu unterstützen – etwa durch die Bereitstellung GIZ-eigener ‚Analyse[n] von Einsatzgebieten' und die ‚Schulung von Soldaten' in ‚Islam-sensiblem Verhalten'. Teil des Vertrags ist zudem die ‚Zusammenarbeit beim Management von Baumaßnahmen'. Umgekehrt läßt die Bundeswehr die GIZ im großen Maßstab an ihrer Infrastruktur teilhaben; sie bietet deren Mitarbeitern ‚vorbereitende Trainings' und gewährt ihnen Zugang zu ‚Einsatzliegenschaften', Betreuungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Feldpost, Transportkapazitäten, notfallmedizinischer Versorgung sowie zu ‚Geo- oder Lageinformationen'."[89]

Hierdurch verliert die EP jedoch endgültig ihre Neutralität und wird zu einem integralen Bestandteil westlicher Kriegführung.

6. Schlussworte

In den sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten sind die Grundlagen dafür gelegt, dass fragile – und rohstoffreiche – Staaten im Dienste westlicher Profitinteressen, wenn notwendig, militärisch befriedet, entwicklungspolitisch betreut und neoliberal reorganisiert werden. Vor dem Hintergrund strategischer Rohstoffsicherung rücken die Industrieländer – was keinesfalls ein Ende partikularer nationaler Interessenspolitik bedeutet – zweckmäßig näher zusammen. So fordert etwa Friedbert Pflüger, ehemaliger Staatssekretär des Verteidigungsministeriums und Sprecher auf dem Deutschen Rohstofftag am 11. September 2013, von der EU: „Will die EU im Bereich Energie und Rohstoffe als Global Player auftreten, muss sie lernen, ihre Interessen auf den Schauplätzen der Welt zu definieren und durchzusetzen – sprich: eine gemeinsame Energieaußenpolitik entwickeln."[90]

Im Angesicht ihrer Rohstoffimportabhängigkeit, der erstarkten internationalen Konkurrenz, allen voran aus China, und der andauernden Wirtschaftskrise versuchen Deutschland und die EU unterdessen, den Freihandel als Wert an sich zu präsentieren: „Bodenschätze sind ortsgebunden und – global gesehen – ungleich verteilt. Der weltweite Handel von Rohstoffen und Verarbeitungsprodukten ist daher zwingend. Deshalb ist für die weltwirtschaftliche Entwicklung ein möglichst unbeschränkter, fairer Handel mit Rohstoffen besonders wichtig."[91]

Die EP schafft im Verbund mit der Außenwirtschaftspolitik das bevorzugte „Investitionsklima" und versucht, wirtschaftspolitische Reformen hin zur Marktkonformität in den Empfängerländern voranzubringen. Diese Herangehensweise Deutschlands und der EU zur Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen der Entwicklungsländer und deren Märkten ist die präferierte Option gegenüber der militärischen. Es ist jedoch nicht zuletzt dieses Einflussregime, das soziale Widersprüche produziert und reproduziert, die häufig in bewaffnete Konflikte münden. Aus letzterem Umstand schlägt nicht zuletzt die Rüstungsindustrie im wörtlichen Sinne Kapital.

Innerhalb der Verteilung der Gelder für die EP ist somit erstens davon auszugehen, dass die – nicht neue – Selektivität der Empfängerländer im Kontext knapper Rohstoffe noch erheblich zunehmen wird. Zweitens besteht die Tendenz, dass Gelder anstatt zur tatsächlichen Armutsbekämpfung zunehmend für sicherheitspolitische Maßnahmen veräußert werden. Drittens fällt der EP im Falle einer militärischen „Befriedung" – welche die unliebsamere Option darstellt – eine mehrfache Rolle zu. Einerseits zur Schaffung von Akzeptanz in der okkupierten Region und andererseits zur Rechtfertigung der Interventionen über humanitäre Diskurse.

Richtig erkannt wird in den Ressortübergreifenden Leitlinien für den Umgang mit fragilen Staaten, dass deren Fragilität einhergeht mit gesellschaftlicher Ungleichheit und Armut.[92] Die Ursprünge dieser Ungleichheit werden jedoch nicht im maßgeblich von den Eliten der Industriestaaten getragenen Weltwirtschaftssystem gesucht. Vielmehr sind es ausgerechnet die sozialen und mithin militärischen Konflikte, die als Vorwand für Interventionen dienen – wirtschafts-, entwicklungspolitischer oder militärischer Art –, die dann ebenjenes informelle Regime der Unterordnung der Entwicklungsländer unter die geopolitischen und Kapitalinteressen der Industriestaaten sichern und verstetigen.

Bei dem vorliegenden Artikel handelt es sich um die Kurzfassung der deutlich ausführlicheren gleichnamigen IMI-Studie 2014/01, die von der IMI-Seite heruntergeladen werden kann.

Anmerkungen

1 Deutschlandradio Kultur (2010): Köhler: Mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan. Bundespräsident fordert Diskurs in der Gesellschaft. Horst Köhler im Gespräch mit Christopher Ricke. In: Deutschlandradio Kultur, 22.05.2010.
2 SERI, GLOBAL 2000, Friends of the Earth (2009): OHNE MASS UND ZIEL? Über unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde, S. 5.
3 Vgl. zum Zusammenhang von Armut und der Gefahr bewaffneter Konflikte etwa Collier, Paul et al. (2003): Breaking the conflict trap. Civil War and Development Policy. A World Bank Policy Research Report.
4 SERI, GLOBAL 2000, Friends of the Earth (2009): S. 27.
5 CDU/CSU-Fraktion (2012): Rohstoffversorgung sichern. Für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa, S. 35.
6 Statista (2012): Rohstoffkonzentration – Produktionsanteil der drei jeweils führenden Länder 2012. Anteil der drei jeweils führenden Länder an der Produktion ausgewählter Rohstoffe im Jahr 2012.
7 Bäuerle, Lukas; Behr, Maria; Hütz-Adams, Friedel (2011): Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen. SÜDWIND e.V. (Hg.), Institut für Ökonomie und Ökumene, S. 8.
8 Europäische Kommission (2010): Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. KOM(2008) 699 endgültig/2, S. 3.
9 Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze, S. 2.
10 Grillo, Ulrich (2007): Die Ewartungen [sic] der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik. In: Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.: Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik. 2. BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 in Berlin. Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen". BDI-Drucksache Nr. 395. Berlin: Industrie Förderung GmbH, S. 28.
11 Bäuerle, Lukas; Behr, Maria; Hütz-Adams, Friedel (2011): S. 11.
12 SERI, GLOBAL 2000, Friends of the Earth (2009): S. 20.
13 Kannengießer, Christoph (2013): Chancen deutscher Unternehmen auf dem afrikanischen Rohstoffmarkt. In: Wahlers, Gerhard (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt. Sankt Augustin/Berlin: KonradAdenauer-Stiftung e.V., S. 43.
14 Curtis, Mark (2010): Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. Herausgegeben von Oxfam Deutschland e. V., WEED e. V., Traidcraft Exchange, AITEC und Comhlámh, November 2010, S. 17.
15 Thumann, Jürgen R. (2007): Rohstoffsicherheit – Herausforderung für Wirtschaft und Politik. In: BDI-Drucksache Nr. 395. Berlin: Industrie Förderung GmbH, S. 7.
16 Die Bundesregierung (2007): Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Stand: März 2007, S. 1.
17 CDU/CSU-Fraktion (2012): S. 45.
18 Vgl. etwa ebd.: S. 9, 45 ff.; vgl. auch Merkel, Angela (2012): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim 3. Rohstoffkongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Werte und Wertschöpfung – Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern".
19 Vgl. etwa Curtis, Mark (2010): S. 10.
20 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, S. 7.
21 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013): Deutsch-Chilenische Rohstoffpartnerschaft vereinbart. Pressemitteilung 26.1.2013.
22 Die Bundesregierung (2007): S. 6.
23 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 11.
24 Europäische Kommission (2013): Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung der Rohstoffinitiative. COM(2013) 442 final, S. 5.
25 Ebd.: S. 14.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

26 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 6. Dies gelte auch für die Seltenen Erden; vgl. etwa CDU/CSU-Fraktion (2012): S. 24.
27 Vgl. dazu etwa European Commission (2010): Critical raw materials for the EU. Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials.
28 Europäische Kommission (2011): S. 13; vgl. auch Europäische Kommission (2010): S. 3 f.
29 Europäische Kommission (2010): S. 4.
30 Europäische Kommission (2011): S. 6.
31 Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2010): Für eine strategische und ganzheitliche Rohstoffpolitik. BDI-Strategiepapier zur Rohstoffsicherheit, S. 3.
32 Die Bundesregierung (2007): S. 2.
33 Merkel, Angela (2012).
34 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 10.
35 Europäische Kommission (2010): S. 5.
36 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 9.
37 Curtis, Mark (2010): S. 4.
38 Ebd.: S. 4.
39 Ebd.: S. 6.
40 Zeller, Christian (2007): Direktinvestitionen und ungleiche Entwicklung. In: Becker, Joachim; Imhof, Karen; Jäger, Johannes; Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum Verlag: S. 126.
41 Curtis, Mark (2010): S. 6.
42 CDU, CSU, SPD (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 17.
43 Grillo, Ulrich (2007): S. 27.
44 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 7.
45 Feldt, Heidi (2012): Die deutsche Rohstoffstrategie. Eine Bestandsaufnahme. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 4.
46 Europäische Kommission (2010): S. 5.
47 Curtis, Mark (2010): S. 12.
48 Potter, Robert; Binns, Tony; Elliot, Jennifer and Smith, David (2008): Questioning Development. In: ebd.: Geographies of Development, Harlow/London: Pearson, S. 23. Dieser Umstand betrifft keinesfalls nur Afrika, sondern auch asiatische und lateinamerikanische ehemalige Kolonien.
49 SERI, GLOBAL 2000, Friends of the Earth (2009): S. 16. Diese Handelsstruktur beschränkt sich keineswegs auf die Handelsbeziehungen zwischen den westlichen Staaten und Afrikas: „Mit einem Handelsvolumen von knapp 200 Milliarden USDollar ist China Afrikas größter Handelspartner. 80 Prozent der chinesischen Importe aus Afrika entfallen allein auf mineralische Produkte." Kannengießer, Christoph (2013): S. 43.
50 Nuscheler, Franz (2005): Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, S. 316.
51 Hartmann, Lutz (2013): Rohstoffinvestitionen und Rohstoffsicherung. In: Wahlers, Gerhard (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt. Sankt Augustin/Berlin: KonradAdenauer-Stiftung e.V., S. 35.
52 Nuscheler, Franz (2005): S. 441.
53 Nooke, Günter (2013): Welche Rohstoffpolitik wollen wir? Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. In: Wahlers, Gerhard (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt. Sankt Augustin/Berlin: KonradAdenauerStiftung e.V., S. 14.
54 Die Bundesregierung (2011): Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung, S. 29.
55 Ebd.: S. 30.
56 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): Mitmachen! Unser Angebot für die Wirtschaft.
57 Paust, Sebastian (2013): Deutsche Rohstoffpartnerschaften für Afrika. In: Wahlers, Gerhard (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt. Sankt Augustin/Berlin: KonradAdenauer-Stiftung e.V., S. 39.
58 Feldt, Heidi (2012): S. 9.
59 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): GeRI: Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative. Flexibilität, Sichtbarkeit, Kohärenz der Entwicklungspolitik im Rohstoffsektor.
60 Ebd.
61 Hoppe, T.; Inacker, M.; Stratmann, K. (2013): Expedition ins Erdreich: Deutschlands neuer Kurs. In: Handelsblatt, NR. 34, 18.02.2013, S. 5.
62 Ebd.: S. 5.
63 Bundesministerium der Verteidigung (1992): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, II. 8. (8).
64 Bundesministerium der Verteidigung (2011): Verteidigungspolitische Richtlinien, S. 4.
65 Ebd.: S. 5.
66 Bundesministerium der Verteidigung (2013): Konzeption der Bundeswehr, S. 32.
67 Europäisches Parlament (2013): ENTWURF EINES BERICHTS über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (nach dem Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik). 2013/2105(INI), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Berichterstatterin: Maria Eleni Koppa, Artikel 26.
68 Harder, Markus (2013): Anforderungen an eine Europäische Maritime Sicherheitsstrategie. Deutschland sollte seine maritimen Interessen klar geltend machen. In: SWP-Aktuell 2013/A 43, Juli 2013. S. 3.
69 Europäisches Parlament (2013): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2013 zu maritimen Aspekten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (2012/2318(INI)).
70 Harder, Markus (2013): S. 4; Hervorhebung vom Autor.
71 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt. BMZ-Strategiepapier 4 | 2013, S. 7.
72 Die Bundesregierung (2011): S. 20.
73 Pospisil, Jan (2009): Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik. Bielefeld: transcript Verlag, S. 30 f.
74 Wagner, Jürgen (2008): Mit Sicherheit keine Entwicklung. Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Studie von Jürgen Wagner, S. 9.
75 Europäischer Rat (2003): Europäische Sicherheitsstrategie. EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT, S. 2.
76 Vgl. hierzu etwa Hehir, Aidan (2007): The Myth of the Failed State and the War on Terror: A Challenge to the Conventional Wisdom. In: Journal of Intervention and State Building, 1 (3), S. 307 – 332.
77 Vgl. etwa Europäischer Rat (2003): S. 6 f.
78 NATO (o. J.): Aktives Engagement, moderne Verteidigung. Strategisches Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder der Nordatlantikvertrags-Organisation, von den Staats- und Regierungschefs in Lissabon verabschiedet, Vorwort; Hervorhebung vom Autor.
79 Ebd.: para. 20; Hervorhebung vom Autor.
80 Grillo, Ulrich (2007): S. 30.
81 Ebd.
82 Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Online Ausgabe, S. 25.
83 Ebd.: S. 26.
84 CDU, CSU, SPD (2013): S. 175.
85 Bundesministerium der Verteidigung (2013): S. 5.
86 Ebd.: S. 5.
87 Ebd.: S. 13.
88 Wagner, Jürgen (2008): S. 23.
89 Heinelt, Peer (2013): Bewaffnete Entwicklungshilfe. In: junge Welt, 1.07.2013.
90 Pflüger, Friedbert (2010): Die neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen. In: IP, Mai/Juni 2010, S. 76.
91 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): S. 9.
92 Auswärtiges Amt (2012): Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten. Ressortübergreifende Leitlinien, S. 2.

Noch kein Grund zum Jubeln – und noch viel weniger zum Jammern

SIPRI legt eine neue Liste der Top 100 Waffenproduzenten vor

von Andreas Seifert

Die gute Nachricht vorweg: Es geht runter mit der weltweiten Waffenproduktion!
Die schlechte Nachricht: Es stimmt vielleicht nicht!

Mit dem Fact Sheet „The SIPRI Top 100 Arms-Producing and Military Services Companies, 2012" legte das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Ende Januar 2014 die Fortsetzung einer etablierten und von Journalisten wie Friedensaktivisten gern genutzten Reihe von statistischen Auswertungen vor.[1] SIPRIs diesjährige statistische Aufbereitung des internationalen Waffenhandels, die auf der Münchner Sicherheitskonferenz präsentiert wurde, „belegt", dass der (teilweise) Rückzug amerikanischer und europäischer Truppen von einigen Kriegsschauplätzen der Welt (Afghanistan, Irak) sich in den Kassen internationaler Konzerne negativ auswirkt. Für die deutschen Firmen Kraus-Maffei-Wegmann und Thyssen Krupp geht der Umsatz in der Militärsparte demnach um über 20% runter – und im Ranking von den Plätzen 64 auf 73 bzw. 50 auf 56. Nord-Amerikanische Unternehmen wie KBR, die US-amerikanische Basen im Irak betreuen, erlebten Einbußen um 60%, andere, wie die Firma DynCorp, die das gleiche in Afghanistan tun, erlebten hingegen Zuwächse um die 10%. Es sind diese Kleinigkeiten, die zusehends an der Validität der SIPRI-Zahlen zweifeln lassen: geht's rauf oder geht's runter? Der auf die Schnelle aus den Zahlen gelesene „Rückgang" in der Waffenproduktion um 4,2% entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nicht haltbare statistische Größe – offen bleibt, ob es nicht eigentlich insgesamt nach oben geht.

Bezugsrahmen als Fehlerquelle

SIPRIs Statistik fußt auf dem Zahlenmaterial der 100 umsatzstärksten Unternehmen der Rüstungsbranche, vergisst aber anzumerken, dass sich jenseits der 100er Marke weitere Unternehmen tummeln, deren Umsätze zumindest nicht unerheblich sind. Lag die Grenze im Jahrbuch von 2012[2] bei einem Umsatz von 640 Millionen USD so weist das letzte Unternehmen der aktuellen Liste einen Umsatz von 720 Millionen USD aus. Ein Unternehmen, wie die MTU Aero-Engines, das im SIPRI-Zahlenmaterial 2012 mit einem Umsatz von 640 Millionen USD im Militärgeschäft für 2010 noch auf Platz 100 rangierte, ist inzwischen aus der Liste gefallen. Der MTU-Geschäftsbericht 2013 feiert indes das Jahr 2012 als erfolgreichstes Jahr in der Firmengeschichte: 503 Mio. €, also grob 680 Mio. USD.[3] Obwohl signifikante Zuwächse vorhanden sind, bilden sie sich nicht mehr in der SIPRI-Statistik ab. Hier fällt auf, dass eine entscheidende Zahl in der Aufbereitung von SIPRI fehlt: der Anteil der Top 100 an den Gesamtumsätzen aller Unternehmen. Dies mag sogar unter dem Gesichtspunkt einer groben Gesamtwertung hilfreich sein, dennoch zeigt es die Schwierigkeit auf, den öffentlichen Diskurs, der nationalen Charakter hat, noch mit dem Stockholmer Material zu unterfüttern. Deutsche Unternehmen und Lobbyverbände der Wehrindustrie, die schon den letzten Bericht von SIPRI im Sinne einer „Alarmglocke" ausgelegt haben, finden im neuen Zahlenmaterial passende Szenarien, um eine deutsche Marginalität im Rüstungsbereich zu suggerieren.

Der „Aufstieg" der russischen Rüstungsindustrie (der man im SIPRI-Fact Sheet auch gleich eine noch höhere Korruptionsanfälligkeit unterstellt als der Rüstungsindustrie ohnehin schon) in den Top 100 und ihr Zugewinn um 28% wird von eben diesen Lobbyisten als Argument genutzt, auf Exporterleichterungen und neue Beschaffungszyklen zu dringen. Dass sich der Anteil der russischen Industrie am Top 100 Segment auf 5% beläuft – in etwas so viel wie die US-amerikanische Firma Northrop Grumman allein –, ist keine Zeile wert. Auch der explizite Verweis auf die Entwicklung der chinesischen Waffenindustrie, die nicht in der Statistik der Top 100 aufgeführt wird, bedient in der vorgebrachten Form die Argumentation wachsender militärischer Irrelevanz und ist Futter für diejenigen, die auf die Erhaltung einer „wehrindustriellen Basis" pochen. Chinas Waffenindustrie würde demnach mindestens 10 Unternehmen der Top 100 stellen können, wobei man einem sogar zutraut, sich in den oberen Rängen der Top 10 aufzuhalten.[4] Die Darstellungsform allein, keine Zahlen zu haben, aber dann doch welche zu präsentieren, lässt Interpreten, die Ängste schüren wollen, weites Spiel. Im Ergebnis wird die Botschaft gefördert, dass nicht Rüstung oder Rüstungsindustrie das Problem sind, sondern die Rüstung bestimmter Akteure (Russland, China,…).

Pressemitteilung zur Veröffentlichung der Zahlen in München auf der SIPRI-Homepage

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die deutschen Zahlen: Thyssen Flopp, Rheinmetall mit Zuwächsen – EADS/Airbus ein eigener Staat

Die SIPRI-Analysten haben die Kennzahlen von Thyssen Krupp und Kraus-Maffei für ihre Key-Facts auf der Titelseite ihres Fact Sheets herausgegriffen und ihnen damit einen besonderen Platz für zukünftige Diskussionen eingeräumt: „Einschnitte in den Militärausgaben in West-Europa und der Einbruch beim Bedarf an schweren Waffen hat die Verkäufe von Firmen wie dem Panzerproduzenten Krauss-Maffei Wegmann (runter um 21 Prozent) und Schiffsbauer Thyssen Krupp (runter um 27 Prozent) beeinflusst.“[5]

Der Blick in alte SIPRI-Daten[6] ist hier hilfreich, ein paar Dinge klarzustellen. Die Entwicklung des Umsatzes im Militärbereich von Thyssen-Krupp (3% am Gesamtumsatz) ist jenseits des gewählten Vergleichszeitraumes 2011 zu 2012 wenig dramatisch. SIPRI selbst weist für 2010: 1,34 Mrd. USD; für 2011: 2,08 Mrd. USD; und für 2012 wiederum 1,53 Mrd. USD aus.[7] Gegenüber 2012 ein Einbruch von 27%, gegenüber 2010 immer noch eine Steigerung! Für Thyssen-Krupp dürften die Verluste in anderen Geschäftsfeldern sicherlich dramatischer sein, denn der Gesamtumsatz des Stahlriesen ist von 68,2 Mrd. USD auf 60,5 Mrd. USD gesunken. Für Kraus-Maffei-Wegmann ergibt sich ein noch bizarreres Bild: hatte man den Umsatz der Firma im Jahre 2011 für das Jahrbuch 2013 noch auf 1,75 Mrd. USD hochgerechnet, so korrigiert man diese Zahl für das Fact Sheet 2014 auf 1,25 Mrd. USD nach unten – mal eben eine halbe Milliarde weniger. Und ausgehend von dieser Zahl errechnet man nun einen Absturz um 21% auf 980 Millionen USD. Dabei soll keinesfalls unterstellt werden, der Panzerhersteller würde nicht in Absatzschwierigkeiten stecken, doch müssen Zweifel an der Berechnung der Zahlen zumindest mitbedacht werden.

Das Interessante ist jedoch, dass SIPRI mit dem Herausgreifen gerade dieser beiden Hersteller, direkten Bezug zur europäischen Anschaffungspolitik nimmt und Rüstungslobbyisten in Deutschland den Boden ebnet. So bekommen Exportanträge von Krauss-Maffei-Wegmann, Panzer nach Saudi Arabien liefern zu wollen, von ungewohnter Seite – ob gewollt oder ungewollt - Rückendeckung.

Wenn man sich die anderen großen deutschen Player anschaut, so ist von einem dramatischen Einbruch, der von SIPRI der Branche insgesamt unterstellt wird, nicht die Rede. MTU-Aero Engines wurde bereits erwähnt: die Firma ist nicht mehr in der Statistik gelistet, ihr geht’s aber prächtig. Der Diehl Konzern, der ein Drittel seines Umsatzes mit Waffen macht, konnte sein statistisches Ergebnis und seinen 62. Platz gut halten: Einbruch nicht vorhanden. Der Waffenbauer Rheinmetall legt sogar im Ergebnis etwas zu: von 2,98 auf 3 Milliarden USD – das dritte Jahr in Folge Zuwächse!

Besonderes Augenmerk verdient wie immer der EADS-Konzern, der sich jüngst in Airbus umbenannt hat, damit aber nicht friedlicher geworden ist. Die Umgestaltung sah auch, dies sei am Rande erwähnt, die Einarbeitung der in der Öffentlichkeit oftmals als besonders friedlich herausgestellten Raumfahrtsparte Astrium in den militärischen Arm des Airbusimperiums Airbus Military, vormals Cassidian, vor. Hier verliert die Militärsparte 2012 gegenüber dem Vorjahr 1 Mrd. USD – und das trotz großzügigster Subventionen – und weist dennoch 15,4 Milliarden für unproduktives, tödliches Material aus. Besonders pikant: Airbus ist aufgrund seiner Verflechtung als transnationales Unternehmen geführt und genießt damit eine besondere Stellung. Im Ländervergleich wird EADS/Airbus inzwischen gleichberechtig neben Frankreich, Russland, den USA und allen anderen „Ländern“ geführt. Der Grad der Verflechtung europäischer Unternehmen untereinander hat zugenommen – die Verteilung der Standorte einzelner Unternehmen über ganz Europa ebenso. Thales, Finmeccanica und andere Unternehmen aus Europa produzieren in ganz Europa und nicht in einzelnen Ländern. 87% der Umsätze der Top 100 Unternehmen liegen bei nordamerikanischen und europäischen Firmen. Das Beispiel Airbus sollte dazu dienen, die Praxis einer nationalen Zuordnung zu überdenken.

SIPRI Zahlen (Millionen USD)

	2011		2012
7. EADS/Airbus	16.400	⇓	15.400
30. Rheinmetall	2.980	⇔	3.000
56. Thyssen Krupp	2.080	⇓	1.530
62. Diehl	1.390	⇒	1.200
73. Krauss-Maffei Wegmann	1.250	⇓	980

Quelle: SIPRI Fact Sheet 2014

Fazit: Stochern im Nebel

Wenn nicht klar ist, wie groß der Anteil der Top 100 Unternehmen am Gesamtumsatz der Branche ist, bleibt alles andere lediglich Spekulation oder genauer: ist nur als Tendenzbeschreibung zu lesen. Was man bei allen geäußerten Vorbehalten festhalten kann, sind ein paar interessante Beobachtungen. Demnach verteilt sich der Umsatz auf mehr Unternehmen als in den vergangenen Jahren und die Beschränkung auf 100 Unternehmen wird zusehend fragwürdiger. Neue Player und neue Märkte jenseits des - dann immer noch überbordenden - Nordens entstehen und entwickeln Dynamiken, denen man in Stockholm nur schwer beikommt. In Japan, Indien, China, Südostasien und Brasilien entstehen Unternehmen, denen man wohl nicht mehr mit der klassischen Lektüre von Geschäftsberichten gerecht werden kann, da sie sich der Erfassung durch Börsenauflagen entziehen. Die Verflechtung der Unternehmen gewinnt an Komplexität und ihre nationale „Verortung“ gelingt immer weniger. Die mit der Heraushebung von Krauss-Maffei-Wegmann und Thyssen Krupp in den „Key-Facts“ angeklungene Vermutung, den deutschen Unternehmen gehe es schlechter als anderen, ist grundlegend anzuzweifeln und dem vorauszusehenden Gejammer von Rüstungslobbyisten ist entschieden zu widersprechen. SIPRI sollte sich überlegen, ob es am Ranking in dieser Form festhält oder ob es nicht neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit beschreitet. Es besteht die Gefahr, dass ihr Ranking zu einem Branchendienst der Wehrtechnischen Industrie verkommt und Lobbyisten als Argumentationshilfe und Bankanalysten als Entscheidungshilfe für Anleger dient.

Anmerkungen

1 Abseits des SIPRI Fact Sheets (http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=472) ist die reine Liste inzwischen online abrufbar: www.sipri.org.

2 Als Vergleich wurde die Printausgabe „SIPRI Yearbook 2012, Armaments, Disarmament and International Security“, Frühjahr 2012, herangezogen.

3 Z.B. auf der Homepage des Unternehmens: www.mtu.de/GB_2012_de/99.html

4 Fact Sheet, 2014, S. 7.

5 Fact Sheet, 2014, S. 1, Übers. as.

6 Als Vergleich wurde die Printausgabe „SIPRI Yearbook 2013, Armaments, Disarmament and International Security“, Frühjahr 2013, herangezogen.

7 Zahlen aus dem Fact Sheet, bzw. SIPRI Yearbook 2013.

Gegen EU-Militarisierung und Rüstungslobbyismus

Vorstellung der Kampagne Ctrl + Alt + EU

GASTBEITRAG

von Gunther Lippens

Unverkennbar hat sich die EU zu einer militärischen Macht entwickelt. Sie hat die Kompetenz, die Institutionen und die betrieblichen Strukturen, um weltweit militärisch zu intervenieren. Eine der beunruhigendsten Entwicklungen ist der große Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Politik. Als selbsternannte Experten für Verteidigung und Sicherheit sind CEOs (Geschäftsführer) und Lobbyisten der Rüstungsindustrie stark an der Gestaltung der EU-Politik beteiligt. Ein Vertreter von Vredesactie fasste das folgendermaßen zusammen: „Die Europäische Sicherheit ist reduziert auf militärische Fähigkeiten und eine starke Rüstungsindustrie. Der Ruf nach mehr Militärausgaben ist der Strenge der von der EU auferlegten Sparmaßnahmen diametral entgegengesetzt."

Ctrl + Alt + EU ist eine neue belgische Kampagne von Vredesactie, welche die Militarisierung Europas kritisiert. Im Vorfeld der Europawahl im Mai 2014 werden wir öffentliche Aktionen im Brüsseler EU-Viertel organisieren und Informationen über die Militarisierung der EU verbreiten. Im Allgemeinen wollen wir das Bewusstsein der fortschreitenden europäischen Militarisierung der Politik, der gesellschaftlichen Bereiche und des Alltags erhöhen. Ob es um Migration geht, das Internet, das Gesundheitswesen, internationale Transporte: überall versucht die Rüstungsindustrie, ihre militärische Logik einzuspeisen.

Mit einem großen, öffentlichen und gewaltfreien Aktionstag während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. Dezember 2013 in Brüssel wurden der tägliche Betrieb gestört und die engen Beziehungen zwischen der Rüstungsindustrie und der Politik unterstrichen.

Das europäische Friedensprojekt

Im Jahr 2013 hatte der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy das militärische Europa hoch auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nur drei Monate nach dem Erhalt des Friedensnobelpreises beendete er eine Rede auf der Jahrestagung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) mit den Worten: „Europa wurde aus der Asche des Krieges geboren. Die EU ist zuerst gegründet worden durch die Bündelung der Instrumente des Krieges: Kohle und Stahl [...]. Die Europäische Union ist auf der Seite von denen, die nach Frieden und Menschenwürde streben. Um diese Aufgaben zu erfüllen, sollten wir sicherstellen, dass wir die Mittel dazu zur Verfügung haben."

Die Themen der EDA-Konferenz waren die Rüstungsindustrie und die militärischen Fähigkeiten der europäischen Armeen. Für Van Rompuy sind diese Mittel: Waffen und eine Armee, die weltweit intervenieren können. Vredesactie verfolgt diese Entwicklungen der Europäischen Union mit Argwohn. Die Tatsache, dass sich die Mitgliedstaaten aufgrund unterschiedlicher Interessen bislang schwertun, sich auf eine gemeinsame Außenpolitik zu einigen, ist der Hauptgrund, warum es bis heute noch nicht deutlich mehr Militäroperationen im Rahmen der EU gegeben hat. Zu oft sind die USA als einziger Staat bereit, Gewalt anzuwenden, um seine nationalen Interessen zu sichern. Dennoch war Tony Blair einer der wichtigsten Befürworter des Irak-Krieges während seiner Amtszeit als Premierminister von Großbritannien. Frankreich will nicht vor eigenwilligen militärischen Interventionen zurückschrecken, wenn seine Interessen in „Françafrique" auf dem Spiel stehen. Die Intervention in Mali ist das jüngste Beispiel, aber Frankreich spielte auch eine führende Rolle in Libyen und hat in der Elfenbeinküste, im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik in den letzten zehn Jahren viele militärische Operationen durchgeführt. Dennoch ist es eine Illusion zu glauben, dass eine militärische EU weniger kriegstreiberisch sein würde, als die Mitgliedstaaten zusammengenommen.

Das Ziel: eine florierende Rüstungsindustrie

Eines der beunruhigendsten Entwicklungen ist der große Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Politik. Ob es um die Bündelung und gemeinsame Nutzung von Militärausrüstung, die Regulierung des internationalen Waffenhandels, die Migrationspolitik oder um die Prioritäten der europäischen Forschungsförderung geht, die Rüstungsindustrie ist immer sehr erfolgreich bei der Förderung von militärisch-technischen „Lösungen". Ihre CEOs und Lobbyisten werden oft als Verteidigungs- und Sicherheitsexperten angesehen und sind eng in die Gestaltung der EU-Politik eingebunden. Die Tatsache, dass ihr primäres Ziel immer kommerziell ist, wird oft vergessen oder als unwichtig eingestuft. Aber diese „Experten" wissen ganz genau, was ihr Kerngeschäft ist und wie sie es verkaufen. Um in so vielen Märkten und politischen Bereichen wie möglich aktiv zu werden, präsentieren sie zunächst jedes soziale Phänomen als Problem und Frage der Sicherheit. Weiter argumentieren sie, dass jedes Sicherheitsproblem eine technische Lösung brauche. Und natürlich liefert die Rüstungsindustrie diese Technologie für einen Preis, den sie selbst vorgibt.

Zwar gibt es keine gemeinsame Vision für eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik, eine Gewissheit taucht aber immer wieder wieder auf: Die Europäische Union brauche eine florierende Rüstungsindustrie. In der EU-Sprache wird dies als „eine innovative und wettbewerbsfähige europäische verteidigungstechnologische und industrielle Basis" bezeichnet. Die gesamte Europäische Union scheint von dieser Annahme durchdrungen zu sein. Das Herstellen einer florierenden Rüstungsindustrie ist auch eines der Hauptziele der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), die entsprechend von der europäischen Rüstungsindustrie als ihr „Lieblingskind" bezeichnet wird. Aber auch die Europäische Kommission (EC) arbeitet hart an diesem Ziel: 2011 haben der EU-Präsident, Manuel Barroso, und der Kommissar für Industrie und Unternehmen, Antonio Tajani, eine Task-Force mit dem Ziel eingerichtet, die Rüstungsindustrie zu stärken. In direkter Absprache mit den Waffenherstellern selbst untersucht die EU-Kommission, wie sie helfen kann, die Rüstungsindustrie auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu machen.

Forschungsförderung für die Rüstung

Am 24. Juli 2013 hat die Europäische Kommission Empfehlungen für die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie bekannt gemacht. Sie enthalten eine Reihe von aggressiven Vorhaben, die die Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten. Die Kommission verkündet nicht nur ein spezifisches Programm für die Entwicklung

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Protestaktionen in Brüssel, Foto: Vredesactie

neuer Waffentechnologien, sie will sogar den gemeinsamen Kauf von Prototypen neuer Waffentechnik ermöglichen und erwägt explizit auch, militärische Drohnen anzuschaffen. Die Europäische Kommission will, dass die europäischen Institutionen aktiv die Waffenhersteller unterstützen, wenn diese mit amerikanischen, chinesischen und russischen Lieferanten konkurrieren müssen. Ein hoher Stellenwert kommt dabei Dual-Use-Gütern für militärische Anwendungen zu, für die auch zivile Budgets mobilisiert werden können. Entsprechend wird bei allen europäischen Fördertöpfen geprüft, wie sie für die Rüstungsindustrie eingesetzt werden können. Die Kommission reduziert die Sicherheitspolitik auf ein Förderprogramm für die Industrie.

Auf dem Papier finanziert die Europäische Union nur zivile Forschungsprogramme. In der Praxis wissen wir bereits, dass Waffenhersteller ein schönes Stück vom Kuchen abbekommen. Es gibt z.B. das Forschungsprojekt OPARUS, das knapp über 1 Mio. Euro aus dem EU-Förderprogramm RP7 zwischen September 2010 und Mai 2012 erhielt. OPARUS steht für „Open Architecture für UAV-basierte Überwachungssysteme", OPARUS war damit ein Projekt zur Überwachung mit Drohnen. Alle großen europäischen Rüstungsunternehmen und Israel Aerospace Industries haben in diesem Projekt zusammengearbeitet. Was genau mit den EU-Geldern passiert ist, können wir nur vermuten, da es wenig öffentliche Informationen über diese Art Forschung gibt. Auf dem Papier hatte das Projekt ein (zweifelhaftes) ziviles Ziel, in der Praxis wurden Waffenhersteller finanziert, um neue Technologien zu entwickeln.

Ab 2014 jedoch gelten neue Regeln. Das neue Finanzierungsprogramm der EU heißt Horizon 2020 und wird von 2014 bis 2020 laufen. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission bekräftigte, dass die Forschungsprogramme nur zivile Anwendungen haben sollten. Aber einige Mitglieder des Parlaments wollten es anders. Namhafte Verbündete der Rüstungsindustrie wie der Deutsche Christian Ehler und der Französische Ex-Geheimagent Arnaud Danjean haben Änderungsanträge eingereicht, um die entsprechende Passage aus dem Vorschlag zu streichen. Mit der Argumentation, EU-Mittel sollen verwendet werden, um die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie zu stärken, schafften sie es, im EP Zustimmung für ihre Änderungen zu bekommen. Nach dem obskuren „Trilog" (letzte nichtöffentliche Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission, bevor neue EU-Gesetzgebung verabschiedet wird) wurde die Festlegung auf „nur zivile Anwendungen" dann doch nicht gestrichen. Wahrscheinlich, weil die Verhandlungspartner bereits etwas Neues im Auge hatten. In der Tat kündigte der Rat der EU nach dem Gipfel von 19. bis 20. Dezember eine „vorbereitende Maßnahme" über „Forschung im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" an. Übersetzt in lesbare Sprache bedeutet dies eine neue Förderlinie, um die Entwicklung von Waffentechnik zu finanzieren.

Die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie ist auch explizit im Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenausfuhren erwähnt. Der Gemeinsame Standpunkt der EU enthält acht Kriterien, welche die Mitgliedstaaten bei der Erteilung von Waffenausfuhrlizenzen berücksichtigen sollen. Doch neben den schönen Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten, wird den Mitgliedstaaten auch erlaubt, kommerzielle Interessen der Waffenindustrie zu berücksichtigen. Allzu oft werden wirtschaftliche Interessen als wichtiges neuntes Kriterium für den Waffenexport angesehen.

Aktionen in Brüssel

Vredesactie und Agir pour la Paix haben am 19. Dezember 2013 Aktionen an verschiedenen Orten im Europaviertel in Brüssel gemacht, an denen die europäische Politik gestaltet wird. Die Lobbys der Rüstungsindustrie, die Hauptgebäude der Rüstungsindustrie und die Gebäude der europäischen Verwaltungen sind in räumlicher Nähe auf nur wenigen Quadratkilometern verteilt. In diesem Viertel bewegen sich etwa 15.000 Lobbyisten. Deshalb ist das europäische Viertel in Brüssel ein interessanter Ort, um Aktionen zu machen. Die Aktionen von Vredesactie und Agir pour la Paix haben den täglichen Betrieb im Europaviertel gestört und haben die Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Politik unterstrichen.

Die Europäische Verteidigungsagentur wurde morgens früh von einer Gruppe von Demonstranten überrascht, welche zwei Eingänge blockiert haben. Zwei Aktivisten kletterten auf das Tor. Der Zugang zum Haupttor wurde von Aktivisten, die mit waschbare Theaterblut verschmiert waren, behindert. Mehr als eine Stunde war die EDA für die verwirrten Arbeitnehmer geschlossen. Vierzehn Aktivisten wurden administrativ festgenommen und nachmittags wieder freigelassen.

Um zehn Uhr dreißig kletterten vier Aktivisten an der Fassade des Generaldirektorats für Unternehmen und Industrie hinauf. Sie haben dort ein Transparent befestigt, auf dem stand: „Die Waffenhändler sagen Danke, EU!“, weil die Europäische Rüstungsindustrie von der EU jährlich Millionen Euros bekommt. Aktivisten trugen Masken von Angela Merkel und Manuel Barroso. Auf dem Gebäude hing auch ein Transparent mit der Aufschrift : „Merry Crisis, Happy New War!“

Die Teilnehmer an der „Lobby-Tour Deluxe“ Aktion bekamen eine Open Air Einführung in Lobbyismus: durch einen geführten Spaziergang entlang der Gebäude der Lobbygruppen wurde gezeigt, wie Waffenfirmen und europäische Institutionen die Politik beeinflussen. Auf diese Weise machte die Tour Verflechtungen zwischen Wirtschaft und politischen Entscheidungsträgern sichtbar. In der Nähe des Jubelparks verlieh eine andere Gruppe von Aktivisten den Nobelpreis für Kriegführung. Glücklicher Sieger wegen ihrer militärischen Ambitionen und ihrer großzügigen Unterstützung für die Rüstungsindustrie: die Europäische Union! Ein Straßentheater zeigte auf dem Vorplatz des Europäischen Parlaments, wie Lobbyisten den Abgeordneten Gesetze diktierten.

2014 wurden in Belgien noch mehr Aktionen geplant im Rahmen der Ctrl + Alt + EU Kampagne. Es ist ganz wichtig, um in vielen anderen europäischen Ländern auch die Militarisierung Europas auf die politische Tagesordnung zu setzen. Nur wenn man an so vielen Orten wie möglich Druck ausübt, um zu verhindern, dass die europäische Politik von Militär-Lobbyismus dominiert wird, kann man eine gegenwärtige Gegenmacht auf europäischer Ebene aufbauen.

Gunther Lippens ist an der Ctrl + Alt + EU Kampagne von Vredesactie (Belgien) beteiligt.

Für Stabilität im Sinne der EU

Die Europäische Union unterhält eine ganze Reihe an Finanzierungstöpfen, mit denen sie auf Entwicklungen in Ländern außerhalb der EU Einfluss nimmt oder nehmen will. Dazu gehört auch das am Mittwoch im Europäischen Parlament in Straßburg verabschiedete »Stabilitätsinstrument« oder auch »Instrument für Stabilität und Frieden«, wie es die Grünen gerne benennen.

Doch was genau verbirgt sich hinter dem Programm, für das immerhin 2,82 Milliarden Euro bereitgestellt werden? Mit dem Stabilitätsinstrument finanziert die EU-Kommission Maßnahmen in Ländern außerhalb der EU, wenn es dort Krisen gibt oder solche bevorstehen, um die jeweilige Regierung zu stabilisieren. Oder sie ergreift Maßnahmen »im Kontext stabiler Kooperationsbedingungen«, die dem »Aufbau von Kapazitäten« dienen, »um spezifische globale und transregionale Bedrohungen mit destabilisierender Wirkung zu bewältigen«. Dabei geht es auch um »Hilfsmaßnahmen« wie die Unterstützung beim Aufbau von Polizei, Streitkräften oder staatlichen Strukturen. Geld kann auch dann ausgezahlt werden, wenn dies eine örtliche Regierung nicht will, zum Beispiel wenn die Zusammenarbeit mit ihr aufgrund von Klauseln in internationalen Abkommen – etwa wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen – ausgesetzt ist.

Die Finanzhilfen werden einerseits als konkrete Haushaltshilfe, andererseits als Sachleistungen zur Deckung von Betriebskosten oder als Finanzierung von Programmen an die jeweilige Regierung oder einzelne Gebietskörperschaften, an Europäische Agenturen, Nichtregierungsorganisationen sowie internationale Organisationen und auch an privatwirtschaftliche Unternehmen ausgezahlt, soweit »sie einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung leisten«.

Richtig verwirrend wird es, wenn man betrachtet, wie viele verschiedene Programme dieser Art die EU unterhält. In dieser Plenumswoche wurden neben dem Stabilitätsinstrument noch eine ganze Reihe anderer »außenpolitischer Instrumente« debattiert, darunter das »Nachbarschaftsinstrument«, das »Instrument für Heranführungshilfe« oder das »Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte«.

Für all diese zuständig sind die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). Es ist zwar immer wieder angemahnt worden, aber de facto gibt es keine parlamentarische Kontrolle der Ausgaben durch das Europäische Parlament.

Auch der Deutsche Bundestag erfährt nur wenig darüber, was mit dem Geld des Stabilitätsinstrumentes geschieht. In einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion (17/5873) hieß es: »Der Bundesregierung sind lediglich Gesamtsummen für die jeweiligen Maßnahmen bekannt. Da diese oft aus mehreren Komponenten bestehen, liegen der Bundesregierung über die genaue Höhe der Mittel, die (z.B.) für Reformen der Justiz verwendet wurden, nicht in jedem Fall genaue Angaben vor.«

Klar ist nur: Mit dem Geld nimmt die EU weltweit Einfluss auf örtliche Entwicklungen. Meist ist es Vor- und Nachsorge rund um militärische Konflikte, die auch schon mal mit Beteiligung der Europäischen Union stattfinden bzw. stattfanden. Die GUE/NGL-Fraktion etwa lehnt deshalb das Stabilitätsinstrument ab.

Besonders im Vorfeld des Rüstungs- und Militärgipfels der EU am 19. und 20. Dezember ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Instrumente häufig die zivile Begleitung von auch militärischen Einflussnahmen der EU auf andere Länder sind. Frankreich drängt nun zum Beispiel gerade darauf, dass ihre militärischen Aktionen in Zentralafrika über die »African Peace Facility« des Entwicklungshilfefonds der EU abzurechnen seien. Das würde ins Bild passen, wurden doch schon 1,1 Milliarden Euro aus dem EU-Entwicklungsfonds für Militäraktionen der Afrikanischen Union (AU) ausgegeben. So werden dann Militäreinsätze (nicht nur Frankreichs) über die EU querfinanziert. Auch um den geplanten Ausbau von EU-Militäreinsätzen wird es beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in der kommenden Woche gehen.

Es ist und bleibt Wahnsinn, dass unter der Führung der Troika die Länder in der EU kaputtgespart werden, aber zugleich ein Militärgipfel stattfindet, bei dem Maßnahmen dazu beschlossen werden sollen, wie die (teure) Militarisierung der EU weiter vorangetrieben werden kann.

Tobias Pflüger

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Der Krieg beginnt hier!

von Tobias Pflüger

Die deutsche Friedensbewegung hat sich mit dem neuen Jahr auf eine veränderte Regierungspolitik einzustellen. Das frisch vereidigte Bundeskabinett will eine Reihe von bisher noch vorhandenen Bremsen im Bereich Außenpolitik lösen. Die Welt schrieb am 19. November: „Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer ‚Kultur der Zurückhaltung' leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten."

CDU/CSU und SPD geben sie Schritt für Schritt auf. Äußerungen wie die folgende wird es von einem deutschen Außenminister so schnell nicht mehr geben: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, daß ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muß. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht. (…) Ich glaube nicht, daß Syrien eine bessere Entwicklung nähme, wenn jetzt eine militärische Intervention stattfände. Deswegen hat sich auch die Bundesregierung dagegengestellt. Es gibt in Syrien keine Alternative zu einer Verhandlungslösung."

Statt Westerwelle ist, nach vier Jahren Abstinenz, wieder der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier Außenminister. Zuvor war er 1999 in der „rot-grünen" Regierung von Gerhard Schröder und Joseph Fischer – eben jenem Kabinett, das den (Angriffs-) Krieg in die deutsche Außenpolitik zurückbrachte – zum Chef des Kanzleramts und damit auch zum Koordinator der Geheimdienste berufen worden. Mit Steinmeier gibt es eine Kontinuität sozialdemokratischer Kriegspolitik.

Ihre genauere Ausrichtung ist aber – wie bei vielen anderen Themen – noch strittig. Springers Bild berichtete vom Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 19./20. Dezember 2013 in Brüssel: „Und auch beim Hauptthema des ersten Gipfeltages, der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, waren die Großkoalitionäre noch nicht so richtig einer Meinung. Die Kanzlerin gab sich in Sachen Unterstützung von EU-Auslandseinsätzen eher wortkarg. Zu den Forderungen Frankreichs, sich am Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik zu beteiligen, sagte sie nur: ‚Wir als Europäer können nicht überall auf der Welt die Probleme lösen, sondern wir müssen die Regionen befähigen, ihre Probleme lösen zu können.' SPD-Mann Schulz[1] zeigte sich dagegen viel großzügiger: ‚Daß die Staaten, die militärische Einsätze zum Schutz auch der Interessen Europas organisieren und bezahlen müssen, eine gewisse Solidarität von den anderen, die daran nicht beteiligt sind, erhalten, ich finde, das ist ein diskutierenswerter Vorschlag.' Jedenfalls stellte sich Schulz damit hinter Frankreichs Präsident François Hollande. Der forderte zum Gipfelauftakt eine dauerhafte EU-Kriegskasse, aus der Einsätze wie der in Zentralafrika mitfinanziert werden sollten, auch im nachhinein. Er habe für die von Frankreich zunächst alleine begonnene Mission zum Schutz der Bevölkerung in dem krisengeschüttelten Land „viel Unterstützung von den europäischen Regierungen bekommen, praktisch von allen', sagte Hollande. „Also müssen die Finanzierungsbeiträge dieser Unterstützung folgen.'„[2] Die Christdemokraten wollen sich auf die direkten Interessengebiete des deutschen Kapitals konzentrieren und die jeweiligen regionalen Bündniskräfte mit Waffen und Ausbildungshilfen unterstützen. Sozialdemokratische Linie ist es, weltweit mit Soldaten und Interventionen sowie der Finanzierung von beidem „deutsche" Interessen durchzusetzen.

Wer unter solchen Voraussetzungen noch glaubt, daß eine „rot-rot-grüne" Koalition im Bund eine reale Option ist, betreibt illusionäre „Realpolitik". Von der Partei Die Linke und allen Friedensorganisationen ist daher solide Oppositionsarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments gefordert. Debatten über die Aufweichung von friedenspolitischen Positionen in der Partei Die Linke wegen einer angestrebten Regierungsfähigkeit sind verantwortungslos. Nicht die außenpolitischen Vorstellungen der nun stärksten Oppositionspartei müssen sich ändern, sondern SPD und Grüne müssen von ihrer Fixierung auf Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln abgebracht werden.

Militarisierung im Innern

Zum ersten Mal, bezogen auf die Koalitionsverträge der jüngeren Geschichte, gibt es im aktuellen einen positiven Hinweis auf Atomwaffen: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben." Die letzten Regierungen hatten hier zumindest erklärt, daß ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus der Bundesrepublik angestrebt werde – auch wenn dies nie umgesetzt wurde und die „nukleare Teilhabe" ein wichtiger Aspekt der Politik aller bisherigen Bundesregierungen blieb. Die Friedensbewegung und die Partei Die Linke sollten nun, da von US-Seite auch noch eine Modernisierung der Atomwaffen geplant ist, verstärkt deren vollständigen Abzug fordern. Die Nuklearbomben sind in Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert. Aktionen vor dem dortigen „Fliegerhorst" bieten sich regelrecht an. Es müssen ja nicht gleich Massendemonstrationen wie in den 1980er Jahren sein. Auch gilt es für Linkspartei und Friedensbewegung, Gliederungen der SPD damit zu konfrontieren, daß „ihre" Koalition sich für Atomwaffen in Deutschland einsetzt.

Ebenso wird der Propaganda und den Werbefeldzügen der Militärs in staatlichen Einrichtungen das Wort geredet: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich." Damit nicht genug: „Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen. Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in

und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung für unsere Veteranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge für Verwundete und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und Toten."

Erstmals ist von „Veteranen" der Bundeswehr in einem Koalitionsvertrag die Rede. Dies ist ein Indiz dafür, daß unter der neuen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit einer verstärkten Propagandaoffensive für die Armee und ihre Auslandseinsätze zu rechnen ist. Die Aufgabe der Friedensbewegung und der Linkspartei ist es – wie bisher –, überall im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich dagegenzuhalten. Es muß selbstverständlich werden, daß die Soldaten an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen haben. Aktionen wie gegen Militär- und Kriegsforschung an Hochschulen (Stichwort: Zivilklausel-Bewegung) und „Schulfrei für die Bundeswehr" sollten bundesweit an allen Bildungseinrichtungen stattfinden. Häufig betreiben Universitäten, an denen eine Zivilklausel durchgesetzt werden konnte, trotzdem Rüstungs- oder zivil-militärische (Auftrags-)Forschung. Allein die Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung genügt deshalb nicht. Wissen zum Zusammenhang von Forschung und Militär kann durch Diskussionsveranstaltungen und anderen Aktionen weiter in die Studierendenschaft und unter die Dozenten getragen werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bietet sich als Partnerin an, sie hat sich gegen eine Militarisierung des Bildungswesens ausgesprochen. So wird auch der Diskurs unter Lehrkräften forciert.

Die neue Bundesregierung baut die „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr)" der Bundeswehr weiter auf (siehe jW-Thema vom 3.4.2013). Diese aus Reservisten gebildeten Einheiten sollen den sogenannten Heimatschutz sichern. Mit ihrer Einrichtung soll die zivil-militärische Zusammenarbeit verstärkt und die Bundeswehr gesellschaftlich verankert werden. Die Linkspartei hat in ihrem Bundestagswahlprogramm die Auflösung der RSU-Kräfte gefordert. Daran ist festzuhalten. Ein nächster Schritt wäre folgerichtig, die Heimatschutzeinrichtungen vor Ort öffentlich zu machen und die Bevölkerung über diesen Akt der Militarisierung aufzuklären. Hier bieten sich Anträge in allen Kommunen und die Thematisierung und Ablehnung dieser Einrichtungen während der kommenden Kommunalwahlkämpfe an.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom August 2012 gibt mit der schwammigen Formulierung zu Einsätzen des Militärs in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes" den Handlungsrahmen für Aktionen der Bundeswehr im Inneren vor. Die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wehrte solche Einsätze noch ab. Das muß jetzt nicht mehr so sein, so daß die Aktivierung von Soldaten auch bei Demonstrationen droht. Es müßte eine Stimmung gegen Bundeswehreinsätze im Innern entwickelt werden. Die Möglichkeiten sind groß, denn Friedensbewegung und Linkspartei können an diesem Punkt mit Bürgerrechtsgruppen und Gewerkschaften zusammenarbeiten. In letzteren ist hier schon durch den Affront der DGB-Spitze eine Diskussion entbrannt: Sie hat im letzten Jahr die Kooperation mit der Bundeswehr gesucht und so beim „sicherheitspolitischen" Seminar Proteste von der Basis und einige kritische Stellungnahmen von Gewerkschaftsvertretern provoziert. Laßt uns die Friedenskräfte in den Gewerkschaften argumentativ und durch Aktionen stärken.

Strategien für EU und NATO

Die verstärkten Inlandsaktivitäten korrespondieren mit dem Streben nach einer intensiveren militärischen Rolle im Ausland. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Die Bundeswehr wird auch

Proteste gegen den Fliegerhorst Büchel, der als letzter Standort in Deutschland gilt, an dem US-Atomwaffen gelagert werden. Foto: Wikipedia (CC-Lizenz)

in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus." Dafür baut die Bundeswehr verstärkt auf Kooperation. Dazu heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag: „Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muß mit dem Parlamentsvorbehalt[3] vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie die Parlamentsrechte gesichert werden können." Hier sollte die Friedensbewegung hellhörig werden, denn das Gegenteil wird der Fall sein: Via EU- und NATO-Einsätze ist geplant, die Axt an den Parlamentsvorbehalt anzulegen. Es sollen wohl noch häufiger als bis jetzt schon deutsche Truppen am Parlament vorbei im Ausland eingesetzt werden.

Ein weiterer strategischer Zug der neuen Regierung ist die EU-Erweiterung im Kontext der NATO-Ausdehnung – besonders in Richtung Osteuropa: „Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir die Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantreiben." Überhaupt setzt die große Koalition neben dem Nordatlantikpakt auf die Europäische Union als Militärbündnis: „Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräfteplanung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen. Dopplungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär zueinander sein." Hinter diesen Formulierungen versteckt sich die seit langem verfolgte Strategie zahlreicher Bundesregierungen, Hegemon in der EU und dadurch auch in der Welt zu werden. Der bald beginnende Wahlkampf um die Sitze im EU-Parlament ist die ideale Gelegenheit für die Friedensbewegung, die weitere Militarisierung des Bündnisses zu kritisieren und abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist der Entwurf der Linkspartei für ihr EU-Wahlprogramm nützlich, wonach ein Neustart des Staatenbundes mit vollständig neuen Verträgen und Institutionen dringend erforderlich ist. Eine deutliche internationalistische linke Kritik an den Institutionen der EU und ihrer Politik ist und bleibt notwendig.

Bezüglich der NATO ist Klartext zu sprechen: Sie ist ein Kriegsbündnis und muß aufgelöst werden. Um dieses Ziel politisch zu realisieren, ist der Austritt Deutschlands aus deren militärischen Strukturen zu fordern. So steht es seit dem Erfurter Parteitag der Linkspartei vom Oktober 2011 in allen ihren Programmen. Dieses Ziel ist nicht nationalistisch. Vielmehr käme es beim heutigen Grad an Vernetzung („Pooling und Sharing") innerhalb der NATO zu einer effektiven Behinderung des kriegerischen Staatenbündnisses.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die jetzige Bundesregierung wird weiterhin auf „zivil-militärische Kooperation“ setzen, also auf die Einbindung von Entwicklungs- und humanitärer Hilfe in Militärstrategien zur Einflußsicherung, in einem Land, etwa in Afghanistan. Diese Zusammenarbeit kann von der Friedensbewegung nur abgelehnt werden. Der Willen der Bundesregierung ist es, daß auch nach dem sogenannten Abzug der Truppen eigene Soldaten am Hindukusch stationiert sind. Eine gewissenhafte und aufklärerische Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes und die Forderung nach vollständigem Abzug von NATO und Bundeswehr sind notwendig.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr soll verstärkt werden. Frontex, die EU-Agentur zur Abschottung der Außengrenzen des Bündnisses, soll nun auch auf militärische Strukturen zugreifen können. Die Forderung nach Auflösung der Agentur und nach Beendigung der mörderischen Flüchtlingspolitik bleibt bestehen. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit von Friedens- und Refugee-Bewegung bzw. Organisationen zur Unterstützung von Flüchtlingen an. Gegen die Hetze von NPD und CSU kann eine Willkommenskultur etabliert werden. An manchen Orten funktioniert das schon ganz gut.

Was die Anschaffung von Kampfdrohnen angeht, will die große Koalition mit ihren Verbündeten auf dem Kontinent kooperieren und „schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr“ schaffen. Dabei hat laut Koalitionsvertrag eine EU-Drohne gegenüber dem Kauf israelischer oder US-Drohnen Priorität. Der bereits erwähnte EU-Gipfel Ende Dezember 2013 hat dazu grünes Licht gegeben. Die Kampagne gegen die „Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung“ ist für 2014 zentral. Es darf zu keiner Anschaffung von Killerdrohnen durch die Bundeswehr kommen.

Das Milliardengrab „Euro Hawk“, eine Aufklärungsdrohne, bietet ein weites Feld für Friedensarbeit inner- und außerhalb des Parlaments. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“ In diesem Zusammenhang ist das Bundestagswahlprogramm der Linkspartei hilfreich, in dem neben dem Verbot des Rüstungsexports auch das der Rüstungsproduktion bei gleichzeitiger Konversion der betroffenen Betriebe gefordert wird. Dies gilt es insbesondere im Jahr der 100. Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkrieges konkret etwa vor den entsprechenden Rüstungsbetrieben deutlich zu machen.

Der Feind steht im eigenen Land

Alle Orte an denen die Bundeswehr Kriege vorbereitet, müssen von der Friedensbewegung benannt werden: das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt und, neben den Übungsplätzen z.B. in Ohrdruf in Thüringen oder Senne in Ostwestfalen-Lippe, das Kommando Spezialkräfte in Calw und das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow. Ebenso müssen die in Deutschland befindlichen Militärbasen der USA und Großbritanniens in den Fokus der politischen Auseinandersetzung. Die Forderung nach ihrer Schließung muß lauter werden. Erste Aktionen dazu gibt es beispielsweise gegen das in Stuttgart-Möhringen befindliche AFRICOM, von dem aus auch Drohneneinsätze in Somalia koordiniert werden. „Der Krieg beginnt hier!“ ist die Devise.

In Stuttgart-Vaihingen befindet sich das EUCOM und daran angegliedert das Europabüro der NSA. Das wurde bisher zu wenig thematisiert. Der „Dagger Complex“, ein Stützpunkt der US-Nachrichtendienste in Darmstadt-Griesheim, der größte US-Stützpunkt Ramstein und neuerdings das Gelände in Wiesbaden sind mit Blick auf den größten US-Geheimdienst ebenfalls zu nennen. Er hat dem Bundesnachrichtendienst geholfen, eigene Abhöreinrichtungen, etwa in Bad Aibling und Rheinhausen, aufzubauen. Gemeinsame Aktionen von Initiativen gegen den Überwachungswahn und der Friedensbewegung – auch vor diesen Einrichtungen – sollten ausgebaut werden.

Karl Liebknecht betonte 1907 in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ die besondere Bedeutung des Antimilitarismus, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.“ Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen der SPD im August 1914 war der entscheidende Grund für einen Bruch in der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie spaltete sich später, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete sich 1917, die KPD Ende 1918. Auch heute gilt: Wer sich für Kriegs- oder Militäreinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen.

Es hilft nur begrenzt weiter, die „Schuld“ an Krisen und Konflikten anderen in die Schuhe zu schieben: Wie schnell ist man etwa in Deutschland bereit, alle Probleme der Welt auf die Politik der USA zurückzuführen, die eigene Regierung oder die EU von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Auch hier bleiben Liebknechts Aussagen von bleibender Bedeutung. Im Mai 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, erschien sein berühmtes Flugblatt, in dem er den Gegner für die hierzulande lebenden Menschen klar und deutlich benannte: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt’s für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“ Dies – immer zuerst und zentral gegen die „eigene“ Regierung – ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt.

Anmerkungen

1 Martin Schulz ist sozialdemokratischer Präsident des EU-Parlaments
2 Bild vom 19.12.2013
3 Nur das Parlament kann über den Einsatz von Soldaten oder etwa eine Kriegserklärung entscheiden.

Vom Statebuilding zum Bürgerkrieg

Eskalation im Südsudan

von Christin Bernhold

Seit Mitte Dezember 2013 herrscht ein Bürgerkrieg im jüngsten Staat der Welt, dem Südsudan. Keine zwei Jahre ist es her, da hatten westliche Politiker und Medien die Staatsgründung des Südsudan als Voraussetzung für einen Frieden in der Region begrüßt und gefeiert. Die damalige US-Außenministerin, Hillary Clinton, bezeichnete die Sezession des Südens vom Sudan im Sommer 2011 gar als „*unausweichlich*" – die Situation vor der Abspaltung sei eine „*tickende Zeitbombe*" gewesen.[1] Seit der Trennung der beiden Staaten müsste der Südsudan dieser politischen Lesart zufolge friedlich gedeihen. Doch die schweren bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen sich maßgeblich die Regierungspartei unter Präsident Salvar Kiir (Sudan People's Liberation Movement, SPLM) bzw. ihre Armee (*Sudan People's Liberation Army,* SPLA) und ebenfalls in der SPLA ausgebildete Truppen des im Juli 2013 abgesetzten Vizepräsidenten Riek Machar gegenüberstehen, sprechen eine andere Sprache. Dem Präsidenten zufolge habe Machar um den 15. Dezember herum einen Staatsstreich geplant – Machar zufolge handele es sich bei den Kämpfen um eine Rebellion gegen das diktatorische Regime in der südsudanesischen Hauptstadt Juba. Die Unruhen blieben nicht auf die Hauptstadt beschränkt, sondern weiteten sich schnell auf zahlreiche Landesteile aus. Trotz der Aufnahme von Friedensgesprächen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba wurden die Kampfhandlungen auch Anfang 2014 nicht eingestellt.

Ein Ende der für die Bevölkerung prekären Situation ist vorerst nicht in Sicht. Riek Machar, dem bereits in den 1990er Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt wurden, hatte mit den ihm nahestehenden Truppen noch vor Weihnachten die Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt Bor im ölreichen südsudanesischen Bundesstaat Jonglei übernommen.[2] Auch die an der Grenze zum Sudan gelegene Provinz Unity State, in der ebenfalls ein nicht unerheblicher Teil des südsudanesischen Öls gefördert wird, kontrolliert er bereits. Dass die Übernahme Unity States nicht gegen den Widerstand, sondern mit Hilfe des dortigen Regionalkommandeurs der südsudanesischen Armee, General James Koang Choul, geschah,[3] zeigt beispielhaft, wie tief die SPLM/A gespalten ist.[4] In zwei der von Machars Trupppen eroberten Regionen, Unity State und Jonglei, hat Präsident Kiir nun den Notstand ausgerufen.[5] Mehr als 1.000 Menschen waren den Kämpfen seit Kriegsbeginn bereits Anfang Januar zum Opfer gefallen. Mindestens 180.000 Menschen sind auf der Flucht.[6]

In Anbetracht dieser Situation mutet der auch nach mehreren Kriegswochen noch nicht geänderte „*Latest News*"-Eintrag auf der Internetseite der „*United Nations in South Sudan*" ironisch an, in dem ausgerechnet über die südsudanesischen Feierlichkeiten zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember berichtet wird: „*Das Eine, was Südsudanesen aufrechterhalten müssen, ist der Schutz der Menschenrechte, der die erreichte Freiheit repräsentiert.*"[7]

Demgegenüber verurteilte die Vorsitzende der UN-Mission im Südsudan (UNMISS), Hilde Johnson, massive Menschenrechtsverletzungen auf Seiten beider Konfliktparteien.[8] Nach Meinung der zuständigen EU-Kommissarin für Humanitäre Hilfe, Kristalina Georgiewa, befinde sich der Südsudan „*am Rande einer humanitären Katastrophe*".[9] Das US-Außenministerium beklagte ebenfalls die jüngsten Entwicklungen: „*Die Vereinigten Staaten sind zutiefst über die jüngsten Kämpfe im Südsudan besorgt.*"[10] Die Krokodilstränen, die heute von den RepräsentantInnen der UNO und der westlichen Mächte vergossen werden, sind zwar überaus berechtigt – sie zeigen aber auch die Doppelmoral derjenigen externen Akteure, die in den vergangenen Jahren kräftig an der Sezession und Aufrüstung des Südsudan mitgewirkt und damit auch den Boden für die aktuelle Situation mit bereitet haben.

Unter dem Schutz der UN-Mission im Südsudan (UNMIS; seit der Staatsgründung UNMISS) und mit tatkräftiger Unterstützung der US-Regierung und ihrer Verbündeten wurde jahrelang aufgrund eigener machtpolitischer und geostrategischer Interessen die Gründung des neuen Staates forciert, ohne dass die Ursachen für die langanhaltenden Konflikte in Sudan und Südsudan wirklich gelöst wurden.[11] „Friedensbildung" wurde das Projekt genannt – Südsudans friedliche Existenz war aber von Beginn an so wahrscheinlich wie Hamburger Wetter ohne Regen.

Ein ethnisch motivierter Krieg aus heiterem Himmel?

Der Krieg im Südsudan scheint aus heiterem Himmel über das Land gekommen zu sein. In den westlichen Medien wird kein Wort über das Konfliktpotenzial verloren, das sich unter den Augen der UN-Mission im Südsudan im Zuge des von außen forcierten Staatsaufbaus bereits seit Jahren entwickelt hat. Hintergrund der Kämpfe, da ist man sich in der bürgerlichen Presse weitgehend einig, sind jüngst eruptierte ethnisch motivierte Streitigkeiten zwischen zwei Stämmen: ein Machtduell zwischen den Dinka, vertreten durch den südsudanesischen Präsidenten Salva Kiir, und den Nuer, vertreten durch den im Juli 2013 entlassenen Vizepräsidenten Riek Machar. Die Frage nach ökonomischen, politischen oder sozialen Ursachen für die bewaffneten Auseinandersetzungen wird gar nicht erst gestellt. Dass der Konflikt auch ideologisch motiviert ist, kann und soll nicht in Abrede gestellt werden. Auffallend ist jedoch, worüber in der Berichterstattung beharrlich geschwiegen wird.

Dazu gehört, dass die politischen Gräben nicht ausschließlich zwischen Dinka und Nuer verlaufen. Ein Beispiel: Nicht nur Riek Machar, der offensichtlich selber kein Freund von Menschenrechten ist, bezeichnet die Regierung Salvar Kiir als antidemokratisch und fordert einen Reformprozess der SPLM. Seit langem ist bekannt, dass der von USA und BRD unterstützte Salvar Kiir Demokratie und Menschenrechte nicht gerade erfunden hat – das wird international von niemandem ernsthaft bestritten. Diese Sichtweise unterstützt z.B. auch Rebecca Garang. Entgegen der einfach zu handhabenden Schablone eines ethnisch motivierten Krieges gehört Garang aber ebenso wie Salvar Kiir den Dinka an. Sie ist die Witwe von John Garang, Mitbegründer der SPLM/A, der lange für einen vereinten, demokratischen Sudan (also nicht für die Abspaltung des Südens) gekämpft hatte. Im Jahr 2005 kam er bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben – kurz nach der Vereinbarung des „Umfassenden Friedensabkommens (CPA)" zwischen Nord- und Südsudan, in dem sowohl das 2011 abgehaltene Referendum über die Unabhängigkeit vom Sudan vereinbart wurde als auch, dass alle beteiligten Akteure sich bis dahin für einen friedlichen, einheitlichen Sudan hätten einsetzen sollen. Rebecca Garang teilte auch, wenngleich sie sich nach eigener Aussage nicht vor den Karren Machars spannen lassen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Soldaten der East Africa Response Force kommen 2013 in Juba, Süd Sudan an.
Foto: U.S. Air Force Tech. Sgt. Micah Theurich.

will, dessen mittlerweile fallengelassene Bedingung für Friedensverhandlungen: Salvar Kiir müsse ehemalige Kabinettsmitglieder freilassen, die mit dem Vorwurf des Putschversuchs inhaftiert wurden. „*Diese Leute sind Reformisten, sie wollen die Partei reformieren*", sagte sie laut dem offiziellen staatlichen Auslandssender der USA, Voice of America: „*Der Präsident hat zugestimmt, sie freizulassen und wenn er sie freiließe, wären sie ein Teil der Lösung des Problems.*"[12]

Roman Deckert (Länderexperte der Berliner NGO Media in Cooperation and Transition (MICT)) und Tobias Simon, Kritiker ethnisierender Kriegsrhetorik, bejahten bereits 2011 die Frage, ob der Staatsaufbau im Südsudan nicht zu einer Ausweitung von Macht- und Klientelstrukturen führen könne.[13] Bereits damals sei in der Bevölkerung die Befürchtung gewachsen, dass die Macht dominanter Gruppierungen innerhalb der intern gespaltenen Regierung und damit auch das Konfliktpotenzial zunähme. Auch Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gab bereits im Zuge der Sezession zu bedenken, dass die SPLM auf allen Ebenen von verschiedenen Interessengruppen und Machtkonflikten durchsetzt sei.[14] Vor dem Hintergrund der enormen Geldflüsse aus dem Ausland im Zuge des Staatsaufbaus war eine gewaltsame Eskalation damit absehbar.

Die von der deutschen Bundesregierung protegierte Strategie Salvar Kiirs, konkurrierende Eliten im Land teils durch gezielte politische Repression von gesellschaftlich relevanten Einsprüchen abzuhalten,[15] sie andernteils durch den Ausbau von Patronagenetzwerken in den zivilen und militärischen Machtapparat einzubinden, ist nun mit Ausbruch des Bürgerkrieges deutlich gescheitert.

Statebuilding = Peacekeeping?

Ungeachtet diverser Streitpunkte innerhalb des Südsudan wie auch zwischen Sudan und Südsudan haben westliche Akteure seit Abschluss des „Umfassenden Friedensvertrags" (CPA) im Jahr 2005 gezielt auf eine Teilung des Sudan hingearbeitet. Der durch die USA und die BRD als Entwicklungs- und Friedenspolitik deklarierte Staatsaufbau war weder darauf ausgelegt, Konflikte zwischen dem Sudan und dessen Süden oder innerhalb des Südens tatsächlich zu lösen und einen wirklichen Frieden herbeizuführen, noch zielte er darauf ab, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Andernfalls wären vor der Sezession im Jahr 2011 bestehende Auseinandersetzungen, die nun mit Waffen verhandelt werden, nicht geflissentlich ignoriert worden. Machtkämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen der SPLA, die oftmals mehr Opfer forderten als Auseinandersetzungen mit der Armee des Sudan unter Präsident al-Bashir, hatte es bereits lange vor dem Sezessionsreferendum 2011 gegeben und auch nach der Unabhängigkeit wurden sie nie dauerhaft beigelegt. Die Konsequenzen wurden für die politisch gewollte Abspaltung des neuen Staates bewusst in Kauf genommen.

Der Südsudan ist ein Beispiel dafür, dass Staatsaufbau nach dem Baukastenprinzip westlicher Planer höchstens die Interessen imperialistischer Staaten bedient und vor Ort militarisierte und auf eigene Vorteile bedachte Eliten stärkt. Die südsudanesische Bevölkerung hingegen lebt (trotz Ölreichtums) in einem der ärmsten Staaten der Welt, in dem die Kriegsgeschichte nicht beendet ist und in dem Demokratie bislang keine Rolle gespielt hat. Der Staatsaufbau hat hier nur insofern „funktioniert", als nicht ein friedlicher, demokratischer, sozialer Staat das Ziel war, sondern die Spaltung des Flächenstaates Sudan, der sich nicht in das Herrschaftssystem der westlichen Mächte integrieren ließ.

Die politische Situation im Staate Salvar Kiirs, die dem offiziellen Orientierungspunkt von internationaler Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, der sog. „Good Governance", so gar nicht entsprach, stand dabei nicht im Wege. Ein schlechter Frieden reichte den für ihr aufopferungsvolles Menschenrechtsengagement bekannten Regierungen der USA und Deutschlands für ihre Peacekeeping-Rhetorik. Denn der neue und von ausländischen Hilfen abhängige Staat stand im Gegensatz zum Sudan

UN Beobachter bei einer Einsatzbesprechung zur anschließenden Patrouillenfahrt. Foto: Flickr Bundeswehr Rott 2010

politisch absehbar an der Seite Washingtons, Berlins und ihrer verbündeten Regierungsoberhäupter auf dem afrikanischen Kontinent.

Folgerichtig erklärte nun z.B. Ugandas Präsident Yowerti Museveni nach einem Treffen mit Salva Kiir, *„er werde Riek Machar angreifen, solle der nicht die Waffen strecken. Ein Nuer-Sprecher im Exil rief daraufhin Russland, China, Iran, Äthiopien sowie die versprengte ugandische Rebellenarmee LRA dazu auf, gegen Uganda zu kämpfen.“*[16] Der aktuelle Konflikt im Südsudan hat also jedes Potenzial, sich zu einem überregionalen und internationalen Konflikt auszuweiten.

Angesichts dieser Situation klingt der Friedensappell von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon beinahe unbeholfen: *„Nun ist es für die südsudanesischen Führer an der Zeit, ihrer Bevölkerung und der Welt zu zeigen, dass sie sich vor allem verpflichtet sehen, die Einheit der aus einem langen Kampf für Unabhängigkeit geborenen Nation zu erhalten.“*[17] Eine Einheit erhalten, die es nie gegeben hat ... diese Aufgabe dürfte schwer zu lösen sein.

Wer in einem Land, das im vergangenen Jahrhundert mehr Kriegs- als Friedensjahre gesehen hat, eine Staatsgründung und Aufrüstung von Militär und Polizei forciert, obgleich zentrale Konfliktpunkte, wie die genaue Größe des Landes und der Grenzverlauf, die Verteilung des Ölreichtums sowie auch Fragen der politischen Machtverteilung bzw. Demokratisierung innerhalb des Südsudan alles andere als geklärt sind, kann nicht ernsthaft von einem friedlichen Fortgang der Geschichte ausgegangen sein. Krokodilstränen über den Krieg sollten sich westliche Machthaber daher sparen. Die Voraussetzung für jedes ernstzunehmende Mitleid wäre ein Ende der imperialistischen Einflussnahme, die nach wie vor für zahlreiche Kriege auf dem afrikanischen Kontinent mitverantwortlich ist.

Anmerkungen

1 Zitiert nach Boswell, Alan (2010): South Sudan gets aircraft ahead of secession vote. http://edition.cnn.com/2010/WORLD/africa/09/10/sudan.southern.military.expansion/ [Übersetzung: Christin Bernhold].

2 Tagesschau-Meldung vom 01.01.2014: Trotz geplanter Friedensgespräche Kämpfe statt Waffenruhe im Südsudan. http://www.tagesschau.de/ausland/suedsudan322.html

3 FAZ, 22.12.2013: Ölförderung lahmgelegt - Vormarsch der Rebellen in Südsudan. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/oelfoerderung-lahmgelegt-vormarsch-der-rebellen-in-suedsudan-12724377.html

4 Vgl. hierzu ausführlich: IMI-Studie 2012/16: Divide et Impera. Deutsche und US-amerikanische Entwicklungszusammenarbeit als Sezessionshilfe für den Süd-Sudan. http://www.imi-online.de/2012/12/06/divide-et-impera/

5 Heute-Meldung vom 02.01.2014: Regierung erklärt Notstand im Südsudan. http://www.heute.de/regierung-erklaert-notstand-im-s%C3%BCdsudan-zehntasuende-menschen-auf-der-flucht-31337682.html

6 FAZ, 01.01.2014: Friedensgespräche angekündigt Kämpfe in Südsudan gehen weiter. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/friedensgespraeche-angekuendigt-kaempfe-in-suedsudan-gehen-weiter-12733243.html

7 United Nations in South Sudan, Latest News: South Sudan Human Rights Day celebrations. http://ss.one.un.org/, 01.01.2014. [Übersetzung; Christin Bernhold].

8 EPD, 01.01.2014: Kämpfe im Südsudan gehen weiter - UN: Menschenrechtsverletzungen. http://aktuell.evangelisch.de/artikel/91133/kaempfe-im-suedsudan-gehen-weiter-un-menschenrechtsverletzungen

9 Nachrichten.at, 23.12.2013: Südsudan: Lage spitzt sich zu - 50 Millionen Euro EU-Hilfsgelder. http://www.nachrichten.at/nachrichten/weltspiegel/Suedsudan-Lage-spitzt-sich-zu-50-Millionen-Euro-EU-Hilfsgelder;art17,1268579

10 Pressestatement von Marie Harf, 18.12.2013: Update on South Sudan. http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2013/218885.htm Übersetzung: Christin Bernhold.

11 Vgl. hierzu ausführlich: IMI-Studie 2012/16 Divide et Impera. Deutsche und US-amerikanische Entwicklungszusammenarbeit als Sezessionshilfe für den Süd-Sudan. http://www.imi-online.de/2012/12/06/divide-et-impera/

12 VOA, 30.12.2013: Threats Unhelpful to Resolve South Sudan Crisis, Says Machar Ally. http://www.voanews.com/content/threats-unhelpful-to-resolve-south-sudan-crisis-says-machar-ally/1820372.html [Übersetzung: Christin Bernhold].

13 Deckert, Roman/ Simon, Tobias (2011a): Warum die Kämpfe im Südsudan keine „Stammeskriege“ sind. In: Zenith. Zeitschrift für den Orient. 01.09.2011. http://www.zenithonline.de/deutsch/wirtschaft//artikel/warum-die-kaempfe-im-suedsudan-keine-stammeskriege-sind-002154/.

14 Lacher, Wolfram (2011): Staatsaufbau im Südsudan. Rahmenbedingungen, Erfolgsaussichten und Grenzen internationalen Statebuildings. Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Berlin.

15 Vgl. Marischka, Christoph (2010): Staatsbildungskrieg im Sudan und die Gefahr der Sezessionsspirale. Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) Ausdruck, August 2011.

16 Taz, 01.01.2014: Bürgerkrieg im Südsudan. Hoffnung auf Verhandlungen. http://www.taz.de/Buergerkrieg-im-Suedsudan/!130228/

17 UN News Centre, 01.01.2014: As South Sudan conflict worsens, Ban proposes reinforcing UN peacekeepers. http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=46813#.UsSRVvYuq8o [Übersetzung: Christin Bernhold].

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Akteur werden in Afrika

Die EU-Einsätze in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und darüber hinaus

von Christoph Marischka

Auch das ist die Armee im Einsatz: Kaum ist der teilweise Rückzug der Bundeswehr aus einem verheerenden und sinnlosen, zwölfjährigen Krieg in Afghanistan eingeleitet, werden neue Einsatzgebiete erschlossen. Auch in Mali und der Zentralafrikanischen Republik soll es sich - wie damals in Afghanistan - um keine Kampfeinsätze handeln, das Mandat für die Bundeswehr soll sich jeweils - wie damals in Afghanistan, wo das Mandat ursprünglich nur Kabul umfasste - auf vermeintlich relativ sichere Gebiete in den Hauptstädten und ihrer Umgebung beschränken, während andere in der Provinz kämpfen und Terroristen jagen.

Anders aber als im Fall Afghanistan folgt man hier nicht dem NATO-Verbündeten USA in einen Krieg, sondern v.a. Frankreich im Rahmen der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Deshalb war auch trotz der im Truppenumfang eigentlich eher bescheidenen Zusage zusätzlicher Unterstützung in Mali und der Zentralafrikanischen Republik die Begeisterung der strategischen Community über den neuen Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich bei Militärinterventionen in Afrika so groß. Sie haben (wieder einmal) Modellcharakter und sollen die gemeinsame Verteidigungspolitik voranbringen, etwa durch die Formulierung strategischer Interessen und Schwerpunktregionen europäischen militärischen Engagements. Bereits über die frühen Missionen der EU in der Demokratischen Republik Kongo 2003 und 2006 wurde einst geurteilt, „innereuropäische Integrationsagenden" hätten „das europäische Außenhandeln stärker [geprägt] als lokale Konfliktkonstellationen und die öffentlich reklamierten Befriedungs- und Demokratisierungsziele".[1] Afrika soll der EU helfen, ein militärpolitischer Akteur zu werden, das ist das eigentliche Signal, das die neue Bundesregierung auf dem EU-Gipfel mit ihren Zusagen zur Beteiligung am Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik und Ausweitung ihres Mali-Einsatzes gesetzt hat. Dass dieses Signal jetzt gegeben wurde, hat auch mit der Großen Koalition zu tun: Durch sie können breite Mehrheiten für auf EU-Ebene längst zugesagte zusätzliche Auslandseinsätze der Bundeswehr vorausgesetzt werden. Der Bundestag jedenfalls hatte die Ausweitung des Engagements in Afrika noch nicht einmal diskutiert, bevor es von Frank-Walter Steinmeier wie ein Paukenschlag in Brüssel verkündet wurde.

Eine Nachricht für Europa

„So ist das, was heute in Brüssel beschlossen wurde, in vielfacher Hinsicht eine Nachricht für Europa, die zuversichtlich stimmt", kommentierte etwa Ursula Welter für den Deutschlandfunk den Beschluss des Rates zu einer EU-Mission in Zentralafrika am 20. Januar 2014. „Paris, der deutsche Außenminister hätte es klarer nicht sagen können, darf nicht mehr allein gelassen werden, wenn es – wie in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik - weltpolitische Verantwortung übernimmt. Frank-Walter Steinmeier hat gar das Wort Dankbarkeit in den Mund genommen, neue Töne, die in Paris gerne gehört werden." Seit dem Gipfel sei klar: „Es sind Europas Sicherheitsinteressen, die in Afrika auf dem Spiel stehen" und diese Feststellung, die mehr mit Berlin und Brüssel als mit Zentralafrika zu tun hat, sei ein „Schritt in Richtung europäischer Verteidigungskooperation, die über Papiertiger und symbolisch aufgestellte Truppenkontingente hinaus wirkt".[2]

Entsprechend werden nun Räume definiert, die mehr oder weniger zum militärischen Hinterhof der EU erklärt werden, oder, um es in den Worten des stellvertretenden Unionsfraktionschefs Schockenhoff zu sagen: „[W]ir müssen in Afrika im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union Schwerpunkte setzen. Wir müssen nicht nur überlegen, wie wir enger zusammenarbeiten können, sondern wir müssen uns auch fragen, in welchen geografischen Regionen denn die Sicherheit Europas gefährdet ist". Eine solche Region sei laut Schockenhoff der „Sahara-Gürtel". Hier gebe es „eine ganze Reihe von scheiternden und gescheiterten Staaten ... in denen es praktisch keinerlei staatliche Souveränität, kein Gewaltmonopol mehr gibt, und die Mischung von fundamentalistischem Terror, von Drogen- und Menschenhandel, von organisierter Kriminalität, ist eben eine unmittelbare Bedrohung für die Europäische Union, die sich auf Flucht, Vertreibung auswirkt, die aber vor allem auch einen Rückzug bietet für Phänomene wie Internet-Kriminalität, wie Terror-Vorbereitung." Man könne es nicht Frankreich alleine überlassen, „Feuerwehr" zu spielen und in Afrika „Europas Sicherheit" zu „verteidigen", stattdessen müsse man auf der Grundlage definierter Interessen und Regionen „arbeitsteilig" vorgehen, um dann, „wenn die konkrete Entscheidung ansteht, auch ein Szenario [zu] haben, auf das wir vorher uns vorbereitet haben."[3]

Arbeitsteilung, kein Kampfeinsatz

In dasselbe Horn stieß Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ebenfalls gegenüber dem Deutschlandfunk. Man müsse „darüber reden, dass wir in Afrika Schwerpunkte bilden" und dürfe dabei „die militärischen Fähigkeiten in Europa nicht jeder für sich betrachten", sondern darauf hinarbeiten, dass „die Länder sich auf bestimmte Aufgaben spezialisieren".[4] Das ermöglicht es dann auch, die deutsche Beteiligung an internationalen Einsätzen als harmlos darzustellen, weil es vermeintlich nur um logistische Unterstützung ginge: „Wenn wir mit Transport, mit medizinischer Evakuierung, mit Luftbetankung helfen können, ist das der richtige Weg. Es geht nicht um direkte Kampfeinsätze", so Schockenhoff. Arnold nennt ebenfalls den Lufttransport, die Luftbetankung und die Ausbildungsmission in Mali. Die Verstärkung der Bundeswehr in Mali soll nach Arnold „die Franzosen für Zentralafrika entlasten". Bereits jetzt geht es aber in Mali nicht nur um die Ausbildung der kämpfenden Truppen, sondern auch um die medizinische Versorgung aller europäischen Soldaten. Nun sollen dort „Sicherungsaufträge ... in Landesteilen, die nicht so sehr gefährdet sind" hinzukommen, während „im Norden des Landes ... weiterhin von französischer Seite beispielsweise Jagd gemacht wird auf Terroristen".[5] „[D]as ist natürlich immer noch kein Kampfeinsatz", so Andreas Mehler, Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien in Hamburg. Auch der Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik sei „zwar auch nicht ungefährlich ... aber ganz bestimmt nicht gefährlicher als der in Afghanistan".

Kämpfen sollen also - wie damals in Afghanistan - die anderen, vor allem die Afrikaner selbst, die es hierzu auszubilden und auszurüsten gelte: „Der Ansatz ist richtig, die afrikanischen Nach-

Ein mauretanischer Soldat erhält eine Grundausbildung am Gewehr im Rahmen der US-Übung Flintlock 2013.
Foto: AFRICOM, U.S. Army photo by Staff Sgt. Brendan Stephens

barstaaten zu befähigen, diese Aufgabe selbst zu übernehmen", so Schockenhoff. Auf die „Ertüchtigungsinitiative" Merkels angesprochen, springt auch Arnold auf diesen Zug auf: „Natürlich ist es schwierig, in solche Länder Waffen zu liefern, wo man dann nicht weiß, in welche Hände sie geraten. Aber die Grundidee ist richtig, und Mali steht hier schon ein bisschen als Beispiel".

Interessen und seltsame Begriffe des Postkolonialismus

In der Zentralafrikanischen Republik gelte es „einen Völkermord aufzuhalten", in Mali hätte die „französische Armee eine Übernahme des Staates durch Islamisten verhindert", so Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung unter dem demgegenüber deutlich ehrlicheren Titel „Nach Afrika, für Europa".[6] Wie gut, dass immer genau das, was die EU - bzw. deren Militarisierung - voranbringt, auch gut für die Welt ist. Es gehe ja „nicht nur um Interessen", so Mehler vom GIGA-Institut, man habe „ja eine wertegeleitete Außenpolitik", bei der es „auch um normative" und „humanitäre Fragen" gehe. Viel deutlicher als damals in Afghanistan werden bei den neuen Einsätzen jedoch nahezu einhellig auch machtpolitische und wirtschaftliche Interessen eingeräumt - und für gut befunden. Da ist zunächst einmal das ganz grundsätzliche Argument, dass eine Wirtschaftsmacht auch eine Militärmacht sein müsse, das Kornelius - eher national gedacht als europäisch übrigens - vorbringt: Die neue Regierung habe „erkannt", „dass die Wirtschaftsmacht Deutschland ein Problem bekommt, wenn sie sich außenpolitisch und militärisch in den Augen der anderen EU-Partner weiterhin zu sehr zurückhält." Insgesamt sei es falsch, so Schockenhoff, zwischen Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen zu unterscheiden: „Zur Stabilität gehören natürlich ökonomische Interessen, und dass gerade wir Deutschen, die wie kein anderes Land volkswirtschaftlich vom Export leben, ein wirtschaftliches Interesse an Stabilität haben ... Natürlich gehört zur Stabilität eben auch Welthandel, Freihandel. Unser ganzes Lebensmodell, die soziale Marktwirtschaft, eine exportgetriebene Wirtschaft, leben von sicheren Zugängen zu Rohstoffen, von sicheren Handelswegen und davon, dass nicht aus instabilen Ländern, gescheiterten Staaten die Unsicherheit zu uns nach Europa überschwappt." Auch Ursula Welter stellt in ihrem Kommentar gleich einleitend fest: „Dass wirtschaftliche Interessen stets mit ins Spiel kommen, ist nicht verwerflich. Das eine vom anderen zu trennen, ist so unzeitgemäß wie der Vorwurf, Frankreich begebe sich auf postkoloniale Wege, wenn es hier Terroristen zurückdrängt oder dort religiöse Brände löscht." Einen ähnlich abstrusen Begriff des Postkolonialismus verwendet Schockenhoff: „Es ist sicher so, dass es sich nicht um ein postkoloniales Abenteuer oder um eine Aufgabe handelt, die sich aus der Vergangenheit ergibt". Arnold hingegen hingegen sieht dann doch eine - wenn auch völlig unproblematische - historische Dimension: Es sei „richtig und notwendig, dass die Franzosen in ihren ehemaligen Kolonien eine besondere Verantwortung tragen. Und es ist für die Franzosen auch einfacher. Dort, wo die Landessprache Französisch ist, ist es natürlich viel besser, wenn auch Französisch sprechende Soldaten ihre Arbeit da tun."

Die Lage im Einsatzgebiet

Bei der Diskussion über die Einsätze in Mali und der Zentralafrikanischen Republik spielt die tatsächliche Situation vor Ort hingegen eine marginale Rolle. Da ist vom Löschen religöser Brände die Rede und von drohendem Völkermord, die Formulierung Steinmeiers, Frankreich habe Mali davor gerettet, „von islamistischen Fundamentalisten überrannt" zu werden, machen sich Journalisten wie Politiker nahezu unisono zu eigen. Es werden mehr oder weniger wahllos Rechtfertigungen für militärische Interventionen hervorgebracht - vom Terrorismus über Drogenhandel bis hin zur Internet-Kriminalität und Kindesmisshand-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

lung (etwa bei Schockenhoff) - über die tatsächlichen Konflikte, ihre Ursachen und mögliche Lösungen scheinen die Politiker und ihre Souffleure so gut wie nichts zu wissen oder sagen zu wollen. Nach der Situation in Bangui gefragt, wo zukünftig Bundeswehrflugzeuge mit Nachschub in die Zentralfrikanische Republik landen sollen, wird Rainer Arnold unsicher: „Meine Einschätzung ist, nach dem, was man jetzt aus der Ferne beurteilen kann, dass der Flughafen in der Hauptstadt Bangui wirklich relativ gut gesichert ist. Er ist unter französischer Obhut, und ich denke, dass man dort relativ sicher starten und landen kann".

Vollständig ausgeblendet wird u.a. der NATO-Krieg gegen Libyen, der ja immerhin wesentlich zur Destabilisierung Malis und Militarisierung der gesamten Region beigetragen hat. Völlig ausgeblendet wird auch bei den vermeintlichen Konflikten zwischen Christen und Muslimen in der Zentralafrikanischen Republik die westliche Unterstützung der Sezession des vermeintlich christlichen Südsudan vom vermeintlich muslimischen Norden und die Aufrüstung der südsudanesischen Armee, die sich mittlerweile in unmittelbarer Nachbarschaft gegenseitig bekämpft. Der EUFOR-Einsatz im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik 2008 und die anschließende UN-Mission zur Ausbildung von Polizisten werden ebensowenig angesprochen, wie die vom US-Africom in Stuttgart aus koordinierten Einsätze von US-Spezialeinheiten zur Ausbildung von Teilen der völlig desolaten Armee der Zentralafrikanischen Republik. Spätestens seit Ende 2011 arbeiten US-Soldaten in den südöstlichen Grenzprovinzen weitgehend an der Regierung in Bangui vorbei auf Kommandeursebe beim vermeintlichen Kampf gegen die Lords Resistance Army mit versprengten Teilen der Zentralafrikanischen Armee und den ugandischen Streitkräften zusammen und unterhalten gemeinsame Basen.[7] Seit 2002 hat die US-Army zunächst in Mali, Mauretanien, Niger und dem Tschad, später noch in weiteren Regionen, Spezialeinheiten der jeweiligen Armee in der Terrorismusbekämpfung ausgebildet.[8] In den drei erstgenannten Staaten kam es seitdem zu mindestens einem mehr oder weniger erfolgreichen Putsch, im Tschad zu mehreren Angriffen von Rebellengruppen mit Teilen der Armee auf die Hauptstadt - zum Beispiel just zum geplanten Beginn der EUFOR-Mission - die jeweils mithilfe französischer Soldaten zurückgeschlagen wurden.

Deutschland war an dieser Politik als Juniorpartner beteiligt. Nicht nur mit der offiziellen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, in deren Rahmen seit 2004 eine Beratergruppen der Bundeswehr Pioniereinheiten (u.a. zur Überquerung des Niger) ausbildete und „Ausstattungshilfe im Wert von insgesamt 37,12 Millionen Euro geleistet „ wurde,[9] sondern auch mit Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die gemeinsam mit US-Soldaten in Mali „Ausbildungsunterstützung für einzelne militärische Gruppen aus westafrikanischen Staaten geleistet" hätten. Das wurde erst bekannt, nachdem einer der beteiligten KSK-Soldaten wegen Veruntreuung verurteilt wurde, weil er von den 100.000 Euro Handgeld, die er aus dem Haushaltstitel für „sonstige Übungskosten" für den Aufbau eines Trainingslagers erhalten hatte, knapp 40.000 veruntreut hatte.[10]

Scheiternde Staaten

Insofern ist der weiträumigen Analyse der Lage im „Sahara-Gürtel", wonach es dort „praktisch keinerlei staatliche Souveränität, kein Gewaltmonopol" (Schockenhoff) mehr gibt, in ihrer Pauschalität zwar zuzustimmen - um in Paris, Brüssel oder Berlin Wege zur Lösung der daraus hervorgehenden Mikro-Konflikte auszuarbeiten, ist sie jedoch deutlich zu grob. Diese Lösungen sollen ja zugleich (bzw. primär) der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und den wirtschaftlichen Zielen der Einzelstaaten gerecht werden. Vor allem aber lässt sie die Ursachen und eigene Verantwortung für die Militarisierung und Destabilisierung der Region außer Acht und fordert in der Konsequenz die Vertiefung exakt jener Politik, welche den Verlust von Souveränität und Gewaltmonopol in der Region wenn nicht bedingt, so doch sicherlich beschleunigt hat. Allein im Jahr 2011 wurden im Nachbarstaat der Zentralafrikanischen Republik die Sezession des Südsudan vom Westen unterstützt und in Nachbarschaft zu Mali - in Libyen und der Côte d' Ivoire - Rebellengruppen beim Sturz der amtierenden Regierungen (die in Libyen überhaupt nicht, in Côte d'Ivoire nicht eindeutig gewählt waren) unterstützt. Zuvor hatten Frankreich und die EU nach Putschsituationen in Mauretanien, Guinea und Niger wesentlich darauf hingewirkt, dass ihre Favoriten sich bei der Regierungsbildung durchsetzen konnten. Die aktuelle Regierung in Mali wurde unter den Bedingungen einer französisch geführten Intervention mit weniger als 40% Wahlbeteiligung gewählt, während noch über eine halbe Millionen Menschen auf der Flucht und nur in Ausnahmefällen überhaupt als Wähler_innen registriert wurden. In der Zentralafrikanischen Republik gilt als Regierungschefin aktuell die Bürgermeisterin von Bangui, nachdem der Putschpräsident auf internationalen Druck - einige behaupten gar, er wäre an der Rückreise von einem Vermittlungstreffen im benachbarten Tschad gehindert worden - zurücktrat. Ihren Luftraum, der von französischen Kampfflugzeugen, deutschen Transportflugzeugen und US-amerikanischen Drohnen durchkreuzt wird, kontrollieren die Staaten des Sahara-Gürtels ebensowenig, wie sie im Detail über die Aktivitäten verschiedener westlicher Militärausbilder und afrikanischer Unterstützungstruppen informiert sind. Sich vor diesem Hintergrund über einen Verlust von Souveränität und Gewaltmonopol zu wundern, neue Militärmissionen in den Hauptstädten und Truppenverlegungen aus anderen afrikanischen Staaten zu fordern, wird der Region weder Frieden noch Demokratie bringen - v.a., wenn dabei innereuropäische Auseinandersetzungen und Integrationsagenden die eigentlichen Triebfedern sind und zwischen wirtschaftlichen und „wertbasierten" Zielen gar nicht mehr unterschieden werden soll.

Anmerkungen

1 Stefan Brüne: Noch das alte oder schon das neue Europa? Die autonomen Militärmissionen der EU in Afrika - Eine erste Bilanz, in: Heinz-Gerhard Justenhoven, Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Intervention im Kongo – Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU, Kohlhammer Verlag 2008.

2 Ursula Welter: „Neue Töne in der militärischen Kooperation Europas" Deutschlandfunk Kommentar, 20.1.2014.

3 „Schockenhoff: Staaten müssen sich besser abstimmen", Andreas Schockenhoff im Gespräch mit Christiane Kaess, Deutschlandfunk Interview vom 20.1.2014.

4 „Einsatz von mehr Bundeswehrsoldaten geplant", Rainer Arnold im Gespräch mit Christiane Kaess, Deutschlandfunk Interview vom 18.1.2014.

5 „Es ist wirklich äußerst dramatisch", Andreas Mehler im Gespräch mit Nana Brink, Deutschlandfunk Interview vom 23.1.2014.

6 Stefan Kornelius: „Nach Afrika, für Europa", Kommentar vom 20.1.2014 auf sueddeutsche.de.

7 Commander of Special Operations Command Africa Interviewed on Counter-LRA Efforts, Transkipt eines Interviews vom 24.4.2012 in Stuttgart, www.africom.mil.

8 Trans Sahara Counterterrorism Partnership (TSCTP), www.globalsecurity.org.

9 Bundestags-Plenarprotokoll 17/203

10 Christoph Marischka: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, Telepolis vom 1.7.2013.

„Mare Nostrum“

Humanitäre Operation oder Deckmantel militarisierter Migrationspolitik?

von Jacqueline Andres

Im Oktober 2013 wurde von der italienischen Regierung die humanitär-militärische Operation „Mare Nostrum“ initiiert, welche in der Meerenge zwischen Sizilien und Nordafrika patrouilliert und seit Oktober mehr als 5000 Migrant_Innen in Seenot gerettet haben soll. Anfang des Jahres sorgte die Operation für Schlagzeilen, als von ihr mehr als 1000 Menschen innerhalb von 24 Stunden vor dem Ertrinken bewahrt wurden. Bei genauerer Betrachtung von „Mare Nostrum“ vergeht die Feierlaune schnell.

Entstanden ist diese Maßnahme kurz nach der Katastrophe des 3.Oktober 2013, als ein Boot mit 500 Migrant_Innen sank und 364 von ihnen vor der Küste Lampedusas ertranken. Lampedusa hat viele Boote sinken sehen: Es wird geschätzt, dass seit 1994 mehr als 7000 Menschen vor der Insel starben,[1] doch nie zuvor trieben so viele Leichen zur gleichen Zeit im Wasser. Bilder der schwierigen Bergungsaktion und die aufgereihten Särge, die eine graue Lagerhalle ausfüllten, waren auf allen Fernsehkanälen und in sämtlichen Zeitungen zu sehen. Der italienische Ministerpräsident Enrico Letta erklärte den darauf folgenden Tag zum Staatstrauertag und vergab die italienische Staatsangehörigkeit an alle bei der Katastrophe Ertrunkenen.[2] Den 155 Überlebenden hingegen wurde ein Platz in einem Abschiebelager (Centro di identificazione ed espulsione- CIE) zugewiesen, wo sich viele von ihnen bis heute aufhalten.[3]

Um eine weitere Tragödie zu vermeiden, fordern die italienische Regierung sowie die EU-Institutionen mehr Überwachung und eine stärkere Militarisierung der Migrationspolitik. Laut dem Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso wird die EU 30 Mio. Euro für Migrant_Innen in Italien bereitstellen, wobei der genaue Verwendungszweck dieser Gelder noch unklar ist. Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, hingegen versprach Italien mit einer Aufstockung der Finanzierung der Grenzschutzagentur FRONTEX um zusätzliche 3 Mio. Euro zu helfen.[4] Die italienische Regierung entschied sich zu einer tatkräftigeren Reaktion und rief die Operation „Mare Nostrum“ ins Leben, welche nur zwei Wochen später bereits ihre Arbeit aufnahm.

„Mare Nostrum“: Eingesetzte Mittel und Kräfte

An der Luft- und Meeroperation „Mare Nostrum“ beteiligen sich unterschiedliche Ministerien und fast alle italienischen Streitkräfte. Das Verteidigungsministerium ist mit der ihm unterstehenden Marine, Armee, Luftwaffe und Carabiniere involviert. Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen beteiligt sich mit der ihm zugehörigen Polizeitruppe Guardia di Finanza (Finanzwache) und das Verkehrsministerium mit der Küstenwache. Das Innenministerium stellt Kräfte der Polizei zur Verfügung, die an Bord der Militärschiffe tätig sind. Der italienische Verteidigungsminister Mario Mauro hatte die Mitarbeit anderer EU-Länder angefragt, doch nur die slowenische Regierung zeigte Interesse und nimmt mit einem ihrer Triglav 11 Patrouillenboote sowie mit 40 Militärs an „Mare Nostrum“ teil.[5]

Auch eine Vielzahl an militärischen Mitteln kommt zum Einsatz. Zu Wasser werden ein für die amphibische Kriegsführung genutztes Militärschiff des Typs Landing Platform Dock (LPD), zwei Fregatten, zwei Patrouillenboote und ein Militärschiff für logistische Zwecke verwendet und zu Luft zwei mit Nachtsicht-Technik ausgerüstete Piaggio P-180-Flugzeuge, zwei Helikopter EH101 der Marine, ein Langstrecken-Seeaufklärer des Typs Breguet 1150 „Atlantic“[6] und Drohnen des Typs Predator B.[7] Darüber hinaus wird auch Gebrauch von dem Küstenradarnetzwerk gemacht, mit dessen Hilfe kleine Boote aufgespürt werden können.

Ende November 2013 unterzeichneten der libysche Verteidigungsminister Abdullah Al-Thinni und sein italienischer Amtskollege Mario Mauro ein Abkommen, welches zu einer erhöhten Zusammenarbeit bezüglich der Bekämpfung von „illegaler“ Migration, Menschenhandels und organisierter Kriminalität beitragen soll. Dank dieses Abkommens können auch libysche Beamt_Innen auf den Kriegsschiffen der Operation „Mare Nostrum“ präsent sein[8] und sich - als „Schulungsübung“ mit dem italienischen Militär - auch an der Identifizierung und der Befragung von Migrant_Innen beteiligen.

Die Kosten der Operation „Mare Nostrum“ werden vom Verteidigungsministerium offiziell auf monatlich 1,5 Mio. geschätzt, wobei nach kritischeren Berechnungen von monatlich 10 bis 14 Mio. ausgegangen wird.[9]

Laut dem Verteidigungsministerium sieht die Operation vor, „den italienischen Überwachungs- und Rettungsapparat, der bereits auf hoher See präsent ist, zu verstärken, um die Sicherheit von menschlichem Leben und die Kontrolle der Migrationsflüsse zu erhöhen“.[10] Die angestrebte Intensivierung der Migrationskontrolle erklärt den Einsatz von Kriegsschiffen, die technisch nicht für Rettungsaktionen ausgelegt sind. Laut dem italienischen Verteidigungsminister Mauro haben die Kriegsschiffe „die Aufgabe, auch die Mutterschiffe zu identifizieren, die von den Schlepper_Innen benutzt werden“.[11] Um Schlepper_Innen zu fassen, wurde im November ein solches „Mutterschiff“ mit einem U-Boot auf internationalen Gewässern überwacht und schließlich angehalten.[12] Wie Mauro weiter ausführt, werden „gerettete“ Migrant_Innen im Rahmen von „Mare Nostrum“ nicht zwangsläufig in einen sicheren Hafen nach Italien gebracht: „Wenn keine Migranten medizinische Hilfeleistungen benötigen, die wir ansonsten auf unseren Schiffe aufnehmen würden, dann wird das Schiff in den nächstliegenden Hafen begleitet, der nicht notwendigerweise italienisch sein muss“.[13]

Folgen der Operation „Mare Nostrum“

Durch die Operation „Mare Nostrum“ kann die Überfahrt nach Europa für die Migrant_Innen noch gefährlicher werden. Um das Risiko einer drohenden Gefängnisstrafe von fünf bis 15 Jahren für Menschenhandel zu vermeiden, werden die Schlepper_Innen vermutlich ihre Strategien ändern. Statt die Migrant_Innen mit Mutterschiffen in internationale Gewässer zu bringen oder die Boote der Migrant_Innen gar selbst zu steuern, werden die Schlepper_Innen sich vermutlich vor dem Erreichen von überwachtem Gewässer von den Booten distanzieren oder den Migrant_Innen, welchen oftmals jegliche Erfahrung auf See fehlt, das Steuer gleich überlassen. Eine stärkere Überwachung in internationalen und libyschen Gewässern kann dazu führen, dass sich Schlepper_Innen von „Mare Nostrum“ zurückdrängen

lassen und die Migrant_Innen auf den Booten zunehmend sich selbst überlassen werden. Ähnliche Folgen gab es bereits an der Grenze von Spanien zu Marokko im Jahr 2004, als das „humanitäre" Überwachungssystem „Integrated System of External Surveillance" (SIVE) eingeführt wurde.[14]

Aus dem Kommentar des italienischen Verteidigungsministers geht hervor, dass die aufgegriffenen Schiffe nicht grundsätzlich nach Italien begleitet werden müssen. Es besteht die Befürchtung, dass „Mare Nostrum" Menschen „retten" bzw. Boote finden und sie in einer vermeintlichen Rettungsaktion im Schlepptau nach Libyen zurückbringen wird. Italien wurde bereits 2012 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg für eine solche unrechtmäßige Rückführung verurteilt, bei der die italienische Finanzwache Migrant_Innen ohne Überprüfung ihrer Asylansprüche nach Libyen zurückgedrängt hatte.[15] Solche illegalen „push-back"-Operationen können durch „Mare Nostrum" leichter als „humanitäre Rettungsaktionen" maskiert werden. Darüber hinaus kann die Anwesenheit von libyschen Beamt_Innen auf Militärschiffen der Operation „Mare Nostrum" solche Rückführungen ebenfalls vereinfachen.[16]

Ein Soldat der San Marco Brigade, die sich auch an der Operation „Mare Nostrum" beteiligt. US-Navy-Foto: Bart Bauer, 2004 über Wikipedia

„Mare Nostrum" erschwert auch das Stellen von Asylanträgen für Migrant_Innen. Libysche Beamt_Innen sowie italienische Polizist_Innen führen die Identifizierung und Befragung von den oftmals durch die Reise und die „Rettungsaktionen" traumatisierten Migrant_Innen noch an Bord der Militärschiffe durch. Dies geschieht in Abwesenheit von Übersetzer_Innen und interkulturellen Mediator_Innen, wodurch den Migrant_Innen kein ordnungsgemäßes Verfahren garantiert wird. Keine kontrollierende Instanz bezüglich der Antragsstellung ist auf den Militärschiffen präsent, weshalb den Migrant_Innen kein effektiver Rechtsschutz garantiert werden kann und sie ihr Widerspruchsrecht verlieren.[17]

„Mare Nostrum"- Es ist „unser" Meer!

Der Name der Operation ist Programm. Als „Mare Nostrum", auf deutsch „unser Meer", wurde zunächst im Römischen Reich und später im 19. Jahrhundert, in der Hochphase des italienischen Kolonialismus, das Mittelmeer bezeichnet. Zuletzt nutzte Mussolini den Begriff im Zweiten Weltkrieg für das Mittelmeer, als er die italienische Seestreitkraft stärkte, um aus Italien die dominante Mittelmeermacht zu machen. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Migrant_Innen aus ehemaligen italienischen Kolonien stammen (z.B. aus Äthiopien, Eritrea und Somalia) oder zumindest aus ihnen abreisen, insbesondere aus Libyen, ist die Namenswahl grotesk. Hinter der vermeintlich humanitären Operation „Mare Nostrum" steckt kein solidarisches Mittelmeerkonzept. Es ist unser Meer, es ist „unser" von der EU kontrolliertes und militarisiertes Meer, ja gar ein „Mare Monstrum", in dem seit 1994 geschätzte 20 000 Migrant_Innen gestorben sind, es ist ein Monster-Meer, dessen Monster die EU-Politik erschuf. Durch die Operation „Mare Nostrum" können unter humanitärem Deckmantel die erschütternden Bilder von versunkenen Booten vor den dolce vita Touristenstränden vermieden, die Migration noch intensiver kontrolliert und bei geschickter Handhabung auch Asylanträgen aus dem Weg gegangen werden.[18] Die Operation „Mare Nostrum" erweitert die Handlungsräume und die Aufgabenbereiche der italienischen Polizei und des Militärs, aber sie wird weder zu einem Stopp der von Schlepper_Innen ermöglichten Überfahrten führen, noch wird sie die Sicherheit von Migrant_Innen beim Überqueren des Mittelmeers erhöhen, stattdessen gefährdet die Operation „Mare Nostrum" genau diese Sicherheit, da die Operation durch die intensivere Militarisierung und Überwachung Migrant_Innen zu riskanteren Überfahrtsstrategien drängen wird.

Anmerkungen

1 Gabriele del Grande(03.10.2013): Nel Canale di Sicilia 7.065 tra morti e dispersi dal 1994 auf www.fortresseurope.blogspot.de
2 Internazionale/TMNews (04.10.2013): Lampedusa. Letta: quei morti da oggi sono cittadini italiani auf www.internazionale.it.
3 Fulvio Vassallo Paleologo(08.01.2014): Lampedusa – Continua la detenzione illegittima dei superstiti auf www.meltingpot.org.
4 Infoaut (09.10.2013): Lampedusa. Contestati governo e U.E. auf www.infoaut.org.
5 Ministero della Difesa(13.12.2013): Mare Nostrum. La Slovenia partecipa all'operazione umanitaria, auf www.difesa.it.
6 Ministro della Difesa (21.10.2013): Al via l'operazione militare e umanitaria „Mare Nostrum" auf www.difesa.it .
7 Aeronautica Militare (29.10.2013): Mare Nostrum: 1^ missione del Predator auf www.aeronautica.difesa.it.
8 Ministero della Difesa (28.11.2013): Italia – Libia: accordi di cooperazione auf www.difesa.it.
9 Giovanni Caprara(19.12.2013): Eurosur e Frontex: la geostrategia dell'Unione europea, in Notizie Geopolitiche Quotidiane auf www.notiziegeopolitiche.net.
10 Ministero della Difesa (21.10.2013).
11 Internazionale/TMNews (15.10.2013): Immigrati. Mauro: cominciata l'operazione Mare Nostrum per salvare migranti auf www.internazionale.it.
12 AFP(10.11.2013): 'Mother ship' traffickers arrested off Libya auf www.aljazeera.com.
13 Internazionale/TMNews (15.10.2013).
14 Jørgen Carling: Migration Control and Migrant Fatalities at the Spanish African Borders, International Migration Review, Vol. 41, No. 2 (Summer, 2007), S. 325.
15 Hirsi Jamaa and others v. Italy, Judgement from 23. February 2012, Application no. 27765/09 auf www.hudoc.echr.coe.int.
16 Antonio Mazzeo(13.01.2014): Italia addestra militari libici contro i migranti auf www.infoaut.org.
17 Fulvio Vassallo Paleologo(28.10.2013): Mare Nostrum – Luci ed ombre sulle modalità operative auf www.meltingpot.org.
18 Antonio Mazzeo (13.01.2014).

Drohnen und Militär gegen die Umweltmafia in Italien

Foto: Alessio Viscardi 2013 über Flickr

von Jacqueline Andres

Mitte Januar 2014 stimmte die italienische Regierung dem Einsatz des Militärs in der Region von Neapel zu, um dort gegen Umweltkriminalität und gegen organisiertes Verbrechen vorzugehen. Aus dem italienischen Verteidigungsministerium erklärte Gioacchino Alfano, dass das Militär eingesetzt werden soll, „um so effektiv wie möglich gegen das Phänomen der Ökomafia in der Region zwischen Neapel und Caserta vorgehen zu können".[1] Das Parlament muss noch seine Zustimmung geben, damit die Mission starten kann, die bestenfalls weitgehend sinnlos sein wird und im schlimmsten Fall sogar der Unterdrückung von Protesten dienen soll.

Land der Feuer

Die Camorra und der Klan der Casalesen vergraben in illegal ausgehobenen Höhlen Müll oder sie verbrennen ihn en masse in einer Region, die eben durch diese großflächige offene Müllverbrennung den tragischen Namen „Land der Feuer" erhalten hat. Dadurch entsteht ein gesundheitsschädlicher Dioxinausstoß und die giftigen Stoffe sickern direkt in den Boden, auf dem Obst und Gemüse angebaut wird, welches deshalb von Schwermetallen und Arsen belastet ist.[2] Über die letzten dreißig Jahre hinweg sollen dort mehr als zehn Millionen Tonnen Industrie- und Giftmüll entsorgt worden sein.[3] Die neapolitanische Camorra und der Klan der Casalesen verdienen auf Kosten der Gesundheit der lokalen Bevölkerung Unsummen durch das Müllgeschäft.

Die italienische Regierung sieht die Lösung des Problems in einer Militarisierung des Gebietes. Der jetzige Einsatz sieht vor, mit 400-800 Soldat_Innen die Gegend zu überwachen. Nach Angaben der italienischen Tageszeitung „La Repubblica" werden dazu unter anderem Labore zur Messung der Bodenverschmutzung, Nachtsichttechnik und Drohnen eingesetzt.[4]

Erst im November kam es auf Grund dieser schwierigen Situation zu den größten Protesten, die Neapel in den letzten zehn Jahren gesehen hat. Demonstriert wurde für einen sofortigen Stopp des „Biozids". Die Bewegung „Fiume in Piena"(„strömender Fluss" oder „Flut"), die den Protest organisiert hat, erstellte eine Liste mit zehn Forderungen, welchen von großen Teilen des Protestzuges zugestimmt wurde. Diese Liste beinhaltete die explizite Forderung nach einem Stopp der Militarisierung des Territoriums. Nach dem Bekanntwerden von Plänen der Regierung, das Problem doch wieder durch das Militär lösen zu wollen, wurde erneut demonstriert. Anfang Dezember fand daher ein Protest mit dem Titel „Nein zur Militarisierung des Territoriums" statt, der gezielt die eingeschlagene Richtung der Regierung kontrastierte.

Einsätze mit „Tradition"

„Fiume in Piena" begründet ihren Standpunkt mit der Erfahrung, die sie über die letzten Jahrzehnte mit der Involvierung des italienischen Militärs in ihrer Region gemacht hat. Es ist nicht das erste Mal, dass das Militär in diesem Kontext verwendet wird. Bereits seit 2008 wurde das Militär mehrmals von Berlusconi eingesetzt, um Neapel zu „entmüllen", wenn der Abfall die Straßen verstopfte. Es handelt sich jedoch um medienwirksame Aktionen, die eine kosmetische Wirkung haben und die Ursachen des Problems nicht antasten.

In den Neunzigern wurde über einen Zeitraum von ca. vier Jahren die „Operation Partenope" durchgeführt, in der 500 Soldat_Innen gegen die Camorrra in der Metropolregion Neapels vorgehen sollten.[5] Die kostspielige Operation zeigte jedoch keine bemerkenswerte Wirkung. Seit 2008 besteht die „Operation Sichere Straßen", in der das Militär in verschiedenen Großstädten an sensiblen Orten und vor Auffang- und Abschiebelagern von Migrant_Innen aktiv ist.[6] In Neapel sind sie an mehreren großen Plätzen präsent, wo sie in einer Dreier- oder Fünfergruppe mit ihren gepanzerten Militärfahrzeugen stehen. Der Sinn ihrer Anwesenheit ist für viele Anwohner_Innen unklar. Die Einen witzeln, ihr Einsatz an den Plätzen diene dazu, die von Auslandsmissionen zurückgekehrten Soldat_Innen vor Langeweile und Gehaltsverlusten zu bewahren. Andere scherzen, die italienischen Gebirgsjäger mit ihren alpinen Hüten stünden an dem großen Piazza del Plebiscito, um mit ihrem Anblick zur Belustigung beizutragen. An der Anzahl der Überfälle, Diebstähle und an den florierenden Camorra-Geschäften ändern sie jedenfalls nichts.

Militärische Zonen gegen Demonstrant_Innen

Der Sinn ihres Einsatzes in der Stadt und auch in der geplanten Mission gegen die Umweltmafias in der Region ist fragwürdig, da die eingeschränkten legalen Kompetenzen den Handlungsspielraum der Soldat_Innen klein halten. Es ist schwierig im Kampf gegen die Müllmafia eingesetzt zu sein, ohne die Befugnis zu haben, die Personalien zu kontrollieren, Beweismittel zu beschlagnahmen, oder gar jemanden festzunehmen, da dies in das Aufgabengebiet der Polizei fällt.

Das Militär ist jedoch befugt, Zonen komplett abzusperren und ein Schild anzubringen, das besagt: „Zone von nationalem strategischem Interesse. Betreten verboten. Bewaffnete Überwachung". Dies geschah zum Beispiel mit der umstrittenen Müllverbrennungsanlage von Acerra, die im Rahmen von Berlusconis Müllentsorgungspolitik in der Nähe von Wohngebieten errichtet wurde. Das Gebiet um die Verbrennungsanlage wurde nicht abgeriegelt, um vor den Machenschaften der Mafias zu schützen, sondern um tausende Demonstrant_Innen auszusperren, die sich gegen diese umweltfeindliche Müllpolitik zu wehren versuchten.[7]

Die gleichen Schilder wurden auch von der Armee im Norden Italiens benutzt, wo seit 20 Jahren im Susatal starker Widerstand gegen die Errichtung des Schnellzuges „TAV" geleistet wird. Das Militär erklärte dort eine Baustelle, gegen die sich Proteste richteten, zu einer solchen Zone von nationalem strategischem Interesse. Der soziale Protest soll durch diese Zonen ausgebremst werden, da das Betreten des Gebietes eine dreimonatige Gefängnisstrafe oder eine Geldstrafe von bis zu 300€ nach sich ziehen kann.[8]

Es ist fragwürdig, ob der geplante Militäreinsatz tatsächlich zu einer Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort oder wieder zu einer Eingrenzung von sozialem Protest führen wird. In jedem

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Fall scheint es sich bei dem vorgesehenen Einsatz um eine medienwirksame Aktion zu handeln, die einerseits den Ruf der Armee verbessern soll und zum anderen dem Militär erlauben wird, unter „humanitärem" Deckmantel die Verwendung von Drohnen im Inland weiter auszutesten.

Alternativen zur Militarisierung

An den sich teils widersprechenden Vorschlägen und Ideen ist erkennbar, dass sich Gruppen aller politischen Couleur an den Protesten beteiligen. Von progressiven Teilen des Protests wird anstelle einer Militarisierung mehr Transparenz und eine Demokratisierung der Müllpolitik gefordert. Sie wollen, dass alle beteiligten Akteure auf kommunaler Ebene in die Entscheidungen zur Müllentsorgung und zur Reinigung der bereits verseuchten Erde eingebunden werden, um der Korruption entgegenzutreten und um eine sinnvolle Verwendung der Gelder der Regierung und der EU sicherzustellen. Eine weitere Forderung ist es, die Müllentsorgungspolitik radikal zu ändern und anstelle der von der Regierung verteidigten Mülldeponien und –verbrennungsanlagen umweltfreundliche und ökologisch nachhaltige Methoden zu nutzen. Abgesehen davon wollen sie sich nicht nur auf das Ausmachen von Verantwortlichen an der ökologischen Katastrophe vor Ort beschränken, sondern dem Problem auf einer komplexeren Ebene entgegentreten, indem auch diejenigen, die ihren Müll an die Mafias verkaufen, miteinbezogen werden.[9]

Anmerkungen

1 Ministero della Difesa (15.01.2014): Terra dei fuochi: pronto ad intervenire l'Esercito auf www.difesa.it.
2 Spiegel Online (14.01.2014): Italien: Regierung will Müllmafia mit Militär bekämpfen auf www.spiegel.de.
3 Legambiente (15.11.2013): Le rotte della Terra dei fuochi auf www.legambiente.it.
4 La Repubblica Napoli (14.01.2014): Rifiuti: 450 militari, laboratori Nbc e droni per impiego Esercito in Terra fuochi auf www.napoli.repubblica.it.
5 Ministero della Difesa (2011): Riace e Partenope auf www.esercito.difesa.it.
6 Ministero della Difesa (12.06.2012): Operazione Strade Sicure auf www.difesa.it.
7 Pino Neri (10.12.2008): Acerra, violano l'area ell'inceneritore: arrestati subito, in: Il Mattino Napoli auf www.osservatorioacerra.it.
8 A.D. Nuovasocietà (26.10.2013): Tav, il cantiere di Chiomonte protetto dal segreto d'ufficio auf www.notav.info.
9 Fiume in Piena (16.11.2013): Piattaforma #Fiumeinpiena 16 Nov. auf www.fiumeinpiena.it.

Hochschulräte und -Rektor_innen gegen Transparenz

Ende November 2013 stellte die rotgrüne Landesregierung in NRW ihren Entwurf eines Hochschulzukunftsgesetzes vor, der fast so etwas wie eine appellative Zivilklausel enthält. In Paragraf 3, Absatz 6 heißt es: „Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung." Außerdem sieht er vor, dass Drittmittel und ihre Geber transparenter gemacht werden. Obwohl der Referentenentwurf eine Abkehr vom Modell der „unternehmerischen Hochschule" zumindest einleitet, kritisierte etwa der Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln, dass zwar die „Zielbestimmung … in die richtige Richtung" gehe, insbesondere aber die angedachten Maßnahmen zur inneren Demokratisierung und bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen nicht ausreiche, damit „die Zielsetzung von Frieden und Nachhaltigkeit in den Wissenschaften voll realisiert" werden könne.

Kritik kommt aber mit ganz anderer Heftigkeit auch aus einer anderen Richtung und zeigt dabei, wie sehr sich die neoliberale Gedankenwelt der unternehmerischen Hochschule bereits in den Hochschulgremien und ihren Netzwerken durchgesetzt hat und wie sehr diese Universitäten nur noch als Dienstleister der Industrie verstehen. In der Woche nach Vorstellung des Entwurfs etwa schrieb der Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, „[i]m Namen der Rektorinnen und Rektoren, der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Hochschulen" einen offenen Brief an die Ministerpräsidentin und die Wissenschaftsministerin Nordrhein-Westfalens mit dem Vorwurf, der Entwurf schränke „in zentralen Punkten die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen in inakzeptabler Weise ein." Am 6. Januar legte die Vorsitzenden der Hochschulräte der Universitäten und Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen nach und wurden noch deutlicher. Darin wird die angestrebte Transparenz bei Drittmitteln – die Voraussetzung jeder ansatzweise überprüfbaren Selbstverpflichtung zu Frieden und Nachhaltigkeit sind – als „Verlust der Wettbewerbsfähigkeit im wissenschaftlichen Bereich" abgelehnt: „Kein Unternehmen wird Drittmittelaufträge in hoch kompetitiven Bereichen an Hochschulen vergeben, die verpflichtet sind, Themen und Auftraggeber schon bei Beginn der Forschungstätigkeit öffentlich bekannt zu geben". Die Hochschulen in NRW würden dadurch „private Drittmittelgeber verlieren, die ihre berechtigten Firmeninteressen an Vertraulichkeit anderenorts besser gewährleistet sehen". Das wäre besonders schmerzlich, weil „der Schulterschluss der Hochschulen mit Industrie und Wirtschaft … ein wesentlicher Baustein für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg" sei.

Um die Qualität von Lehre und Studium geht es hingegen bezeichnender Weise in keinem der beiden Schreiben, allenfalls um deren wahrgenommenen „Rang" im bundesweiten und internationalen Vergleich, der durch die Abwanderung von Forschungsaufträgen und Wissenschaftler_innen gefährdet sei. Letztlich bleibt diese neoliberale Standortlogik in beiden Briefen das zentrale vorgebrachte Argument. So schreibt Hippler etwa: „Die Möglichkeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen, sich in einem national und international zunehmend wettbewerblich geprägten Umfeld zu positionieren, wird damit empfindlich eingeengt". Die Vorsitzenden der von der Industrie durchsetzten Hochschulräte warnen ebenfalls vor „negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes NRW", der „Schulterschluss der Hochschulen mit Industrie und Wirtschaft" – für den die Hochschulräte exemplarisch stehen – sei gar „existentiell" für „unser Land". Insofern ist dem Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln durchaus zuzustimmen, wenn er in seiner Stellungnahme die Abschaffung des unternehmerischen Hochschulrates („in Köln bspw. mit Vorstandsmitgliedern von Bayer und der Deutschen Telekom besetzt") fordert.

Christoph Marischka

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Bücher über Drohnen

Von der Informationsflut eines geheimen Krieges

von Thomas Mickan

Ursula von der Leyen versteht sich zu inszenieren. Neben ihren Vorstößen zum Thema Kinderbetreuung bei der Bundeswehr und Afrikaeinsätzen aus humanitären Gründen, sucht sie sich die BILD-Zeitung aus, um in einem großen Interview ihre Haltung zu Drohnen kundzutun: „Es wäre falsch, das Unbehagen der Bevölkerung gegenüber unbemannten Waffensystemen einfach zu ignorieren. Wirksame Waffen sind zum Schutz unserer Soldaten enorm wichtig, aber die sehr emotionale Drohnendiskussion zeigt doch, dass wir Deutschen sehr sensibel sind,[sic] bei der Frage mit welchen Mitteln ihre Bundeswehr vorgeht.“[1] Zudem verkündet sie ihr klares Ja zu Aufklärungsdrohnen.

Mit der „sehr emotionalen Diskussion“ muss von der Leyen wohl den Bundeswehrverbandchef André Wüstner, den Wehrbeauftragten Helmut Königshaus und den Kommandeur des deutschen ISAF-Kontingents Jörg Vollmer meinen, die – medial konzertiert – alle gemeinsam zu Beginn des neuen Jahres jammerten, es brauche endlich bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr.[2] Vorbei waren die Zeiten des Thomas de Maizière, der sich weigerte die neuen Fähigkeiten von Drohnen anzuerkennen, und sie mit einer ethisch neutralen Weiterentwicklung von Pfeil und Bogen verglich. Ein Blick auf einige 2013 erschienene Bücher über den Drohnenkrieg zeigt jedoch, welche Fähigkeiten die Drohnen in der Hauptsache haben. Es ist weit weniger der Schutz von Soldat_innen, wie gern aus Militärkreisen verlautbart wird, sondern es geht darum „24 Stunden ununterbrochen ein bestimmtes Gebiet [zu] beobachten und bei Gefahr wohl abgewogen Waffen ein[zu]setzen“, wie Vollmer mit seinen Forderungen wiedergegeben wird.[3] Mit der Weiterentwicklung von Pfeil und Bogen hat das offensichtlich nichts gemein, sondern mit einer flächendeckenden Überwachung, die alles sanktioniert, was einer politisch vorgegebenen Leitlinie, einer westlichen Norm oder einem mit Vorurteilen aufgeladenen und geformten Bild nicht entspricht. Ob bei der permanenten Überwachung in Kriegsgebieten dann als „Ultima Ratio“ die Drohnen mit Raketen bestückt sind, oder ob sie – wie die Studie „Living under Drones“ zeigt[4] – nur durch ihre Präsenz schon ihren Terror ausüben, ist in seiner Wirkung zwar unterschiedlich, aber in beiden Fällen zerstörerisch.

Die viel geforderte Diskussion über alle Arten von Drohnen (entgegen der Verteidigungsministerin, die diese nur auf die bewaffnungsfähigen zu begrenzen versucht) ist in den vorgestellten Büchern mitten im Gang – und sie fällt keineswegs positiv für die Bewertung der neuen Technologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung aus.[5] Dieser Artikel wird fünf Bücher des vergangenen Jahres (2013) kurz vorstellen und will zum Weiterlesen einladen.

Christian Fuchs/John Goetz: Geheimer Krieg. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird, Rowohlt

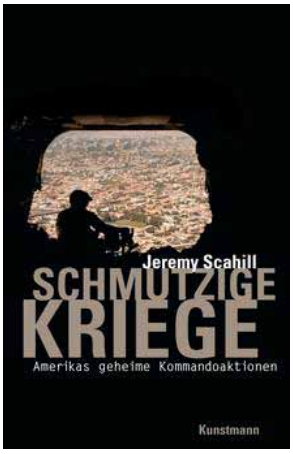
Den beiden Journalisten Christian Fuchs und John Goetz und ihrem Team gebührt Anerkennung dafür, dass es ihnen gelingt die Rolle Deutschlands im internationalen Krieg mit Drohnen, Nachrichtendiensten und militärischen Spezialkräften rund um die US-amerikanischen Stützpunkte AFRICOM/EUCOM in Stuttgart, Ramstein in der Nähe von Kaiserslautern, dem Daggerkomplex in Wiesbaden und Weiteren medial ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen und zu einem breiten politischen Thema zu machen. Es sei nicht verschwiegen, dass einige Friedensbewegte schon seit Jahrzehnten sich mit den US-Basen auseinandersetzen und auf eine lange Tradition zurückblicken. Einer dieser Friedensaktiven, Wolfgang Jung von der Luftpost Kaiserslautern, kommt im Buch auch zu Wort.

Fuchs und Goetz zeichnen die Entwicklung des AFRICOMs nach, ordnen es in die strategischen Pläne von US-Regierung und US-Armee ein; aber vor allem gehen sie leicht verständlich der Verantwortung der deutschen Politik an dem Drohnenkrieg der USA nach. Den Autoren gelingt es auch, die NSA-Ausspähungen mit dem AFRICOM, den Drohnenflügen in Grafenwöhr und dem Aushören von Asylsuchenden so geschickt miteinander in Verbindung zu bringen, dass sich zum Schluss ein großes Bild des geheimen Krieges zeichnet. Die Autoren gleiten dabei nie in Antiamerikanismus ab, weil stets die Rolle Deutschlands Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung darstellt. Mit den USA setzen sich demgegenüber sehr intensiv Jeremy Scahill und Medea Benjamin auseinander. Zuerst zu Scahills „Schmutziger Krieg“.

Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege. Amerika geheime Kommandoaktionen, Kunstmann

Der Autor, der vor allem durch seine Aufdeckungen um die private Sicherheitsfirma Blackwater bekannt ist, legt ein über 700 Seiten starkes Buch vor. Scahill gelingt es, individuelle Geschichten von Menschen zu erzählen, die keine einfache Unterscheidung von Täter oder Opfer, Terrorist oder Zivilist zulässt, und diese Schicksale mit der globalen Kriegsführung der USA in Verbindung zu bringen. Wie Puzzlestücke fügt der Autor die Kriegsführung mit Drohnen und den US-Spezialkräften (JSOC) in einer schmutzigen Chronologie zusammen, die sich eher wie ein Politthriller liest, als das umfangreich recherchierte Sachbuch, das es ohne Zweifel auch ist. „Kontaktschuld“ und „permanenter Krieg“ sind Schlüsselbegriffe, die mir besonders hängengeblieben sind. „Kontaktschuld“ bedeutet, dass jeder Mensch einzig auf-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



grund seiner Nähe zu Menschen, die bereits auf der US-Todesliste für Drohnenangriffe stehen, selbst in Gefahr gerät, auf eben diese zu kommen. Im „permanenten Krieg" mit Drohnen und Spezialkräften lösen sich die Grenzen von Kriegszustand und weltweiten Geheimdienstaktivitäten vollends auf, die CIA erfährt eine umfassende Militarisierung, das Militär eine „Vernachrichtendienstlichung", in dem das Innen und Außen, Krieg und Frieden nicht mehr voneinander getrennt werden können.

Medea Benjamin: Drohnenkrieg – Tod aus heiterem Himmel, Laika

Die US-Antidrohnenaktivistin und Mitbegründerin von CODE PINK Medea Benjamin konzentriert sich in ihrem Buch entgegen Scahill eng auf Drohnen. Mit sprachlicher Klarheit malt sie ein Bild des Drohnenkrieges, berichtet über Opfer, über Industrieinteressen, rechtliche Fragen bis hin zum Widerstand gegen das Töten mit der Fernbedienung. Das Buch gewinnt seine Anschaulichkeit durch die vielen Beispiele und Episoden, die einen Einblick in den Drohnenkosmos auch für bisher am Thema eher weniger Interessierte eröffnet. Benjamin erzählt etwa die Geschichte der irischen Peacekeeper, deren bei einem UN-Einsatz im Tschad eingesetzte Drohne ein Eigenleben entwickelte. Durch den Verlust des Signals steuerte die Drohne autonom ihren Heimatstandort in Irland an, und stürzte unauffindbar ab, nachdem ihr der Strom ausgegangen war. Oder von dem Projekt „Gorgonen-Starre", bei der die US-amerikanischen Reaperdrohnen ganze Städte überwachen können. Diese Episoden sind nicht beliebig zusammengefügt, sondern alle auf das Ziel ausgerichtet, die neue Qualität der Drohnen, der mit ihnen einhergehenden Überwachung und Kriegsführung und die endlosen technischen und ethischen Probleme aufzuzeigen, um daran anschließend Perspektiven des Widerstandes entwickeln zu können.

Peter Strutynski (Hg.): Töten per Fernbedienung. Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg, Promedia

Um viele Perspektiven auf das noch enger umrissene Thema Kampfdrohnen geht es bei dem von Peter Strutynski herausgegebenen Sammelband. 14 Autor_innen schreiben darin über Einsatzländer von Drohnen, völkerrechtliche Fragen, Automatisierung, Drohnenforschung, Rüstungskontrolle, Polizeidrohnen, die Rolle von Drohnen in Großbritannien und Österreich und Weiteres, und schließlich auch am Ende über den europaweiten Widerstand gegen die Drohnenkriegsführung. Das Buch versammelt damit viele kritische Perspektiven, die einen großen Teil der Probleme des Drohnenkrieges zu erfassen vermag. Besonders hervorheben möchte ich den Beitrag von Elsa Rassbach, die eine Bestandsaufnahme des europäischen Protestes und von Kampagnen nachzeichnet. Sie zeigt darin, dass insbesondere auf Deutschland und die deutsche Kampagne (drohnen-kampagne.de) in Europa ein besonderes Augenmerk liegt, und darauf. ob es hier gelingt, den Dammbruch der Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen hier zu stoppen. Leider kommt im Sammelband der Überwachungsaspekt zu kurz, was jedoch zu verschmerzen ist, da der Fokus des Buches die Waffenfähigkeit der Drohnen betont.

Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient, Heyne

Zu guter Letzt möchte ich noch auf ein bisher vernachlässigtes Thema hinweisen: den Waffenhandel mit Drohnen und die damit einhergehende Proliferation der Drohnentechnologie. Jürgen Grässlin hat sich in seinem umfassenden Werk zum deutschen Waffenhandel auch diesem Thema gewidmet. In den Blick rückt er dabei, dass auch der Handel mit Drohnen künftig ein wichtiger Aspekt ist, warum in diese Technologie so stark investiert wird und der besondere Wachsamkeit bedarf. Wettbewerbsfähigkeit ist das Schlagwort, meint aber letztlich neue Absatzmärkte für weitere tödliche Waffen. Wie diese künftigen Exportschlager heute schon von großen Rüstungsfirmen wie Airbus Defense and Space (ehemals EADS Cassidian, EADS Astrium und Airbus Military; Hauptsitz München) und ihren Rüstungsmanager_innen forciert wird, darauf weißt Grässlin eindrücklich hin, benennt Namen und zeigt Wege auf, gegen den Waffenhandel, der auch ein Waffenhandel mit Drohnen ist, vorgegangen werden muss.

Anmerkungen

1 BILD (11.1.2014): Von der Leyen bei Kampfdrohnen skeptisch, www.bild.de.
2 SPON (2.1.2014): Ausrüstung der Armee: Bundeswehrverband drängt auf Kauf von Kampfdrohnen, www.spiegel.de.
3 Ebd.
4 Living Under Drones (September 2012), International Human Rights and Conflict Resolution Clinic Stanford, Law School Global Justice Clinic NYU School of Law.
5 Aus dem Appell der Drohnen-Kampagne, drohnen-kampagne.de.

Neuerscheinung

Michael Schulze von Glaser: Das virtuelle Schlachtfeld

Erscheinungstermin: März 2014, PapyRossa, ca. 180 Seiten

US-Truppen marschieren 2014 in den Iran ein, die russische Armee besetzt 2016 Berlin und Hamburg und die USA sind im Jahr 2027 von Nordkorea erobert – heutige Videospiele erzählen brisante Geschichten. Oft werden dabei einem Millionenpublikum vor allem westliche Feindbilder präsentiert und Ängste geschürt. Zugleich propagieren zahlreiche Spiele soldati-sches Heldentum und eine zunehmende Militarisierung. Dazu kooperieren viele Videospiel-Hersteller auch mit Rüstungsunternehmen – einige von ihnen sind selbst in der Rüstungsin-dustrie tätig – und dem Militär. In Zeiten verstärkter Nachwuchswerbung ist die Bundeswehr ihrerseits auf Messen wie der gamescom vertreten. Das Buch geht über die Gewalt-Debatte hinaus und zeigt die politischen Inhalte heutiger Kriegsspiele auf. Dabei werden Hintergründe wie die Verbindungen zwischen Militär, Rüstungsindustrie und Videospielbranche genauer beleuchtet. Der Autor hinterfragt auch den Jugendmedienschutz und stellt alternative Video-spiele vor.

Michael Schulze von Glaßer, Politikwissenschaftler und freier Journalist ist Beirat der IMI und betreibt den YouTube-Kanal „Games'n'Politics".

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154